



„Gemeinsam. Sozial. Handeln.“

Kommunalwahlprogramm 2013-2018 der SPD Kiel
Beschluss des Kreisparteitags am 15. Dezember 2012

| | |
|---|----|
| Einleitung | 3 |
| Erstens: Gemeinsam | 6 |
| • Kindertagesstätten..... | 6 |
| • Schulen..... | 7 |
| • Hochschulen und berufliche Bildung..... | 9 |
| • Familie und Jugend..... | 10 |
| • Sport..... | 12 |
| • Kultur..... | 13 |
| • Kieler Woche..... | 16 |
| • Geschlechtergerechtigkeit..... | 17 |
| • Minderheitenpolitik..... | 18 |
| • Vielfalt in unserer Stadt..... | 18 |
| • Städtische Verwaltung und Personal..... | 20 |
| • Die Europafähige Kommune..... | 22 |
| • Kiel und seine Partner..... | 23 |
| • Gegen Rechtsextremismus in Kiel!..... | 23 |
| Zweitens: Sozial | 26 |
| • Wohnen..... | 26 |
| • Arbeitsmarktpolitik..... | 29 |
| • Sozialpolitik..... | 31 |
| • Integration und Migration..... | 32 |
| • Flucht und Asyl..... | 33 |
| • Generationen- und Altersgerechtigkeit..... | 34 |
| • Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung..... | 35 |
| • Gesundheitsversorgung..... | 37 |
| Drittens: Handeln | 39 |
| • Städtebau und Stadtentwicklung..... | 39 |
| • Industrie, Gewerbe und Wirtschaft..... | 42 |
| • Einzelhandel und Nahversorgung in den Stadtteilen..... | 45 |
| • Hafen und Tourismus..... | 48 |
| • Straßen-, Rad- und Fußverkehr..... | 50 |
| • Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)..... | 52 |
| • Daseinsvorsorge: Strom und Gas, Fernwärme und Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung..... | 55 |
| • Solide Finanzen..... | 58 |
| • Umwelt, Grünanlagen und Kleingärten..... | 64 |
| • Öffentliche Sicherheit und Feuerwehren..... | 66 |

| | |
|--|----|
| Viertens: Wir für unsere Kieler Stadtteile | 69 |
| • Wir für Schilksee..... | 69 |
| • Wir für Pries und Friedrichsort..... | 70 |
| • Wir für Holtenau..... | 70 |
| • Wir für die Wik..... | 71 |
| • Wir für Steenbek/Projensdorf und Klausbrook..... | 72 |
| • Wir für Suchsdorf..... | 72 |
| • Wir für die nördliche Innenstadt..... | 73 |
| ○ Wir für Düsternbrook..... | 74 |
| ○ Wir für Ravensberg..... | 75 |
| ○ Wir für Brunswik..... | 76 |
| • Wir für Schreventeich..... | 76 |
| • Wir für Hasseldieksdamm..... | 77 |
| • Wir für die Altstadt..... | 77 |
| • Wir für die südliche Innenstadt und rund um den Südfriedhof..... | 78 |
| • Wir für Mettenhof..... | 79 |
| • Wir für Hassee..... | 80 |
| • Wir für Russee, Hammer und Demühlen..... | 80 |
| • Wir für Meimersdorf, Wellsee, Kronsburg, Moorsee, Schlüsbek und Rönne..... | 82 |
| • Wir für Elmschenhagen und Kroog..... | 83 |
| • Wir für Gaarden..... | 84 |
| • Wir für Ellerbek..... | 85 |
| • Wir für Wellingdorf..... | 86 |
| • Wir für Neumühlen-Dietrichsdorf..... | 86 |

Einleitung

Die Städte in unserem Land sind besondere Orte, und Kiel ist eine besondere Stadt. In Kiel entfaltet sich das soziale Leben, hier arbeiten die Menschen – nicht nur Kiele-
rinnen und Kieler –, hier verbringen sie ihre Freizeit. In Kiel kristallisiert sich kulturel-
5 les Leben, hier treffen Handel und Dienstleistungen aufeinander, hier sind die Stand-
orte von Industrie und Gewerbe. Kiel ist Ort der Kommunikation und der Integration.
Kiel stand und steht immer wieder im Mittelpunkt der landesgeschichtlichen Entwick-
lung und ist gleichzeitig ein Ort der Modernisierung. Unsere Stadt stiftet Identität. Kiel
ist Trägerin von wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen. Ohne die
10 Städte wären Staat und Gesellschaft in Schleswig-Holstein nicht funktionsfähig. Vom
Wohl der Städte hängt der Zusammenhalt unseres ganzen Gemeinwesens ab: **Ohne
Stadt kein Staat!**

Die Kieler SPD – die „Kiel-Partei“ [\(1\)](#)

Die Kieler SPD ist aufgrund ihrer über 140jährigen Tradition und unserer politischen
15 Arbeit für diese Stadt im besten Sinne die „Kiel-Partei“; die Stadt ist uns Heimat und
Herausforderung zugleich. Erfolgreiche sozialdemokratische Oberbürgermeister von
Andreas Gayk, Günther Bantzer, Karl-Heinz Luckhardt über Norbert Gansel und
Torsten Albig haben unsere Stadt geprägt. Mit der Sozialdemokratin Ida Hinz wird im
Jahr 1970 in Kiel zum ersten Mal in Deutschland überhaupt eine Frau zur Stadtpräsi-
20 dentin und damit in das höchste kommunale Amt einer Großstadt gewählt. Seit De-
zember 2012 wird die Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister durch eine
sozialdemokratische Oberbürgermeisterin Dr. Susanne Gaschke fortgesetzt.

In den schweren Jahren des Wiederaufbaus unserer Stadt nach dem Zweiten Welt-
krieg, in der Zeit des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre, in den Jahren der Bon-
25 ner Großen Koalition und der „68er Bewegung“, in den Jahren der sozialliberalen Re-
gierungen der SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt bis in die achtzi-
ger und in den neunziger Jahre : Die Kielerinnen und Kieler haben uns vertraut und
die Kieler SPD zur stärksten Fraktion in die Kieler Ratsversammlung gewählt. Wir ha-
ben diesen Auftrag zu einer sozialen und gerechten Politik angenommen, die eine
30 Gesellschaft formt, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir Kieler Sozialde-
mokratinnen und Sozialdemokraten sind die „Kiel-Partei“.

Seit dem Jahr 2008 ist die Kieler SPD wieder die Partei, die von den meisten Kiele-
rinnen und Kielern gewählt wird, nachdem in der Kommunalwahlperiode zwischen
2003 und 2008 unsere Stadt in der Ratsversammlung von einer „schwarzgrünen“ Ko-
35 operation aus CDU und Bündnis'90/Die Grünen und – bis zum Jahr 2009 – von einer
CDU-Oberbürgermeisterin regiert worden ist. Die Kieler SPD gestaltet gemeinsam
mit ihren politischen Partnern Bündnis'90/Die Grünen und SSW wieder die politi-
schen und öffentlichen Angelegenheiten für unser Gemeinwesen: sozial, kinder-
freundlich, in Verantwortung für Bildung, Arbeit und Wirtschaft, klimaschützend und
40 kreativ.

Was unsere Stärke ist: Gemeinsam. Sozial. Handeln (↑)

Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere besondere Stärke in Kiel ist das gemeinsame Handeln in sozialer Verantwortung für das Gemeinwohl. Wir vertreten die Interessen aller Kielerinnen und Kieler. Wer in Kiel lebt, ist Bürgerin, ist Bürger unserer Stadt. Wir entwickeln Perspektiven für ein gerechtes Miteinander und nutzen alle Möglichkeiten zur kreativen Gestaltung des Gemeinwens. Die Stadt gehört allen, die hier leben und arbeiten – in der vielfältigen Breite einer offenen, toleranten Gesellschaft. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen. Kein Mensch lebt für sich allein. Unser Schwerpunkt ist die **soziale Politik der „guten Gesellschaft“**. Wir sind die Partei, die sich kümmert – und die auch Gutes und Bewährtes bewahrt und die Schwächeren verteidigt.

Unsere Vorstellung von Gemeinwohl stellen wir gegen eine Politik der Bevorzugung einzelner Klientele und gegen eine allgemeine Entsolidarisierung. Wir erteilen einer Politik, die eine generelle Privatisierung öffentlicher Zuständigkeiten zum Ziel hat und damit zum Verlust politischer Mitbestimmung führt, eine klare Absage. Wir stärken die kommunale Demokratie. Demokratie ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr als eine Staats- und Gesellschaftsordnung: Wir wollen Demokratie als Lebensform in allen Bereichen der Gesellschaft, beteiligen die Bürgerinnen und Bürger und die Ortsbeiräte der Stadtteile und die anderen Beiräte und Beteiligungsgremien an Entscheidungen und streben die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Generationen an.

Die Stadt Kiel ist kein Unternehmen. Sie unterliegt demokratischer Kontrolle und ist auf die Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger angelegt. Die Menschen sind Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt mit allen Rechten und Pflichten. Sie sind keine Kundinnen oder Kunden, sondern sind „Eigentümerinnen und Eigentümer“ ihrer Stadt. Die Stadt ist ihren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, und aus diesen Rechten der Bürgerinnen und Bürger erwachsen wiederum „Bürgerpflichten“.

Wir wissen, dass sich die Probleme der Stadt nicht im Alleingang lösen lassen. Deshalb setzen wir den Dialog auf allen politischen Ebenen fort. Wir wollen auch immer die „gesprächsbereite“ Stadt sein, die sich als Teil einer politischen Gesamtentwicklung versteht.

Wie dieses Programm entstanden ist (↑)

Dieses Kommunalwahlprogramm der Kieler SPD für die Kommunalwahlperiode 2013 bis 2018 ist „gemeinsam“ entstanden – wie es die Stärke der Kieler SPD ist. Auf Grundlage eines ersten Entwurfes haben von August bis Dezember 2012 Parteimitglieder mit Fachleuten anderer Organisationen und mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die zukünftige Kommunalpolitik diskutiert: Neben diversen Fachgesprächen in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen der Kieler SPD haben wir im September und Oktober in drei Kommunalpolitischen Konferenzen zu den drei Kapiteln des Programmentwurfs interessante und ergiebige Dis-

85 kussionen geführt. Die Ergebnisse wurden Ende November in einer Wahlprogramm-
konferenz beraten und in das vorliegende Programm eingearbeitet. Das vierte Kapi-
tel wurde vor Ort in den SPD-Ortsvereinen entwickelt, die damit konkrete Stadtteil-
programme geschrieben haben. So legen wir die Grundlage für die Zukunft. Indem
wir gemeinsam sozial handeln.

Erstens: Gemeinsam [\(↑\)](#)

Die Stadtgesellschaft ist der Ort, an dem Gemeinschaft am stärksten erfahrbar ist – hier kommen die Menschen direkt mit den politischen Entscheidungen in Berührung und können miteinander die Gesellschaft gestalten. Eine der wichtigsten Aufgaben der „guten Gesellschaft“ in der Stadt ist es, Kindern die zukünftige Teilhabe an dieser Gesellschaft zu ermöglichen – durch eine sorgende Betreuung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien einerseits und andererseits durch eine qualitativ hochwertige Bildung auf allen Ebenen, die Kiel um gesellschaftlich aktive und beruflich erfolgreiche junge Menschen bereichert.

Erlebbar wird die Gemeinschaft in der Stadt durch sportliche Aktivitäten und vielfältige kulturelle Angebote – ein besonderes Gemeinschaftserlebnis der Kielerinnen und Kieler ist dabei die Kieler Woche. Gemeinsam wollen wir unser Kiel als offene, tolerante Stadt weiterentwickeln und setzen uns für Geschlechtergerechtigkeit und die Vielfalt in der Kommune ein.

Gemeinsam wollen wir unsere Stadt gestalten.

Kindertagesstätten [\(↑\)](#)

Der **Ausbau der Kinderbetreuung** ist einer der großen kommunalen Erfolge in den letzten Jahren: Seit die Kielerinnen und Kieler die SPD im Jahr 2008 wieder zur stärksten Kraft im Kieler Rathaus gewählt haben, wurden die Betreuungsplätze für Kinder von null bis zehn Jahren von 9.278 auf 13.872 Plätze ausgebaut, das entspricht einem Zuwachs von 50 Prozent! In unserer Stadt kann jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren einen Betreuungsplatz im Kindergarten oder in der Tagespflege bekommen, mehr als jedes zweite Grundschulkind eine Betreuung und jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Krippen- oder Tagespflegeplatz. Schon ein Jahr früher erfüllt unsere Stadt damit die Vorgaben des Bundes für das Jahr 2013. Das gelingt nur wenigen Kommunen in Westdeutschland. Um dem Ziel einer optimalen Versorgung näher zu kommen, werden wir den Ausbau weiter vorantreiben: Wir wollen die Betreuung für die Unterdreijährigen in unserer Stadt weiter ausbauen. Das erleichtert auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützt gerade Frauen dabei, wieder berufstätig zu werden. Die zunehmende Flexibilisierung von Arbeitszeiten erfordern auch in der Kindertagesbetreuung erweiterte Öffnungszeiten.

Wir wollen die bestehende **Sozialstaffel** auf alle Kinderbetreuungseinrichtungen in unserer Stadt ausweiten. Alle Kinder sollen an einer qualitativ hochwertigen Bildung und Betreuung teilhaben können.

Die Kieler SPD setzt sich für die **qualitative Weiterentwicklung** der Kinderbetreuung ein. Wir haben den Personalschlüssel in Krippen erhöht und den Übergang von der Krippe in die Kita verbessert. Die Vielfalt der Betreuungsformen ermöglicht für alle Kinder die passgenaue Betreuung. Für Kinder mit Sprachdefiziten wollen wir das Angebot an gezielter Sprachförderung ausbauen.

Wir wollen, dass es in unserer Stadt **für jedes Kind mindestens eine gesunde Mahlzeit** gibt. Menschen mit geringem Einkommen zahlen maximal einen Euro pro Mahlzeit für ihre Kinder in den Kindertageseinrichtungen.

130 Wir wollen die Kindertageseinrichtungen zu **Familienzentren** weiterentwickeln, die Eltern bei der Erziehung individuell beraten können. Die Aktivierende Elternarbeit sowie eine stärkere Vernetzung von Nachbarschaft, Schulen und sozialräumlichen Diensten mit Kindertageseinrichtungen sollen die Entwicklungschancen der Kinder steigern.

135 Anzustreben ist eine Weiterentwicklung bestehender Betreuungsformen im Grundschulbereich, auch um eine stärkere Verzahnung von Vormittags- und Nachmittagsbetreuung zu ermöglichen.

Um für berufstätige Eltern auch im Anschluss an die Kindergartenzeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, werden wir der steigenden Nachfrage nach **Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder** nachkommen.

140 „Lesenkönnen“ und „Lesenmögen“: Beides entscheidet mehr als vieles andere über die Chancen unserer Kinder im Leben. Die Förderung von Leseprojekten und Büchereien ist dafür gut geeignet: Kiel soll „Bundeshauptstadt der Leseförderung“ werden.

Schulen (↑)

145 Die Kieler SPD ist die „Bildungspartei“ und setzt ihren Schwerpunkt bei der Schul- und Bildungspolitik. In den Schulen werden die Grundlagen dafür gelegt, dass alle Kinder später die gleichen Chancen auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe haben und dass sich die Stadt als demokratische Gesellschaft sowie als Lebensraum weiterentwickeln kann. Der Zugang aller Kinder zu Bildung muss unabhängig von Herkunft, Alter und Einkommen gewährleistet sein.

150 In unserer Stadt soll kein Kind zurückgelassen werden; alle Kinder erhalten die Unterstützung, die sie brauchen, um einen Schulabschluss zu erreichen. Dafür wurden verschiedene Unterstützungsmaßnahmen entwickelt. Die **Schulsozialarbeit** haben wir massiv ausgebaut und die Zahl der Schulsozialarbeiter-Stellen von zehn (2008) auf 29 (2012) nahezu verdreifacht. Wir wollen zukünftig noch mehr Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter einstellen und die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sozialräumlich weiterentwickeln. Schulsozialarbeit soll in die Familien gehen, die bislang von sich aus nicht der Lage sind, öffentliche Sozialleistungen (z.B. das Bildungs- und Teilhabepaket) in Anspruch zu nehmen. Ferner sollen für die Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit schul-lesbischen Beratungsstellen qualifizierte Fortbildungen zur sexuellen Identität von Jugendlichen angeboten werden.

165 Die Chancen von Kindern und Jugendlichen wollen wir durch einen Ausbau des Angebots an **gebundenen Ganztagsschulen** verbessern. Die ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung unterstützt den individuellen Bildungserfolg und erleichtern zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb soll die Hans-Christians-Andersen-Schule in Gaarden zur „Stadtteilschule“ (gebundene Ganztagsschule mit Mensa) umgewandelt werden. Deshalb haben wir die Schule am Heidenberger

Teich in Mettenhof in eine gebundene Ganztagschule umgewandelt, an der eine Mensa und eine Sporthalle errichtet werden.

170 Wichtige Grundlage für eine gute Schulbildung sind intakte Räumlichkeiten und eine zeitgemäße Ausstattung. Die **Sanierung von Schulgebäuden** werden wir weiter vorantreiben und neben energetischen Maßnahmen auf die Renovierung von Klassenräumen und Toiletten achten. Mit einem **Fachraumsanierungsprogramm** wollen wir die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, in allen Fächern auf hohem Niveau unterrichten zu können; wir wollen es fortsetzen.

175 Wir wollen **wohntnahe Bildung** ermöglichen. Schülerinnen und Schüler sollen vorrangig in ihren Stadtteilen auf die Schulen gehen können. Dies wollen wir bei der Schulentwicklungsplanung entsprechend berücksichtigen.

180 Um an den Schulen die **Inklusive Bildung**, das heißt der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung, umzusetzen, werden bei allen baulichen Maßnahmen die veränderten Bedarfe insbesondere hinsichtlich der Barrierefreiheit beachtet.

185 In unserer Stadt soll jedes Kind einmal am Tag eine warme Mahlzeit bekommen. Wir wollen ein **flächendeckendes Schulmittagessen** erreichen und streben an, den Elternbeitrag zu reduzieren – bei verbesserter Qualität. Initiativen von Schülerinnen und Schülern oder Eltern zur besseren Vermittlung des Werts und Nutzens einer gesunden Ernährung (z.B. Kochaktionen, Einführung eines Veggie-Tags mit ausschließlich vegetarischem Mensa-Angebot an einem Wochentag) werden wir unterstützen.

190 Die Kieler SPD unterstützt die Schulen weiterhin und verstärkt darin, ihre Schülerinnen und Schüler zu mündigen und kritischen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu erziehen. Bei der **Vermittlung von kommunalpolitischen Grundlagen** sollen sich die Stadtverwaltung sowie die Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Kiel mit ihren Expertinnen und Experten einbringen. Besichtigungen, Projekte oder Praktika können ein Anfang sein.

195 In Kita und Schule wollen wir das **Lernziel „Demokratie der Geschlechter“** fördern. Jungen und Mädchen sollen entsprechend ihren individuellen Begabungen ihren Weg gehen, sich unabhängig machen von stereotypen Geschlechterrollen und Akzeptanz gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen bzw. Identitäten lernen.

200 In Zusammenarbeit mit den Hochschulen und der Wirtschaft können Vorbilder gefunden werden, die entgegen der Stereotype in ihrem Beruf erfolgreich und glücklich sind. Dazu sollen Girls- und Boys-Days unterstützt werden.

205 Wir wollen die Schulen gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Lehrkräften weiterentwickeln und mit anderen Bildungseinrichtungen vernetzen (Bildungsregion). Dies wird unterstützt durch ein **kommunales Bildungsbüro**, das zum einen eine Bildungsberatung anbietet und zum anderen die Abstimmung bei den Übergängen von der Kita zur Schule und von der Schule in die berufliche Bildung oder in die Hochschule unterstützt.

Die SPD Kiel fördert die **Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen** sowie kulturellen und sozialen Vereinen, Allen Schulkindern soll die Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht werden, um ihnen eine sportliche, gesundheitsbewusste Lebens-
210 benseinstellung zu vermitteln. Deshalb haben wir das Projekt „Kids in die Clubs“ initiiert, sodass die Vereine auch Kindern offenstehen, deren Eltern sich die Mitgliedschaft in einem Sportverein nicht leisten können.

Hochschulen und berufliche Bildung (↑)

Als bedeutendstes Bildungszentrum des Landes Schleswig-Holstein beherbergt Kiel
215 Hochschulen mit mehr als 30.000 Studierenden (WS 2011 / 2012), drei Regionale Berufsbildungszentren mit 13.000 Schülerinnen und Schülern (2009 / 2010) sowie zahlreiche Weiterbildungseinrichtungen.

Für die Kieler SPD hat die **Berufliche Bildung** einen sehr hohen Stellenwert. Wir wollen die Leistungen aller Lernorte (Betriebe, Schulen, außerschulische Lernorte,
220 ...) bündeln und neue Angebote schaffen. Dies gilt vor allem für Jugendliche unter 25 Jahren ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung und ohne Arbeit. Wir unterstützen die enge Kooperation von Schule und Wirtschaft.

Der Umbau der beruflichen Schulen in **Regionale Berufsbildungszentren** (RBZ) ist mit einem Umfang von über 100 Millionen Euro eines der größten Schulbauprojekte
225 Deutschlands. Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein werden hier in modernen Gebäuden lernen, die optimal ausgestattet sind. Um die Fachkräfte von Morgen auszubilden und auch alternative Bildungswege zu erleichtern, wollen wir Oberstufenzentren an den RBZ schaffen. Die Regionalen Berufsbildungszentren sollen auch Partner im Rahmen der Städtepartnerschaften werden.

Die **Kieler Hochschulen** bestimmen das Bild unserer Stadt in erheblichem Maße – mehr als 10% der Bevölkerung sind Studierende und die Hochschulen sind zusammen mit dem Universitätsklinikum die größten Arbeitgeber in der Stadt. Die Forschung in diversen Disziplinen und die Kieler Exzellenzcluster machen Kiel über die Grenzen Deutschlands als Wissenschaftsstandort bekannt.

Wir wollen das Profil einer **studentischen Stadt** vertiefen. Dazu gehört, dass Studierende hier bezahlbaren Wohnraum finden und eine Belebung der Innenstadt sowie des Ostufers im Bereich der Fachhochschule durch Studierende stattfindet. Wir setzen dabei auf einen intensiven Austausch mit den Interessenvertretungen. Mit dem Begrüßungsgeld für Studierende, die nicht aus Kiel kommen, sich aber mit ihrem ersten Wohnsitz in Kiel melden, wollen wir sie stärker an die Stadt binden. Wir unterstützen den Ausbau des Wohnraums für Studierende beispielsweise durch Projekte wie
240 „Wohnen für Hilfe“. Das Studentenwerk mit seinem Angebot an günstigem Wohnraum für finanziell schwache Studierende oder ausländische Studierende ist beim Bau neuer Wohnheime der erste Ansprechpartner und ein wichtiger Partner beim
245 Ausbau der sozialen Infrastruktur.

Wir wollen eine „Willkommenskultur“ für Studienanfängerinnen und Studienanfänger etablieren: Wer in Kiel ihr oder sein Studium aufnehmen will, soll schnell und einfach

250 eine Wohnung finden können, bei Bedarf ein Betreuungsangebot für ihr oder sein Kind und nach dem Studium auch einen Arbeitsplatz. Deshalb wollen wir schon während des Studiums in einer „akademischen Talentschmiede“ die Studierenden an den Kieler Hochschulen mit den Kieler Unternehmen zusammenführen. Das Begrüßungsgeld für Studierende, das die Landeshauptstadt Kiel für eine Ummeldung des Erstwohnsitzes bereits auszahlt, wird es auch weiterhin geben.

255 Unsere Stadt wird auch durch die **kulturellen Aktivitäten** der diversen Institute und Museen geprägt, die zu den Hochschulen gehören – so sind beispielsweise das Planetarium, die Kunsthalle mit ihrer Antikensammlung oder das Zoologische Museum bekannte Kieler Attraktionen. Die landesweit einzige Kunsthochschule stärkt das Profil einer Kulturstadt. Wir wollen die studentische Kulturarbeit in die Stadt tragen. Das Kultur- und Medienangebot der Fachhochschule Kiel auf dem Ostufer soll außerdem für Interessierte besser erreichbar werden. Wir wollen, dass die Kieler Hochschulen auf die öffentlichen Bildungseinrichtungen der Stadt zugehen und z.B. für Schulen und Kindertagesstätten eine „Kinder-Universität“ anbieten, in der Kinder spielerisch die Welt der Wissenschaft erleben können.

260 Die Kieler SPD bekennt sich zur „**Wissenschaftsstadt Kiel**“. Das Profil einer in der Wissenschaft international angesehenen Stadt soll geschärft werden und zugleich soll die Kooperation und Absprache zwischen der Stadt, den Kieler Hochschulen und dem Studentenwerk intensiviert werden. Hierzu gehören zum Beispiel regelmäßige Fachtagungen zu kommunalpolitischen Themen und die Einbeziehung der Hochschulen in die weitere Ausgestaltung der Städtepartnerschaften.

270 Wir fordern das Land auf, die besonderen und überregionalen Herausforderungen von Städten mit Hochschulen bei der gebotenen Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, im Wege der kommunalen Solidarität zu finanzieren, z.B. durch einen zusätzlichen Vorwegabzug für Hochschulstandorte.

275 Den **Wissens- und Technologietransfer** aus den Hochschulen in die Gesellschaft und in die Wirtschaft wollen wir unterstützen. Bereits vorhandene Strukturen wollen wir stärker vernetzen und koordinieren und zugleich bekannter machen. Der kommunalen Wirtschaftsförderung kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Familie und Jugend [\(↑\)](#)

280 Die Kieler SPD unterstützt die **Familien** bei der manchmal schwierigen und zugleich ungemein wichtigen Aufgabe der Erziehung ihrer Kinder. Die Selbsthilfekräfte in der Familie wollen wir durch aktivierende Sozialarbeit stärken. Durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen und konkrete Hilfestellungen anbieten.

285 Wir wollen die **Bildungschancen** von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien verbessern. Die soziale Ungleichheit und Benachteiligung, die ihnen widerfährt, wollen wir durch zielgruppenspezifische Angebote ausgleichen.

290 In Kiel wird eine räumliche Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen wie
Einkommen, Bildungsstatus oder Herkunft festgestellt. Die „**sozialen Ressourcen**“
in Form von Betreuungsangeboten, Schulsozialarbeit oder offener Jugendarbeit sind
jedoch noch nicht so verteilt, dass sie der sozialen Problemdichte in den Sozialräu-
men entspricht. Wir wollen die sozialen Ressourcen stärker dort einsetzen, wo sie
wirklich benötigt werden, und werden die Vernetzung der verschiedenen Angebote
295 vorantreiben.

Familie ist dort, wo Kinder sind – auf kommunaler Ebene bedeutet dieser Grund-
satz, dass auch Formen von Familie nicht vergessen werden dürfen, die besondere
Bedürfnisse haben. Für sogenannte Risiko-Familien mit Kleinst- und Kleinkindern
wollen wir in Zusammenarbeit mit spezialisierten Einrichtungen Hilfestellungen anbie-
300 ten. Für die wachsende Zahl an Alleinerziehenden wollen wir speziell auf ihre Situati-
on abgestimmte Angebote entwickeln – hierzu kann ein besonderes pädagogischen
Begleitangebot gehören, welches beispielsweise in nordrhein-westfälischen Kommu-
nen bereits erfolgreich angewendet wird. Immer mehr Teenager werden Eltern – wir
wollen sie bereits während der Schwangerschaft unterstützen und ihnen die Verein-
305 barkeit von Familie und Schule beziehungsweise Ausbildung erleichtern.

Die **Jugendarbeit** kann die Herstellung von Chancengleichheit aller Kinder und Ju-
gendlichen unterstützen. Durch präventive und integrative Angeboten können die
Entwicklungschancen und -möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessert
werden. Wir wollen daher die Mädchen- und Jugendtreffs weiterentwickeln. Das Ju-
310 genddorf Falckenstein wird in seiner Bausubstanz zumindest teilweise renoviert.

Die Kieler SPD will die **Jugendsozialarbeit** noch intensiver nutzen, um die unglei-
chen Chancen von Jugendlichen aufgrund ihrer sozialen Herkunft auszugleichen.
Dabei ist der Erwerb sprachlicher Fähigkeiten nicht nur für Kinder mit Migrationshin-
tergrund von maßgeblicher Bedeutung. Hinzu kommen die gezielte Förderung von
315 Mädchen und jungen Frauen und die Kompensation von belastenden Familiensitua-
tionen.

Wir gewährleisten die angemessene **Beteiligung von Jugendlichen** bei der Gestal-
tung der sie betreffenden Maßnahmen. Wir wollen das von uns erfolgreich eingeführte
Partizipationsprogramm „Jugend mischt mit“ fortsetzen und durch die Einrichtung
320 eines Kinder- und Jugendbeirats noch mehr Möglichkeiten geben, selbst Vorstellun-
gen einzubringen und zu diskutieren. Um auch die Entwicklung der Stadtteile an der
Jugendlichen zu orientieren, wollen wir die Ortsbeiräte als Beteiligungsorgane nutzen
und in jedem Ortsbeirat mindestens einmal im Jahr eine Sitzung dem Dialog mit Ju-
gendlichen widmen.

325 Kinder brauchen **Platz zum Spielen**, das betrifft sämtliche Plätze, Schulhöfe und
Grünflächen. Wir wollen die Kinderspielplätze weiter aufwerten und ein noch bedarfs-
gerechteres Angebot schaffen, darüber hinaus wollen wir das Angebot an barriere-
freien Spielplätzen ausbauen. Wo möglich wollen wir Familien dabei unterstützen,
Straßen in Spielstraßen umzuwandeln und Räume für Kinder zu erschließen. Wir be-
330 teiligen Kinder und Jugendliche bei den sie betreffenden Planungen und Vorhaben.

Sport (↑)

Spiel- und Bewegungsräume insbesondere im Wohnumfeld, die für vielfältige Sport- und Freizeitaktivitäten genutzt werden können, sowie Sportstätten für den Breiten-, Schul- und Leistungssport haben hohen Anteil an der Attraktivität und **Lebensqualität** unserer Stadt. Für Kinder und Jugendliche stellt der Sport ein wesentliches Element zum Erwerb vor allem zur Erlangung **sozialer Kompetenz** dar.

Gewandelte Sportbedürfnisse, teilweise nicht mehr zeitgemäße Sportstätten und der Verlust wohnungsnaher Bewegungsmöglichkeiten sind nur einige der Rahmenbedingungen, die die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt entscheidend mitbestimmen. Aber auch der Spitzensport hat integrative Bedeutung für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt. Er ist ein wesentlicher kultureller und wirtschaftlicher Standortvorteil, der die Wohn- und Lebensqualität der Menschen steigert und damit Kiel auch für Neuansiedlungen attraktiv macht.

Wir haben **viel erreicht**: Im Stadtteil Mettenhof ist eine neue Schulsporthalle an Schleswig-Holsteins zweitgrößter Grundschule gebaut worden. Im dichtbesiedelten Stadtteil Ravensberg wird der Bau einer weiteren neuen Schulsporthalle für die Ricarada-Huch-Schule und die Goetheschulen sowie das Regionale Bildungszentrum vorbereitet. Die von anderen politischen Mehrheiten einst eingeführten **Sporthallennutzungsgebühren** für Vereine haben wir **wieder abgeschafft**. Wir haben gemeinsam mit dem Sportverband Kiel e.V. das Projekt „**Kids in die Clubs**“ gestartet, aus dem für Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien die Mitgliedsbeiträge für Sportvereine übernommen werden. Wir haben den **Breitensport besonders gefördert** und dafür so viel mehr Mittel zur Verfügung gestellt, wie sie dem städtischen Anteil an der **Herrichtung des Holstein-Stadions** entsprachen – das Stadion und das Trainingszentrum Projensdorf haben wir gemeinsam mit dem Verein und dem Land Schleswig-Holstein tauglich gemacht für die Dritte Liga. Seit dem Jahr 2011 verfolgen wir ein **Sondersanierungsprogramm für Sportstätten**, das mit 100.000 Euro pro Jahr ausgestattet ist. Wir haben ein qualifiziertes Gutachten für einen nachhaltigen **Sportentwicklungsplan** eingeholt. Unsere Sportpolitik steht auch weiterhin für kontinuierliches Handeln und konsequentes Umsetzen. Die sportpolitische Bilanz der letzten Jahre und die Erkenntnisse aus dem bereits bestehenden Gutachten zum Sportentwicklungsplan werden wir für unsere künftige Arbeit nutzen. Bei der zukünftigen Planung von Sportstätten wollen wir darauf achten, dass diese auch für Senioren gut erreichbar und nutzbar sind.

Wir wollen ein zentral gelegenes, für die Menschen vom West- und vom Ostufer gut erreichbares **Sport- und Freizeitbad an der Hörn** bauen. Denn die Schwimmhallen in Gaarden und am Lessingplatz sind zu klein und zu marode. Zu wenig Kieler Kinder können in ihnen schwimmen lernen. Selbst wenn die Hallen für viel Geld saniert würden, stiegen anschließend die Eintrittspreise, sodass ein Badbesuch für viele Menschen zu teuer würde. Darum soll stattdessen ein modernes, großes Bad gebaut werden, damit die Eintrittspreise auch in Zukunft für alle bezahlbar bleiben. Dieses soll modern, familien- und kinderfreundlich und barrierefrei sein. Auf die besonderen Bedürfnisse von älteren Besucherinnen und Besuchern – z.B. beim Einstieg ins

375 Schwimmbecken – soll schon beim Bau Rücksicht genommen werden. Jedes Kind in
Kiel muss so die Möglichkeit haben, am Schulschwimmen teilzunehmen. Die
Schwimmhalle in **Schilksee** soll erhalten bleiben.

380 Mit einem „**Aktionsprogramm Sport**“ wollen wir ab dem Jahr 2013 für die kommen-
den Jahre ein verlässliches Programm zu den folgenden Themenfeldern auflegen
und umsetzen: In einer **Sanierungsoffensive** wird verlässlich und nach sorgfältiger
Analyse ein Aus- oder Umbau bzw. Rückbau der Kieler Sportanlagen sowie die Sa-
nierung von Kieler Sportstätten und Schulsporthallen im Fokus stehen. Ein hierzu
langfristig angelegtes Finanzierungskonzept, garantiert mehr Transparenz, Planungs-
sicherheit und eine verbindliche, kontinuierliche Umsetzung.

385 „**Sport ist Bildung**“ - für diesen neuen generellen Ansatz wollen wir werben und uns
einsetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass Vereine, Schulen und Kindergärten gemein-
sam die Chance erkennen, die die Ganztagsförderung für alle Bereiche bietet. Klein-
kinder und heranwachsende Jugendliche aus diesen Institutionen können so für sich
und andere den Nutzen erleben, den der Sport mit Blick auf Integration, Sozialverhal-
ten, Gesundheit, Natur etc. bietet. Das sind Fähigkeiten, welche in unserer vielfälti-
390 gen Gesellschaft wichtig sind und immer wichtiger werden.

Wir wollen Radwege und Gehwege auf Asphalt und durch Grünanlagen, Wanderwe-
ge und Reitwege durch die Natur sowie öffentliche Zugänge zum Wasser einschließ-
lich Slip-Anlagen zu „**Sportstätten des öffentlichen Raumes**“ machen. Dies sind
Sportstätten für alle nicht organisierten Sporttreibenden wie Radfahrer, Skater, Jog-
395 ger, Walker, Wassersportler und andere. Die Herrichtung dieser Wege und Anlagen
ist nicht nur eine reine verkehrspolitische, sondern auch eine sportpolitische Aufgabe.
Hierzu gehört auch ein **Nachnutzungskonzept** für das **Freibad „Katzheide“** im
Sportpark Gaarden oder Sportgeräte für Seniorinnen und Senioren im öffentlichen
Raum und vieles mehr. Wir wollen Ideen, Umsetzung und Nachnutzungskonzepte
400 unter Einbeziehung und Beteiligung aller interessierten Kieler Bürgerinnen und Bürger
erörtern.

Wir haben ein besonderes Augenmerk auf unsere **Sportvereine und Sportverbän-**
de. Im Wandel der Zeit befinden sich viele dieser Institutionen in einer bedrohlichen
Situation. Als sozialer Eckpfeiler unserer Gesellschaft in Sachen Sozialverhalten, In-
405 tegration, Gesundheits- und Bewegungsförderung aber auch als Leistungsschmiede
für den Spitzensport bedürfen sie einer besonderen politischen Unterstützung und
Hilfe. Das Ehrenamt als fundamentale Stütze unserer Gesellschaft muss gestärkt
und stetig gefördert werden.

Kultur (↑)

410 Die kulturpolitischen Eckpunkte sind in den Grundzügen mit der Kulturszene in der
Landeshauptstadt erörtert worden: Zunächst in einem breiten Diskussionsprozess
anlässlich des Kreisparteitages im Mai 2011, anschließend in mehreren spartenbezo-
genen Gesprächen mit den Akteuren, mit Kunstschaffenden und Interessierten.

Wir verstehen Kulturpolitik so: Politik selbst schafft weder Kunst noch Kultur. Stattdessen hat sie die **Rahmenbedingungen** zu gestalten, sodass eine lebendige Kulturlandschaft und eine reiche künstlerische Szene entsteht. Die **Kulturentwicklungsplanung** ist in die strategische Kommunalpolitik der Landeshauptstadt eingebettet. Diese wird von zwei Oberzielen geleitet: geeignete Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Schaffung von dauerhaften und innovativen Arbeitsplätzen zu setzen und Innovations-, Bildungs- und Kreativitätspotenziale zu entwickeln und zu nutzen, um eine nachhaltige und gerechte Entwicklung der städtischen Kultargesellschaft zu sichern. Diese Ziele sichern die humane Entwicklung der Stadt, stärken ihre Wettbewerbsfähigkeit und verbessern die Lebensqualität für die Menschen in ihr.

Im Mittelpunkt einer kulturellen Entwicklungsperspektive stehen der Erhalt und der Ausbau der vorhandenen **kulturellen Vielfalt** und künstlerischen Szene. Die Fülle unterschiedlichster kultureller Angebote ist ein entscheidender Beitrag zur hohen Lebensqualität in der Landeshauptstadt. In Kiel beeinflussen und verstärken sich die verschiedenen kulturellen Richtungen und Traditionen gegenseitig - Toleranz und Liberalität, die Heterogenität der Kunst- und Kulturszene sowie die Vielfalt der Lebensformen sind Schlüsselemente für die Lebensqualität und des Identifikationsreservoirs der Einwohner und Einwohnerinnen mit ihrer Stadt. Der Anteil der freien Szene am Kulturetat soll schrittweise erhöht werden. Neben der Pflege dieser Vielfalt steht die Weiterentwicklung innovativer und anspruchsvoller kultureller Angebote im Fokus der Kulturpolitik.

Unser kulturpolitisches Handeln richtet sich in einem hohen Maße auf **Kinder, Jugendliche und Familien** aus. Das kulturelle Angebot soll Bindewirkung für junge Familien und jüngere Fachkräfte entfalten. So leistet die Kulturentwicklungsplanung einen wichtigen Beitrag, um Kiel auch für diese Zielgruppen attraktiv zu machen, sie zum Kommen und zum Bleiben zu stimulieren. Wir haben dafür gesorgt, dass die **Eintrittspreise** für unsere Museen **für Kinder wieder abgeschafft** wurden.

In unserer Stadt richten sich die kulturellen Angebote gleichermaßen an die Kielerinnen und Kieler wie auch an Gäste aus aller Welt, insbesondere aus dem skandinavischen und baltischen Raum. Für beide Gruppen spielt die **Bildende und Darstellende Kunst** eine herausragende Rolle im kulturellen Leben der Stadt. Sie besitzt in der Kulturgeschichte Kiels eine hohe Authentizität und ein bedeutendes Entwicklungspotenzial. Kunstorte und -räume in kommunaler, hochschulischer und privater Trägerschaft begründen diese reichhaltige Tradition. Dazu zählen u.a. die **Kunsthalle** zu Kiel, die **Stadtgalerie** und der **Brunswiker Pavillon**, die Dela Galerie und der Kunst-raum B, das **Schiffahrtsmuseum** und die Eisengießerei, der Mediendom und das Wissenschaftszentrum ebenso wie die **Oper**, das **Schauspiel** und die **Symphoniker**. Wir wollen, dass auch ihre Beiträgen für das Stadtmarketing noch weiter entwickelt werden, umso mehr, als die renommierten Veranstaltungen und Institutionen innerhalb der Stadt über eine breite Akzeptanz verfügen.

Unsere Stadt zeichnet sich durch eine lebendige und durch Vielfalt gekennzeichnete Kultargesellschaft aus. Toleranz und Liberalität, die Vielfalt der Kunst- und Kulturszene sind Schlüsselemente für die **Lebensqualität** und die Identifikation der Bürge-

rinnen und Bürger mit unserer Stadt. Wir wollen daher die große Bandbreite an Kunst und Kultur sichern und gemeinsam mit allen Mitwirkenden weiterentwickeln.

460 Die bestehenden kulturellen Einrichtungen in Kiel leisten gute Arbeit. Dazu brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen. Es ist uns gelungen, die lebendige und dichte Kulturlandschaft in Kiel trotz knapper Haushaltsmittel zu erhalten und weiter zu stärken. Wir wollen die **finanzielle Ausstattung** der kulturellen Einrichtungen und insbesondere den **Erhalt des Mehrspartentheaters** in Kiel **sichern**. Gemeinsam mit den Kulturschaffenden und Kulturinteressierten haben wir es erreicht, unser Theater mit
465 seinen fünf Sparten zu erhalten. Die ständig steigenden Besucherzahlen der letzten Jahre machen deutlich, dass unser Kieler Theater von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

Die kulturelle Vielfalt bildet sich aber genauso auch an vielen anderen Orten ab: Dazu zählen u.a. die vielen Initiativen, Projekte und Einrichtungen wie die **freien**
470 **Theater**, die ihren Platz in Kiel dank fester Zuwendungsverträge behaupten konnten, die **Museen** und **Galerien**, das **Kulturforum**, die **Stadtteilbüchereien** und das **Literaturhaus**, die **Musikschule**, aber auch Initiativen wie die **soziokulturellen Zentren** sowie die **Festung Friedrichsort**. Die **Stadtteilbüchereien** wurden wieder im Einvernehmen mit den Büchereivereinen unter städtischer Leitung gestellt, die Fortführung der Kinder- und Jugendbücherei wurde gewährleistet. Und: Wir haben mit der
475 Unterstützung der Brunswiker Stiftung das gesamte **Kulturforum** mit allen seinen Einrichtungen wie der Stadtgalerie, dem Veranstaltungsbereich des Kulturforums, der Ehmsenstiftung, der Stadtbilderei und nicht zuletzt der Stadtbücherei vor drohender Schließung bewahrt.

480 Die **Volkshochschule** mit ihrem breit gefächerten und niedrigschwelligen Angebot konnte stabilisiert werden. Kooperationen mit Kronshagen und Altenholz erweiterten das Angebot. Wir wollen die Volkshochschulen auch nutzen, um Angebote für Erwachsene zu schaffen, die Probleme beim Lesen und Schreiben haben.

Wir wollen „Kultur im Quartier am Schloss“ mit Konzert- und Kongressmöglichkeiten
485 an diesem Ort: Wir setzen uns für die **Sanierung und den Umbau des Konzertsaals** im Kieler Schloss zu einem modernen und anspruchsvollen Ort für ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm ein. In unserer Verantwortung konnte das Stadtmuseum „**Warleberger Hof**“ umgebaut und die Fischhallenmodernisierung des **Schiffahrtsmuseums** in Auftrag gegeben werden.

490 Wir wollen **neue Formen von Kunst und Kultur initiieren** sowie Künstlerinnen und Künstlern **Freiräume eröffnen**. Dazu soll künstlerischen Initiativen und Projekten Raum gegeben werden. Wir begrüßen die Zwischennutzung des ehemaligen **Lesingbades** als offenen Raum für Kunst und Kultur. Das **Künstler-Atelier-Haus** wurde mit einem einmaligen Betrag finanziell unterstützt, sodass es heute ein Aushängeschild für Kiel und die Wik darstellt.
495

Kunst und Kultur haben nicht nur eine ästhetische und wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine **soziale Dimension**. Kulturpolitik steht deshalb nicht für sich allein. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir Kunst und Kultur stadtteilübergreifend als

500 Querschnittsthema mit Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialem vernetzen und integrieren.

Das **Revolutionsjubiläum 2018**, in welchem an die Novemberrevolution des Jahres 1918 und die Gründungstage der Weimarer Republik erinnert wird, ist für die Kieler Stadtgeschichte und für die Kieler Sozialdemokratie von herausragendem Rang. Im Jahr 2011 ist der südliche Teil des bis dahin namenlosen Bahnhofsvorplatzes zum Gedächtnis an den Kieler Matrosenaufstand, mit dem der Aufbruch in die deutsche Demokratie begann, in den „Platz der Kieler Matrosen“ umbenannt worden. Wir wollen bereits vorhandene Initiativen stärken und die Kunst- und Kulturszene der Stadt dazu anregen, unsere Stadt und die Vielfalt ihres kulturellen Angebots unter dem Thema 100 Jahre Revolution - auch bundesweit – zu präsentieren.

510 In der Landeshauptstadt findet sich eine Vielzahl von Gedenkstätten der NS- und Kriegszeit. Die konzeptionelle Aufarbeitung und Umsetzung in ein Modell der lebendigen Erinnerungs- und Gedenkkultur steht noch aus. Wir wollen diese Orte vernetzen, wir wollen einen Konsens darüber herbeiführen, wie mit den konkreten Orten die Erinnerungs- und Gedenkarbeit in Kiel gestärkt werden kann.

515 Grundlage dafür ist das **Stadtarchiv** als das Kompetenzzentrum der Stadt- und lokalen Zeitgeschichte der Landeshauptstadt Kiel. Dies gilt es zu sichern und auszubauen. Die Voraussetzungen für eine stärkere Nutzung durch Schulen und Hochschulen sind zu schaffen.

520 Wir wollen die gute Nachbarschaft mit Partnern rund um die Ostsee vertiefen. Unsere Stärke ist die Region mit dem prägenden maritimen Charakter. Unsere kulturellen Initiativen, Projekte und Institutionen sollen aktiv diese Chance ergreifen und sich in der **Kooperation mit Partnern rund um die Ostsee** weiterentwickeln.

Kieler Woche (↑)

525 Wir wollen die Kieler Woche als von allen sehr geschätztes Volksfest, Segel-Event und Kulturereignis gemeinsam mit den Kielerinnen und Kielern und den Partnern der Kieler Woche weiterentwickeln. Der Grundsatz „**umsonst, draußen und für alle**“ ist dabei unumstritten, an der großen Anzahl und Vielfalt an Veranstaltungen sollen alle Anteil haben können. Das rege Interesse an der Kieler Woche macht zum einen deutlich, wie wichtig sie den Bürgerinnen und Bürgern ist, und ist auch ein Zeichen, dass die Bürgerbeteiligung in dieser Frage ernst genommen werden muss.

530 Die Kieler Woche ist das Aushängeschild Kiels und muss in ihrer Qualität und dem Image weiter verbessert werden. Dazu wird die SPD einen kontinuierlichen Prozess unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einleiten, um neue und attraktive Ideen zu entwickeln, altes Bewährtes zu bewahren sowie die Vergabep Praxis für Kieler Woche Stände und Veranstaltungsortlichkeiten der Kieler Woche prüfen, um einen kontinuierlichen Prozess der Erneuerung zu erreichen.

Die Kieler Woche muss als Bestandteil der Kiel-Vermarktung national und international weiterentwickelt werden. Dazu sind neue Konzepte für die Eröffnung der Kieler Woche, für das Städteforum und die öffentlichen Veranstaltungen erforderlich. Wirt-

540 schaft, Gewerkschaften, Hochschulen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind als Partner für ein Stadtmarketing zu gewinnen.

Wir wollen die Kieler Woche als großes Fest für **Kinder und Jugendliche** erhalten und neue Konzepte entwickeln. Beispielsweise könnte in Zusammenarbeit mit der Kieler Gastronomie an geeigneten Kieler-Woche-Ständen gemeinsam mit Kindern
545 gekocht werden – so würde eine weitere Attraktion für Kinder geschaffen werden und sie könnten zugleich lernen, sich selbst gesundes Essen zuzubereiten.

Um die **Internationalität** der Kieler Woche zu stärken, könnte zum einen das Kieler-Woche-Programm in mehreren Sprachen herausgegeben werden – bei der Übersetzung könnten Schülerinnen und Schüler sowie Studierende mithelfen. Andererseits
550 könnten Schulen mit den internationalen Gästen der Marine Partnerschaften vereinbaren.

Die Kieler SPD hat einen großen Wunsch nach **Ruhezonen** wahrgenommen – gerade älteren Menschen ist die Kieler Woche oft zu laut. Wir wollen darüber hinaus die Barrierefreiheit der Kieler Woche konsequenter durchsetzen, um die Veranstaltungen
555 für Menschen mit Beeinträchtigungen attraktiver und besser zugänglich zu machen. Den älteren Kielerinnen und Kielern wollen wir es durch organisatorische Anpassungen ermöglichen, an „ihrer Kieler Woche“ teilzuhaben.

Geschlechtergerechtigkeit (↑)

Für die Kieler SPD bedeutet Geschlechtergerechtigkeit, dass Frauen und Männer
560 gleiche Chancen zur Teilhabe in allen Lebensbereichen haben. Auf dieses Ziel ist unsere **Gleichstellungspolitik** ausgerichtet. Daher haben wir einen Gleichstellungsausschuss eingerichtet, der die spezifischen Belange von Frauen thematisiert und berücksichtigt, und in der Verwaltung Gender Mainstreaming und Gender Budgeting eingeführt. Die Erfahrungen mit diesen Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit der
565 Gleichstellungsbeauftragten bewerten und die Instrumente weiterentwickeln. In der Stadtverwaltung konnten wir den Anteil von Frauen in Führungspositionen verbessern und wollen diese erfolgreiche Frauenförderung fortführen.

In allen kommunalen Politikbereichen wollen wir für **spezielle Bedürfnisse von Frauen und Männern** Lösungen entwickeln. So unterstützen wir die spezifische Beratung von Jungen und Männern. Ein weiteres Beispiel ist die Einführung von Frauen- beziehungsweise Männer-Badestunden in den städtischen Schwimmbädern. Wir wollen eine Anti-Gewalt-Politik etablieren, die Maßnahmen entwickelt gegen sexualisierte Gewalt, welche sich besonders oft gegen Frauen, Homosexuelle oder Transgender richtet. Ebenso wollen wir das Angebot eines Frauen-Taxis prüfen, um Mädchen und Frauen die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.
575

Um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu unterstützen, haben wir in den letzten Jahren das Kinderbetreuungsangebot massiv ausgebaut. Hiervon profitieren besonders oft junge Mütter, die nun die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst
580 zu bestreiten und sich eine vernünftige Altersvorsorge zu erarbeiten.

Kieler Fraueneinrichtungen, die sich für die **Aus- und Fortbildung von Frauen** und ihre Integration in das Berufsleben einsetzen, wollen wir weiter fördern. Von der eigenen Hände Arbeit leben zu können – dieser Grundsatz muss auch für Frauen gelten. Wir wollen daher mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und wollen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften die Arbeitsbedingungen für Frauen verbessern. Beispielsweise wollen wir mit Hilfe des Jobcenters Minijobs, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umwandeln.

Die **Frauenfacheinrichtungen** leisten eine unverzichtbare Arbeit für von Gewalt bedrohte oder aus anderen Gründen hilfsbedürftige Mädchen und Frauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie weiterhin die notwendige finanzielle Ausstattung erhalten. In den letzten Jahren konnten wir ihnen angesichts der Kürzungen durch die letzte Landesregierung mit kommunalen Mitteln eine Perspektive bieten.

Den Anspruch auf diskriminierungsfreie Teilhabe wollen wir besonders auch für Frauen umsetzen, die von **Mehrfachdiskriminierung** (Intersektionalität) betroffen sind.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass bei der **Arbeit in den Mädchen- und Jugendtreffs** gesellschaftliche Rollenzuweisungen aufgebrochen werden und Kinder frühzeitig einen achtungsvollen diskriminierungsfreien Umgang miteinander lernen. Hierzu gehört auch ein deutliches Bekenntnis gegen Homophobie und ähnliche Diskriminierungen. Gemeinsam mit Jugendorganisationen und den Besitzerinnen und Besitzern von Gaststätten und Diskotheken wollen wir eine **Kampagne gegen sexuelle Belästigung** initiieren. Wir setzen uns dafür ein, mehr Männer in Bildungsberufe zu integrieren, damit die Erziehung zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft gelingen kann.

605 **Minderheitenpolitik** (↑)

Wir bekennen uns zu einer aktiven Minderheitenpolitik in unserer Landeshauptstadt: Wer sich zur dänischen Minderheit, der Minderheit der deutschen Sinti und Roma oder zur friesischen Volksgruppe bekennt, ist selbstverständlicher und bereichernder Teil unserer Gesellschaft. Schutz und Förderung dieser Minderheiten sind für uns nicht nur Verfassungsauftrag, sondern auch politische Verpflichtung. Deshalb fördern wir die Kultur- und Bildungsarbeit der dänischen Minderheit in unserer Stadt - heute und in Zukunft -, und deshalb unterstützen wir heute und in Zukunft das Wohnprojekt "Maro Temm" ("Unser Platz") der Sinti und Roma im Stadtteil Gaarden und die Förderung von Kindern der Sinti und Roma an Kieler Schulen.

615 **Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung** (↑)

Stadtgesellschaften sind seit jeher davon geprägt, dass viele Menschen auf vergleichsweise engem Raum zusammenleben, die verschiedene Interessen, Eigenschaften und Hintergründe haben. Durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen wie beispielsweise Migration, neue Formen des Zusammenlebens und eine Individualisierung ist die **gesellschaftliche Vielfalt** noch breiter geworden.

Diese Vielfalt bereichert unsere Stadt, kann aber gerade in der massenhaften Kommunikation zu Phänomenen wie bewusster oder unbewusster **Diskriminierung und Ausgrenzung** von Einzelnen oder Gruppen führen. Die Kielerinnen und Kieler richten an eine moderne Stadtverwaltung den Anspruch, dass sie vorurteilsfrei, gleich und gerecht mit den Bürgerinnen und Bürger und ihren Wünschen und Sorgen umgeht.

Unsere Kommunalpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Verschiedenheiten von Menschen nicht nur toleriert werden. Vielmehr leitet uns eine **Bewusstheit der Vielfalt**: Verschiedenheit von Menschen soll bereits bei der Gestaltung unserer Stadtgesellschaft mitgedacht und berücksichtigt werden, sodass sich Bürgerinnen und Bürger mit besonderen Bedürfnissen nicht wie Problemfälle oder Bittsteller behandelt fühlen. Solche speziellen, bisher oft kaum berücksichtigte Gruppen sind zum Beispiel:

Alleinerziehende sind von besonderen Belastungen betroffen, da sie unter anderem stärker von Armut bedroht sind und bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche benachteiligt werden. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kinderbetreuung können noch stärker auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und ihren Kindern abgestimmt werden. Spezielle Angebote wie das in Nordrhein-Westfalen entwickelte und erfolgreich eingesetzte PALME-Elterntaining können dies ergänzen.

Wir haben ein offenes Ohr für die Sorgen und Wünsche von **Lesben und Schwulen** sowie all jenen Menschen, die eine sexuelle Identität oder Orientierung außerhalb der Heteronormativität haben. Die SPD Kiel prägt eine Politik gegen Homophobie und jegliche Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Identität. Auf die besonderen Bedürfnisse von Homosexuellen in einigen Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir speziell eingehen. Wir setzen uns für einen Erhalt der Beratungsangebote ein und wollen in der Schule und in der Mädchen- und Jugendarbeit Diskriminierungen unterbinden sowie niedrigschwellige Beratung anbieten. Wir wollen prüfen, wie der Aufbau einer Beratungsstelle „Sexuelle Identität“ unterstützt werden kann.

Von alltäglicher und oft auch offener Diskriminierung sind **als dick wahrgenommene Menschen** betroffen – aufgrund von über die Medien verbreiteten Stereotypen aber auch durch nachweisbare Benachteiligungen im Arbeits- und öffentlichen Leben. Eine realistische und diskriminierungsfreie Darstellung dieser Menschen und die schulische Förderung eines positiven Körpergefühls ist zugleich eine wirkungsvolle Prävention für Phänomene wie Essstörungen. Ebenso könnte im neuen Schwimmbad eine XXL-Badestunde analog zur Frauen- oder Männerbadestunde angeboten werden.

Ältere Arbeitslose haben laut einer IAB-Studie auch bei hoher Qualifikation und trotz ihrer Erfahrung nur geringe Chancen auf eine neue Beschäftigung. Dies ist ein drängendes Thema für die kommunale Arbeitsmarktpolitik – sie steht allein schon in der Verantwortung, um ein Abstürzen in prekäre Arbeitsverhältnisse oder eine unwürdige Arbeitslosigkeit bis zur Rente zu vermeiden, während gleichzeitig ein Fachkräf-

temangel beklagt wird. Zudem kann so Altersarmut wirksam vorgebeugt werden. Wir wollen einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmensverbänden initiieren, um lokale Lösungen für ältere Arbeitslose zu finden.

Chronisch Kranke werden häufig als nur vermindert leistungsfähig angesehen und erfüllen nicht alle Erwartungen der so genannten Leistungsgesellschaft. Zugleich kann eine eingeschränkte Mobilität oder fehlende Ausstattungen von öffentlichen Räumen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränken. In Zusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen können Anpassungen vorgenommen und Konzepte für soziale Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

Städtische Verwaltung und Personal (↑)

Die Kieler SPD ist die Partei der „**guten öffentlichen Leistungen**“. Solche guten öffentlichen Leistungen können nur von einer guten öffentlichen Verwaltung erbracht werden. Wir wissen die hohe Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der über 4.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt und der vielen weiteren Beschäftigten der städtischen Unternehmen, die für die Kielerinnen und Kieler arbeiten, zu schätzen: in den Kindertagesstätten, in den Schulen, in der Feuerwehr, im Krankenhaus, in der Müllabfuhr und in der Straßenreinigung, in der Verwaltung und in den öffentlichen Betrieben, in den Museen und auf den Bühnen und an vielen anderen Stellen in unserer Stadt. Sie leisten ihren Beitrag für eine bürgernahe Daseinsfürsorge.

Demokratie beginnt in der Kommune und muss heute mehr sein als die Teilnahme an Wahlen. Die Kieler SPD will daher die Menschen in Kiel ermutigen, sich in die Stadtpolitik einzumischen, und will **politische Teilhabe und Beteiligung** in großem Umfang ermöglichen. Wir wollen die Ortsbeiräte und Beteiligungsgremien in die Gestaltung der Stadt einbinden und zum Beispiel durch die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirats den Einfluss der Jüngsten unserer Gesellschaft stärken.

Gemeinsam mit den Personalvertretungen, den Schwerbehindertenvertretung und der Gleichstellungsbeauftragten werden wir die vorhandenen Konzepte und Regelungen zur **Personalentwicklung** (z. B. Fortbildungskonzept, Betriebliches Gesundheitsmanagement) umsetzen, weiter entwickeln und an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Uns ist wichtig, dass die Vorgesetzten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Personalentwicklung beraten und unterstützen.

Eine abgeschlossene **Berufsausbildung** trägt dazu bei, die Chancen auf einen Job deutlich zu verbessern. Wir haben dafür gesorgt, dass auch die Landeshauptstadt Kiel wieder einen angemessenen Beitrag zur Sicherung eines **ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes** leistet. Die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze hat sich nahezu verdoppelt. Besonders lag uns am Herzen, dass auch Ausbildungsplätze für Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Sonder- oder Hauptschulabschluss geschaffen werden. Diese haben es besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir wollen, dass unsere **Stadtverwaltung** auch zukünftig ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur **Bereitstellung eines qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatzangebotes** nachkommt. Damit wird auch ein Beitrag dazu geleistet, um die durch die

705 demographische Entwicklung (aus Altersgründen ausscheidende Beschäftigte) frei werdenden Stellen - sofern erforderlich - wieder besetzen zu können.

Wir sehen in einem **Diversity-Management** im Personal der Stadtverwaltung die Möglichkeit, um auch hier Chancengleichheit zu realisieren und die individuelle Verschiedenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Stadt zu nutzen. Wertschätzung und Bewusstsein für die Einzigartigkeit jedes Individuums und eine die
710 Vielfalt berücksichtigende Personalpolitik können über Kiel hinaus Vorbild sein. Um mehr Chancengleichheit schon bei der Bewerbung zu erreichen kann die Stadt zum Beispiel bei Stellenanzeigen darauf hinweisen, dass sie keine Fotos verlangt – langfristig soll die Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens geprüft werden.

715 Wir werden uns für ein Handlungskonzept einsetzen, damit **mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** für die Stadtverwaltung gewonnen werden können. Die Stadtverwaltung soll organisatorisch und personell auf ein verstärktes europäisches Engagement und auf interkulturelle Kompetenzen ausgerichtet werden, um gemeinsame Projekte zu realisieren und europäische Fördermittel zu nutzen. Dazu wird die Mehrsprachigkeit gefördert.
720

Wir wollen die **Reform und die Modernisierung der Verwaltung** weiter vorantreiben. Die Reform und Modernisierung der Verwaltung hat allen Kielerinnen und Kielern zu dienen. Dabei werden wir berücksichtigen, dass die globale technische Entwicklung eine Weiterentwicklung unserer E-Government-Strategie ermöglicht (z. B. schnelles Internet, Nutzung von gemeinsamen IT-Plattformen, bundesweite/landesweite DV-Lösungen). Wir verkennen dabei realistisch nicht, dass Bundes- und Landesgesetze mögliche Lösungswege durch ihre Vorgaben (noch) verschließen können. Wir berücksichtigen die gesellschaftliche Entwicklung, dass Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen schnell und unbürokratisch, aber nicht mehr persönlich vor
725 Ort erledigen wollen, aber auch, dass ein Teil der älteren Generation verstärkt Leistungen nachfragt, die zunehmend im direkten Wohnumfeld erbracht werden sollen.
730

Wir wollen den Einsatz von digitaler **Informations- und Kommunikationstechnologie** für einen besseren Kontakt zu Einwohnerinnen und Einwohnern und zu einer Optimierung des Dienstleistungsangebots genutzt. Zugleich werden Behörden und kommunalpolitische Entscheidungen transparenter, die Beschleunigung von Verwaltungsprozessen macht Kiel als wirtschaftlichen Standort attraktiver.
735

Wir werden positive Beispiele wie das Münchner Projekt „LiMux“, bei dem Teile der städtischen Verwaltung schrittweise auf **Open-Source-Produkte** umgestellt wurden, als Vorbild nehmen und ein ähnliches Projekt für unsere Stadt prüfen. Der Erfolg der Kieler Linux-Tage zeigt, dass davon auch kompetente Unternehmen aus der Region profitieren können.
740

Die Kieler SPD achtet darauf, dass **E-Government** nur die technische Unterstützung einer modernen Verwaltung sein kann. Am Ende von Behördenentscheidungen müssen städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen; eine „Entmenschlichung“ der Kommunalverwaltung wollen wir vermeiden. Die Einführung von E-Govern-
745

ment-Strukturen ist nur dann sinnvoll, wenn sie zu einer deutlichen qualitativen Verbesserung oder einer absehbaren Kosteneinsparung führt. Teure gescheiterte Experimente wie „Würzburg integriert“ wird es mit der Kieler SPD nicht geben.

750 Wir werden die Aufgabenbereiche identifizieren, die nicht das Fundament unseres kommunalen Wirkens wegsparen, sondern anders, effizienter und gegebenenfalls mit weniger Personal erledigt werden können. Absehbare Personalabgänge werden genutzt, um die einzelnen Stellen einer „**stellenscharfen Aufgabenkritik**“ zu unterziehen.

755 Wir setzen weiter auf die **interkommunale Zusammenarbeit** – insbesondere mit den Umlandgemeinden und den Kreisen –, um unnötige Doppelstrukturen abzubauen.

Einsparungen werden wir auch durch eine konsequente und zielgerichtete **Geschäftsprozessoptimierung** generieren.

Die Europafähige Kommune (↑)

760 Wir werden die Europakompetenz der städtischen Verwaltung stärken. Kommunale Europaarbeit ist Netzwerkarbeit: verwaltungsintern, lokal, regional, national, europaweit. **Kommunalpolitik ist auch Europapolitik**. Bis zu 80 % der europäischen Vorgaben haben direkte oder indirekte Auswirkungen auf kommunale Aufgabengebiete. Zum Beispiel setzt Europäisches Recht den Rahmen für zentrale Bereiche wie Auftragsvorgaben. Flächenausweisungen oder das wirtschaftliche Engagement der

765 städtischen Betriebe. Auch zentrale Kieler Entwicklungspotenziale wie z.B. die Hafenpolitik werden auf europäischer Ebene geregelt.

Kiel muss seine Interessen klar formulieren und aktiv in Brüssel vertreten. Eine Strategie ist der Aufbau eigener interkommunaler Netzwerke, um grenzübergreifend Mitstreiter für die eigene kommunale Position zu suchen. Es ist festzulegen, in welchen Organisationen ein aktives Engagement der Landeshauptstadt sinnvoll ist, insbesondere zu Schwerpunkten wie Hafenpolitik, Tourismus, Versorgungsdienstleistungen und Energie, Umwelt und Meerespolitik. Kontinuierliches Engagement ist sicherzustellen. Dabei soll auch geprüft werden, wie zumindest zeitweise ein Nutzen des

770 Hanse-Office in Brüssel sichergestellt werden kann (z.B. durch zeitweise Abordnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Die **bestehenden und neuen Städtepartnerschaften sind in eine strategisch ausgerichtete europäische Kommunalpolitik** einzubeziehen. Dazu sollen in Schwerpunktbereichen mit interessierten Partnern gemeinsam Projekte entwickelt und umgesetzt werden, die für unsere Stadt und unsere Partner einen Mehrwert bringen.

780

Die Ratsversammlung soll dazu eine ständige Aufgabe „Europäische Union und Internationale Beziehungen“ in ihrer Ausschussarbeit aufnehmen, damit die Europafähigkeit ständig auf der Tagesordnung steht. Die in Kiel vorhandene interkulturelle Vielfalt sehen wir als Ressource für eine nachhaltige Internationalisierung und Europafähigkeit Kiels. Eine Mitarbeit des Migrantforums und der Migrantenorganisatio-

785

nen für eine weltoffene und europäisch ausgerichtete Stadt Kiel soll in geeigneter Form in der Ausschussarbeit ermöglicht werden.

Ein zusammenwachsendes Europa stellt uns auch in Kiel vor neue Herausforderungen: Wir setzen uns daher für die Einrichtung spezieller **Beratungsangebote** ein, die auf die Belange von Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugeschnitten sind.

Kiel und seine Partner (↑)

Unsere Stadt unterhält zehn **besondere Partnerschaften mit Städten anderer Nationen** (Brest/Frankreich, Coventry/Großbritannien, Vaasa/Finnland, Gdingen/Polen, Talinn/Estland, Stralsund/Deutschland, Kaliningrad/Oblast Kaliningrad, Sowjetsk/Oblast Kaliningrad und Samsun/Türkei und Antakya/Türkei). Die Verträge mit Samsun und Antakya sind erst im Jahr 2012 beschlossen worden. Darüber hinaus wird eine weitere Städtepartnerschaft im Rahmen einer mit externen Mitteln geförderten „Kommunalen Klimapartnerschaft“ mit dem Landkreis Moshi Rural in Tansania vorbereitet.

Ebenso unterhält unsere Stadt **freundschaftliche Beziehungen** zu zwölf weiteren Städten (Kopenhagen/Dänemark, Drammen/Norwegen, Oslo/Norwegen, Göteborg/Schweden, Malmö/Schweden, Stockholm/Schweden, Helsinki/Finnland, Riga/Lettland, Vilnius/Litauen, Rostock/Deutschland, Jerusalem/Israel und Qingdao/China).

Wir wollen die Kieler Städtepartnerschaften mit mehr Leben erfüllen. Mit unseren Partnern wollen wir konkrete Projekte zur Entwicklung von Bürgergesellschaften, des sozialen Wandels, des Jugendaustausches, der wirtschaftlichen Veränderungen, Umwelt, Tourismus und vielem mehr entwickeln. Wir wollen, dass unsere Stadt in allen wichtigen Städtenetzwerken in Europa vertreten ist. Längst ist die Kooperation in diesen Netzwerken für die Städte von großer Bedeutung für ihre zukünftige Entwicklung geworden. Gegenseitiges Lernen verbindet.

Nach wie vor sind die **Bundeswehr** und mit ihr die **Marine** wichtige Arbeitgeber in unserer Stadt. Der Standort Kiel ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Wir wollen uns intensiv für den Erhalt des Marinestützpunktes und eine jede mögliche Stärkung des Bundeswehrstandortes einsetzen. Trotz Reduzierung von Dienststellen und -posten der Bundeswehr in Kiel ist es auch durch die Imagebroschüre der Stadt „Kiel – Heimathafen der Marine“ gelungen, Kiel als größten Bundeswehrstandort in Schleswig-Holstein zu erhalten. Die Kieler SPD steht auch in Zukunft fest an der Seite der Bundeswehr und ist für die Aufnahme weiterer Einheiten offen.

820 **Gegen Rechtsextremismus in Kiel!** (↑)

Wir wissen, dass sich rechtsextremistisches Gedankengut leider auch in der Landeshauptstadt Kiel zeigt: in Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, in der Verbreitung von Hassparolen und Schmierereien, in der Verübung von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund und auch im Einzug eines Mitglieds einer vom Verfas-

825 sungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei in die Ratsversammlung zur Kom-
munalwahl im Mai 2008.

Wir haben gehandelt - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlich-
keit in unserer Stadt. Unsere Stadt nimmt am **Förderprogramm „Toleranz fördern –
Kompetenz stärken“** des Bundes teil und stellt entsprechende **Aktionspläne** auf,
830 für die nördlichen Stadtteile Pries/Friedrichsort, Schilksee, Wik, Holtenau. Diese Ein-
grenzungen erfolgte aufgrund verstärkter Aktivitäten rechtsextremistischer Jugendlicher
im Kieler Norden. Das Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt seit dem 1. Ja-
nuar 2011 die erfolgreiche Arbeit der beiden Bundesprogramme "Vielfalt tut gut. Ju-
835 gend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" und "kompetent. für Demokratie - Bera-
tungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus" unter einem gemeinsamen Dach fort. Es
zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für
Vielfalt und Toleranz zu fördern. Angesprochen werden sollen besonders Kinder und
Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, lokal einflussreiche
840 staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplika-
toren.

Wir haben dafür gesorgt, im Bereich der **Jugendarbeit** für Projekte im Rahmen von
„Vielfalt tut gut, Kieler Jugend für Toleranz und Demokratie“ erstmals Mittel vorgese-
hen wurden und auch weiterhin bereit stehen.

845 Wir setzen Mittel aus dem Bereich der **Kulturpädagogik** für die Zusammenarbeit mit
dem Theater, mit den Hochschulen und für aufsuchende Kulturarbeit an den Kieler
Schulen unter anderem mit dem Schwerpunkt „Extremismusprävention“ ein.

Wir stehen zu der fruchtbaren **Zusammenarbeit im Forum für Migrantinnen und
Migranten** und den vielen Migrantenorganisationen und -vereinen sowie Gemein-
850 den. Sie sind für Kiel als Stadt der Vielfalt bereichernd und unerlässlich. Von daher
werden wir nach Wegen suchen, diese Kooperation zu stärken.

Wir wollen **rechtsextreme Schmierereien** im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs
der Stadt auch in Zukunft **zügig beseitigen**. Wir wollen uns darüber hinaus an den
Aktionen von Bürgerinitiativen beteiligen, die in ihren Stadtteilen Aufkleber und Plaka-
855 te von den Straßenlaternen und Hauswänden in Eigeninitiative entfernen.

Auch die Befassung mit dem dunkelsten Kapitel unserer Stadtgeschichte kann dazu
beitragen, die Ausbreitung rechtsextremen Gedankengutes einzudämmen. Neben
der moralischen Verpflichtung aller Nachkommenden, die Erinnerung an die Opfer,
aber auch an diejenigen, die Widerstand leisteten oder versuchten, auch zwischen
860 1933 und 1945 versuchten, ein Leben abseits der Werte des Regimes zu leben wach
zu halten, wird auf diese Weise ein wesentlicher Beitrag zur Vermittlung der demo-
kratischen Werte in unserer heutigen Gesellschaft geleistet. Diese müssen in jeder
Generation neu vermittelt werden. Deshalb werden wir in einer „**Kieler Werkstatt
der Erinnerungskultur**“ mit einschlägigen Experten (ZeithistorikerInnen, KünstlerIn-
nen, Kommunikationsfachleute) ein Konzept moderner Erinnerungskultur mit zeitge-
865 mäßigen Formen der Informationsvermittlung entwickeln und umsetzen.

870 Die Wirkung in Kiel aktiver Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die sich gegen
Rechtsextremismus engagieren, wollen wir erhöhen, ihre Arbeit dazu stärker bün-
deln. Dies macht ein aktives koordinierendes Handeln der Stadt nötig. Um die bishe-
rigen Aktivitäten verschiedener Art und Träger weiter und noch mehr zu unterstützen
sowie auch neue Initiative anzuregen, werden wir diese in einer **„Fach- und Koordi-
nierungsstelle gegen Rechtsextremismus“** mit einer angemessenen Personal-
und Sachausstattung vernetzen.

875 Unsere Stadt bleibt Mitglied in der **„Europäischen Städtekoalition gegen Rassis-
mus“**. Dass sie dies geworden ist, dafür haben wir im Jahr 2009 gesorgt.

Die **NPD** und ihr Vertreter in der Ratsversammlung sind und bleiben als Verfassungs-
feinde aus dem demokratischen Diskurs ausgeschlossen.

Zweitens: Sozial (↑)

880 Unsere Sozialpolitik dient dem Ziel, dass die Menschen ihr Leben menschenwürdig gestalten können. Bestandteil dieser Politik ist die soziale **Gerechtigkeit**. Ziel ist, dass möglichst alle Menschen, Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige zum Beispiel, an dem Reichtum der Gesellschaft und seiner Entwicklung teilhaben können. Unsere Sozialpolitik soll schützen und ausgleichen, aber auch helfen. Gesellschaftspolitik, die der Veränderung ungerechter Einkommens- und Vermögens-

885 verhältnisse dient, kann die Sozialpolitik nicht ersetzen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist auch einer um mehr Solidarität: Die Starken müssen mehr für das Gemeinwohl leisten als die Schwachen.

Die Sozialpolitik und Bildung sind die Schwerpunkte unserer Politik für die „Soziale Stadt“. Diese Bereiche wollen wir von strukturellen Kürzungen ausnehmen, Haushalt-

890 einsparungen werden wir unter einen „**Sozialvorbehalt**“ stellen. Das heißt, wir werden sie darauf prüfen, welche sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen sie für die Stadt haben.

So wollen wir unsere Stadt gestalten: „**Sozial**“!

Wohnen (↑)

895 Kiel ist eine traditionelle Industriestadt mit Marinegeschichte und zugleich ein moderner Dienstleistungs- und Wissenschaftsstandort. Als Stadt an der Förde hat Kiel die Möglichkeit, seinen Einwohnerinnen und Einwohnern eine hohe Wohn- und Lebensqualität zu bieten. Wir wollen eine Politik des „**guten Wohnens**“ als zentrales Feld der sozialen Gestaltung des Zusammenlebens entwickeln und stellen uns den Herausforderungen des demographischen und des strukturellen Wandels in unserer

900 Stadt.

Kiel als wachsende und attraktive Stadt für junge Menschen und alle Schichten der Gesellschaft muss die Herausforderungen durch eine aktive Wohnungspolitik begegnen. In den nächsten fünf Jahren wollen wir den Neubau von mindestens 1.000 Wohnungen für Studierende, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen erreichen.

905

Wir gehen gemeinsam mit Stadtplanerinnen und Stadtplanern davon aus, dass unsere Stadtbevölkerung bis zum Jahr 2025 noch einmal um etwa 10.000 Menschen wachsen wird, weil in Zukunft mehr Menschen nach Kiel ziehen werden als dass sie

910 Kiel verlassen. Jedoch wird die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen nahezu gleich groß bleiben, während die Altersgruppe der jüngeren Erwachsenen zwischen 20 und 44 Jahren erheblich – um fast ein Sechstel – kleiner werden wird. Dagegen wird die Zahl der 45- bis 65jährigen Kielerinnen und Kieler als auch die Zahl der Kielerinnen und Kieler, die älter als 65 Jahre sind, jeweils um etwa 20% ansteigen. Dies muss Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt haben. Schon heute sind die meisten Haushalte in unserer Stadt Ein-Personen-Haushalte (55%). Je mehr Menschen in

915

den nächsten Jahren nach Kiel ziehen werden, desto mehr Haushalte und desto mehr Ein-Personen-Haushalte sind zu erwarten.

920 Vier Fünftel aller Kieler Wohnungen befinden sich in Mehrfamilienhäusern in Geschosswohnungen, das restliche in Einfamilienhäusern. Seit Ende der neunziger Jahre werden in unserer Stadt deutlich weniger Wohnungen gebaut. Wir erkennen einen **Neubedarf an Wohnraum in Kiel**, um die künftige Nachfrage decken zu können – zum einen für Zugezogene, zum anderen als Ersatz für abgerissene, baufällige alte Wohnungen. Wir wollen **vorhandene Wohnbauflächen** im innerstädtischen und
925 innenstadtnahen Bereich **aktivieren**, z.B. Alte Feuerwache, rund um den Alten Markt und an der Hörn. Auf dem Gelände des derzeitigen Marinefliegergeschwaders 5 im Stadtteil Holtenau wollen wir Wohnen ermöglichen, aber nur, soweit es die wirtschaftliche Nutzung nicht behindert, weder im Holtenauer Unterland, wo wir den Schwerpunkt auf eine gewerblich-industrielle Nutzung am Wasser legen wollen, noch in dem
930 von uns angestrebten spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn (Airpark) im Holtenauer Oberland.

Wir wollen auch in Zukunft bewährte Instrumente in der Wohnungspolitik nutzen. Dazu gehören das **Wohnungsmarktkonzept** mit Hinweisen für eine Entwicklung des Wohnungsmarktes in den Stadtteilen. Die Hälfte des Kieler **Geschosswohnungs-**
935 **baus** ist aus Wohnungsbeständen der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre und bedarf der **Modernisierung**, die meisten von ihnen sind in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof, in denen das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ umgesetzt wurde und wird. Aber auch die Stadtteile Schilksee, Pries und Friedrichsort, Holtenau, die Altstadt, Hasseldieksdamm, Gaarden-Süd und Kronsburg, Ellerbek, Wellingdorf, Neumühlen-Dietrichsdorf und Rönne haben besonderen Entwicklungsbedarf am Bestand und an der Schaffung neuen Wohnraums. Wir wollen in diesen Stadtteilen die Infrastruktur, das Wohnumfeld und die sozialräumlichen Verhältnisse verbessern.

Wir streben den Aufbau einer **kommunalen Wohnungsgesellschaft** unter Beteiligung von Kieler Bürgerinnen und Bürger **z.B. als Genossenschaft** bis spätestens
945 2014 an. Darüber hinaus wollen wir mit anderen Wohnungsbaugenossenschaften kooperieren. Dazu soll geprüft werden, ob der vorhandene Wohnungsbestand der Landeshauptstadt Kiel als Grundstock für eine solche kommunale Wohnungsgesellschaft eingebracht werden kann.

950 Wir wollen den **Mietspiegel** zum Interessenausgleich zwischen Vermieter und Mieter auch in Zukunft nutzen. Wir wollen eine sozial verträgliche und behutsame **Miethöhenregelung** für die Übernahme von Mietkosten, damit einerseits Sozialleistungsempfängerinnen und –empfänger nicht aus ihren Stadtteilen wegziehen müssen, andererseits die Stadt aber die Mieten auf dem Wohnungsmarkt nicht in die Höhe treibt und so vor allem Rentnerinnen und Rentner und Geringverdienende trafe.

Wir wollen weiterhin konkrete Projekte im Rahmen des Städtebauförderprogramms **„Soziale Stadt“** zur Verbesserung des Wohnumfeldes und die **Stadtteilbüros** in Gaarden, auf dem Ostufer und in Mettenhof zur Unterstützung der Stadtteilbevölke-

960 rung fördern. Wir wollen neue innovative Projekte zur **energetischen Stadteilerneuerung** wie das Gaarden-Quartier und stadtteilbezogene Aktivitäten zur Bewältigung des demografischen Wandels, z.B. in Ellerbek umsetzen.

965 Wir haben dafür gesorgt, dass die Kieler **Erbbaugrundstücke** nicht – wie noch von anderen Mehrheiten beschlossen – an private Investoren veräußert werden. Wir stehen auch in Zukunft dafür: Unsere Stadt ist und bleibt die Verpächterin von Erbbaugrundstücken an die Erbpächterinnen und Erbpächter. Wir wollen **auch in Zukunft Erbpachten vergeben**, vor allem an junge Familien und Normalverdienerinnen und –verdiener, damit diese nicht aus unserer Stadt wegziehen müssen, um sich ein eigenes Haus bauen zu können. Für Geringverdienerinnen und Geringverdiener haben wir den Erbbauzins von 4% auf 2% ermäßigt. Das Erbbaurecht ist ein wichtiges, sozial und ökologisch geprägtes Instrument der Stadtentwicklung, der Wohnungspolitik und der Bodenbewirtschaftung. Wir unterstützen alle Initiativen in den Stadtteilen, z.B. der Siedlergemeinschaften, für eine Hinterlandbebauung im nachbarschaftlichen Einvernehmen.

975 Wir wollen Konzepte für „**neue Nachbarschaften**“ wie **generationenübergreifendes Wohnen** und **selbstorganisiertes Wohnen** von Menschen z.B. in Genossenschaften unterstützen. Wir wollen **barrierefreien Wohnraum** besonders für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt. Wir nehmen Inklusion, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ernst: Wohnen ist ein elementarer Teil von Inklusion. Deshalb wollen wir **betreute Wohnangebote** schaffen und weiterentwickeln.

980 Die Stadt soll durch die öffentliche Bindung von Wohnraum auch Wohnungen für Einkommensschwächere und Menschen mit besonderen Problemen (z.B. unterstützungsbedürftige junge Erwachsene, die vorher in betreuten Jugendwohnungen gewohnt haben) vorhalten, die auf dem freien Wohnungsmarkt sonst keine Wohnung mieten könnten. Die städtischen Belegungsrechte sollen gegen Zuschüsse an die 985 Vermieter gewährt werden, geeignete soziale Träger sollen sich in Abstimmung mit den Vermietern um die Auswahl und Betreuung der passenden Bewohnerinnen und Bewohner kümmern.“

990 Wir wollen den Dialog mit der Wohnungswirtschaft, den Mieterorganisationen und weiteren Interessenorganisationen wie z.B. dem Studentenwerk Schleswig-Holstein für die Entwicklung einer breit getragenen kommunalen Wohnungspolitik ausbauen.

995 Wir wollen eine **stadtteilorientierte Wohnungspolitik** unter Berücksichtigung der Bedarfe für „einkommensschwache Haushalte“, „studentisches Wohnen“ und „barrierefreies Wohnen“ umsetzen. Außerdem sollen in den Stadtteilen Möglichkeiten zur Vernetzung mit Aktivitäten im Rahmen der lokalen Ökonomie, z.B. die Unterstützung von kleinen Gewerbetreibenden und Dienstleistern, hergestellt werden.

1000 Wir wollen die kommunale Wohnungspolitik als Bestandteil einer integrierten und nachhaltigen Stadtpolitik fortsetzen und ausbauen. Dazu wollen wir das **Amt für Wohnen und Grundsicherung als Steuerungs- und Förderinstrument** für eine kommunale Wohnungspolitik im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEKK) stärken. Hierzu muss die städtische Grundstücksvermarktung und Im-

mobilenbetreuung die kommunalen Wohnungspolitik unterstützen. Kiel soll ein attraktiver Wohnort für alle Bürgerinnen und Bürger bleiben. Eine soziale Spaltung zwischen und in den Stadtteilen soll vermieden werden.

Arbeitsmarktpolitik (↑)

1005 Arbeit und Beschäftigung sind in der Summe mehr als Geldverdienen. In Deutschland und auch in unserer Stadt definiert sich gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe über Arbeit. Politik schafft selbst keine Arbeit, aber sie kann die Voraussetzungen verbessern, dass Arbeitsplätze durch die Wirtschaft geschaffen, bestehende Arbeitsplätze gesichert und Teilhabe ermöglicht wird. Die Vermittlung von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt ist und bleibt wesentliche Aufgabe der **Arbeitsmarktpolitik**. Wir haben immer auf die gemeinsame Anstrengung der Stadt, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter Kiel und den Arbeitgebern gesetzt, Beschäftigungsmöglichkeiten herzustellen – und auf die Arbeitssuchenden, sich für einen Arbeitsplatz zu qualifizieren. Die **Arbeitslosenquote sinkt** nun allmählich: Sie ist im Sommer 2012 erstmals seit dem Jahr 1992 wieder unter die Zehn-Prozent-Marke gefallen. Wir werden an diesen Erfolg anknüpfen.

1020 Wir wollen auch in Zukunft gemeinsam mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter Kiel auf unsere Stadt bezogene **Arbeitsförderungsinitiativen** und einem Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme durchführen, um arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Dieser Beitrag wird auch in Zukunft und auch bei weiter sinkender Arbeitslosigkeit gebraucht. In Kiel müssen die Instrumente der Arbeitsmarktförderung mit hoher Priorität in Richtung auf Qualifizierung eingesetzt werden.

1025 Darüber hinaus wollen wir mit einer **Beschäftigungsinitiative** erreichen, dass alle Arbeitssuchenden, die mittelfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, in einem **zweiten Arbeitsmarkt** eine Beschäftigung erhalten. Das verlangt eine Initiative, die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten schafft. Hierzu gehören durchaus anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgaben, aber auch einfachere sinnstiftende Tätigkeiten in jeweils unterschiedlichen Formen, Ausprägungen – mit abgestuften finanziellen Zuwendungen sowie breit gestreute Einsatz- und Arbeitsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Zielgruppen, z.B. in Stadtteilbüchereien, Schwimm- und Sporthallen, Kindertageseinrichtungen und Schulen, Kirchengemeinden und –einrichtungen sowie in gemeinnützigen Institutionen, bei freien Trägern, gesellschaftlichen Gruppen und ggf. auch in privat-gewerblichen Betrieben. Die Arbeit muss flexibel und unbürokratisch organisiert werden, eine sinnvolle Tätigkeit darstellen und die individuellen Stärken und Fähigkeiten der oder des Einzelnen berücksichtigen. Eine Öffnung des Systems „nach oben“ soll sicherstellen, dass Leistung, Zuverlässigkeit und Engagement belohnt werden und eine persönliche Perspektive und Entwicklung ermöglicht werden kann, ein strukturiertes Anreizsystem geschaffen wird, das motivationsfördernd wirkt und das zugleich eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nicht konterkariert, die Gründung eines von der Stadt mit zu tragenden regionalen Netz-

1045 werks von Anbietern und Bildungsträgern, die sich zur sozialräumlichen Herange-
hensweise verpflichten, veranlasst wird. Wir wollen, dass unsere Stadt auch künftig
ein deutliches finanzielles Engagement für beschäftigungsfördernde und beschäfti-
gungswirksame Initiativen aufbringt.

1050 Der Bereich der kommunalen Arbeits- und Beschäftigungspolitik soll in einem **beson-
deren Dezernat der Stadtverwaltung** verankert sein, um die Zusammenarbeit mit
der Arbeitsverwaltung des Bundes, anderen öffentlichen Stellen und den Arbeitge-
bern in der Stadt und der Region besser koordinieren zu können.

1055 Wir verwirklichen eine kommunale Arbeitsmarktpolitik, die den absehbaren Fachkräf-
temangel radikal angeht und gleichzeitig erkennt, dass es besondere Gründe gibt,
warum erwerbsfähige Menschen arbeitslos sind. Deshalb sollen **arbeitslose Mütter
und Väter**, für welche die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit von einer Betreu-
ungsmöglichkeit für ihr Kind oder ihre Kinder abhängt, **mittelfristig einen Arbeits-
platz und gleichzeitig einen Betreuungsplatz vermittelt bekommen**. Das ermög-
licht wieder eine selbstbestimmtes Leben mit eigenem Erwerbseinkommen und wirkt
dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegen.

1060 Wir wollen die besondere Situation von Frauen und älteren Menschen auf dem Ar-
beitsmarkt in den Fokus nehmen, z.B. bei der Unterstützung beim Wiedereinstieg in
das Berufsleben, wenn dieses für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Fa-
milienangehörigen unterbrochen worden ist.

1065 **Ältere Arbeitslose** haben laut einer IAB-Studie auch bei hoher Qualifikation und
trotz ihrer Erfahrung nur geringe Chancen auf eine neue Beschäftigung. Dies ist ein
drängendes Thema für die kommunale Arbeitsmarktpolitik – sie steht allein schon in
der Verantwortung, um ein Abstürzen in prekäre Arbeitsverhältnisse oder eine unwür-
dige Arbeitslosigkeit bis zur Rente zu vermeiden, während gleichzeitig ein Fachkräf-
temangel beklagt wird. Zudem kann so Altersarmut wirksam vorgebeugt werden. Wir
wollen einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmensverbänden initiieren, um
1070 lokale Lösungen für ältere Arbeitslose zu finden.

Wir wollen eine **stärkere Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen mit
den Kieler Hoch-, Fach- und Berufsschulen** an, um die berufliche Aus- und Weiter-
bildung zu verstärken. Hier soll ein Forum für einen ständigen Dialog mit allen Akteu-
ren der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der Stadt- und Arbeitsverwaltung eingerich-
1075 tet werden.

Wir wollen **Langzeitarbeitslosen eine öffentlich geförderte, sozialversicherte Be-
schäftigung ermöglichen statt nur Sozialleistungen auszubezahlen**. Menschen,
deren Einkommen mit Sozialleistungen (z.B. SGB II) aufgestockt werden muss, neh-
men wir in den Fokus der Vermittlung der Arbeits- und Sozialverwaltung. Dies entlas-
1080 tet auch den Stadthaushalt, aus welchem sonst die Kosten für Unterkunft und Hei-
zung für Langzeitarbeitslose und jenen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind,
bezahlt werden müssen. Jedes Jahr muss unsere Stadt mehr als zwei Millionen Euro
dafür ausgeben, Menschen mit Sozialleistungen finanziell zu unterstützen, die von ih-
rem Arbeitslohn allein nicht leben können. Wir fordern deshalb die rasche Einführung

1085 eines **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns** – schon um der betroffenen Menschen willen und auch, um den Kieler Stadthaushalt und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von solchen Zuzahlungen zu entlasten.

Sozialpolitik (↑)

1090 Wir wissen, dass sich nicht alle Menschen aus eigener Kraft eine gesicherte Existenz aufbauen können. Denn unsere **Sozialpolitik** besteht nicht mehr nur in dem Schutz vor Hunger, Not und Obdachlosigkeit.

1095 Wir stellen uns der **Verantwortung für eine starke soziale Stadt** und lehnen die Privatisierung sozialer Dienstleistungen ab. Gerade die Schwachen in unserer Stadt müssen sich auf kommunale Hilfen verlassen können. Sozialdemokratische Sozialpolitik dient dem Ziel, dass die Menschen ihr Leben menschenwürdig gestalten können. Bestandteil dieser Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Gesellschaftspolitik, die der Veränderung ungerechter Einkommens- und Vermögensverhältnisse dient, kann die Sozialpolitik nicht ersetzen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist auch einer um mehr Solidarität: Die Starken müssen mehr für das Gemeinwohl leisten als die Schwachen. Moderne Sozialpolitik muss sich fragen, ob das Verhältnis der Funktionen und Leistungen richtig gewichtet ist.

1100 Wir wollen die Erkenntnisse über absehbare Bevölkerungsentwicklungen frühzeitig in unsere Politik integrieren und eine **präventive Sozialpolitik** etablieren. Hilfe und Unterstützung bedeuten in diesem Sinne ein ausgewogenes Fördern und Fordern: Fördern heißt: Benachteiligungen ausgleichen und Hilfeangebote machen. Fordern bedeutet: Wir erwarten, dass die Menschen sich auf diese Prozesse einlassen und ihren Beitrag nach ihren Möglichkeiten leisten.

1110 Kiel ist von dem Problem der verstärkten **sozialräumlichen Polarisierung** betroffen. Im von der SPD angeforderten Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEKK) wurden benachteiligte Stadtgebiete Kiels identifiziert. Wir wollen eine integrierte Stadtteilentwicklung, die Erkenntnisse der Sozialraum- und Wohnungsmarktbeobachtungen aufgreift und Konzepte für Sozialraumplanung, Infrastruktur und Nahversorgung entwickelt.

1115 Durch eine **sozialräumliche Zusammenarbeit** von Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und sozialen Diensten wollen wir insbesondere die Bildungschancen von Jugendlichen verbessern und Eltern unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die sozialen Ressourcen stärker dort einsetzen, wo sie wirklich benötigt werden, und die **interdisziplinäre Maßnahmeplanung** der Stadtverwaltung für die „Sozialräume mit überdurchschnittlicher sozialer Problemdichte“ fortführen.

1120 Die Kieler SPD will auf allen Ebenen **Armut** bekämpfen. Unter Armut verstehen wir einen Zustand soziale Benachteiligung und den Mangel an lebenswichtigen Gütern, der eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe erschwert.

1125 Wir bekämpfen die **Kinderarmut** in Kiel. Wir haben alle politischen Entscheidungen darauf geprüft, ob und wie sie Kinderarmut eingrenzen können und werden dies fortsetzen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Kindern aus benachteiligten

und einkommensschwachen Familien kann durch gezielte Hilfsangebote und aktivierende Sozialarbeit erreicht werden. Wir haben durch das Programm „Kids in die Clubs“ und vergünstigte Eintritte bei Kultureinrichtungen die Teilhabe an Kultur- und Sportangeboten ermöglicht. Und mit der Einführung des **Kiel-Passes** ist es inzwischen gelungen, vielen finanziell benachteiligten Menschen in Kiel den Zugang und die Teilhabe am sportlichen, kulturellen und Freizeitleben in unserer Stadt zu erleichtern.

Kinderarmut resultiert in den meisten Fällen aus **Frauenarmut**. Oft resultiert sie daraus, dass Frauen wegen der Erziehung von Kindern-, oder der Pflege von Angehörigen ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben – sie benötigen Unterstützung beim Wiedereinstieg in das Berufsleben. Der Ausbau der Kinderbetreuung in den letzten Jahren unterstützt dies. Die Beratung der von Armut betroffenen Frauen unterstützen wir und setzen uns für mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und in der Stadtverwaltung ein.

Der Gefahr von **Armut im Alter** wollen wir durch eine vorsorgende Sozialpolitik begegnen. Präventiv wollen wir die Einkommenssituation von Erwerbstätigen verbessern und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Angebot seniorengerechten und bezahlbaren Wohnens in allen Stadtteilen ein. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, der menschliche Kontakt mit anderen darf nicht am Geld scheitern. Die gegenseitige Unterstützung in Nachbarschaften oder in Stadtteilnetzwerken wollen wir fördern und wo noch nicht vorhanden für moderne Konzepte der Nachbarschaftshilfe werben.

Wir wollen durch **Straßensozialarbeit** und vorbeugende Angebote helfen, Obdachlosigkeit zu vermeiden und bereits Obdachlosen Hilfestellung geben. Durch die intensive Zusammenarbeit von Polizei, kriminalpräventiven Räten, Streetworkern, Schulen und dem Gesundheits- sowie Sozialmanagement der Stadt kämpfen wir gegen **Drogen** und Drogenkriminalität.

Integration und Migration [\(↑\)](#)

Die Kieler SPD setzt sich für eine **Politik gesellschaftlicher Teilhabe** ein, die sich allen Gruppen mit geringer gesellschaftlicher Bindung widmet und breiter angelegt ist als die klassische Integrationspolitik. Ziel ist es, durch gesellschaftliche Teilhabe die Gesellschaft als Ganzes zu erweitern und die Vielfalt erlebbar zu machen. Wir wollen entsprechende Angebote vorhalten statt Verpflichtungen zu formulieren, aber auch nicht die Augen vor Problemlagen verschließen und gegensteuern.

Die Kommune ist der **zentrale Ort von Integration** und eine Herausforderung für ein gemeinsames Zusammenleben. Die Vielfalt unterschiedlicher Kulturen und Herkunft sind eine Bereicherung für unsere Kommune und ein Potential für eine weltoffene Stadt. Die Kieler SPD setzt auf den Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft und fördern ihn. Daher unterstützen wir interkulturelle Veranstaltungen und Projekte, die einzelne Gruppen

der breiten Bevölkerung näher bringen und Orte der Zusammenkunft und Begegnung, Projekte zur Ausbildung und der Arbeitsmarktförderung.

Die Kieler SPD macht sich stark für eine Anerkennens- und Willkommenskultur in der Landeshauptstadt und initiiert Maßnahmen zur Etablierung dieser Kultur.

1170 Wir wollen eine Kommunalverwaltung mit starken **interkulturellen Kompetenzen** und wollen sie entsprechend organisatorisch und personell ausrichten. Dazu fördern wir die Mehrsprachigkeit und die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Integration und den interkulturellen Dialog verstehen wir als Querschnittsaufgabe.

1175 In unserer Stadt leben Menschen mit 157 verschiedenen Nationalitäten, im Jahr 2009 betrug ihr Anteil 8,1 % der Gesamtbevölkerung; der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag bei 18,6 % und steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Wir wollen darstellen, dass viele dieser Menschen engagierte und wichtige Teile unserer Gesellschaft sind, denn **Migration** ist vor allem eine gesellschaftliche Bereicherung.

1180 Wir wollen die Integrationsziele und Handlungsfelder des kommunalen Integrationskonzeptes für die Integration von Migrantinnen und Migranten in Kiel weiter begleiten und diese mit Hilfe des Integrationsmonitorings auf eine wissenschaftlich fundierte Datengrundlage stellen.

1185 Wir wollen die Integrationsangebote speziell für **Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund** erweitern. Dazu gehören eine bilinguale Kinderbetreuung und die frühkindliche Sprachförderung. Durch eine intensive Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit, Bildungseinrichtungen, Migrantenselbstorganisationen und sozialen Diensten vor Ort sollen die besonderen Anforderungen einzelner Sozialräume gezielt ermittelt und bedient werden.

1190 Die Kieler SPD unterstützt die Migrantenselbstorganisationen und Interessenvertretungen von Bevölkerungsgruppen mit besonderen Ansprüchen an eine Politik gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen **Netzwerke der Vielfalt** fördern, in denen die Kommune, die Träger sozialer Maßnahmen und die Vereinigungen gemeinsam Herausforderungen und Lösungen diskutieren und vereinbaren. Bezüglich des Themas Ho-

1195 mosexualität und Migration wollen wir einen Dialog zwischen den Facheinrichtungen und Migrantenselbstorganisationen anregen. Wir wollen die verschiedenen Organisationen und Interessenvertretungen in allen Fragen der Stadtpolitik beteiligen, die sie betreffen.

Flucht und Asyl [\(↑\)](#)

1200 Weltweit sind heute 42,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Ein geringer Anteil von ihnen findet den Weg nach Deutschland – wobei heute u.a. aufgrund des geänderten Asylrechts nur noch etwa 10% der Flüchtlinge aus den Jahren 1992/93 aufgenommen werden.

1205 Auch in Kiel nehmen wir den wichtigen sozialen Auftrag wahr, angemessene **Unterkünfte für Flüchtlinge** bereitzustellen und ihnen Unterstützung bei der Integration in unsere Gesellschaft anzubieten. Es gilt dauerhaft zu verhindern, dass in Kiel Flücht-

linge in Containern und Gemeinschaftsunterkünften in unangemessener Lage und Zeitraum untergebracht werden.

- 1210 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Flüchtlinge in Kiel **Zugang zu medizinischer Versorgung** und den **Zugang zu Bildungseinrichtungen** und Bildungsangeboten erhalten. Hierzu wollen wir einen Runden Tisch mit Hilfsorganisationen, sozialen Trägern und weiteren Fachakteuren initiieren, der Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik erarbeitet.

Generationen- und Altersgerechtigkeit (↑)

- 1215 Die allgemeine **demographische Entwicklung** geht auch an unserer Stadt nicht vorüber: Der Anteil älterer Menschen wird größer. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen allein leben. Den unterstützenden Familienverbund gibt es immer seltener. Viele ältere Menschen geraten in eine soziale Isolation. Vor dieser Entwicklung wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Augen nicht verschließen.
- 1220 Ebenso darf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht am Geld scheitern. Wir werden im Dialog mit den Sozialverbänden, sozialen Organisationen und dem DGB und seinen Gewerkschaften konkrete Vorhaben zu den Themen Altersgerechtigkeit, Wohnen und Pflege im Alter entwickeln.

- 1225 Wir wollen ein neues **Miteinander von Alt und Jung**. Hierfür wollen wir den seniorengerechten Wohnraum in allen Stadtteilen erweitern, uns für eine menschenwürdige Pflege einsetzen und die Begegnung von Jung und Alt fördern. Wir unterstützen das Angebot von **Mehrgenerationenhäusern** und fördern generationenübergreifende Wohnprojekte. Ein Beispiel hierfür ist „**Hand gegen Koje an Land**“ des Studentenwerks, bei dem unter anderem ältere Menschen ein Zimmer Studierenden zur Verfügung stellen und im Gegenzug Hilfe in Haus und Garten oder bei Besorgungen bekommen.
- 1230

- 1235 Die Kieler SPD sieht in der demografischen Entwicklung nicht nur Herausforderungen sondern auch Chancen, um die Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln: Wir wollen das Potenzial von aktiven, tatkräftigen aber auch erfahrenen Menschen nutzen und das ehrenamtliche Engagement nach der Erwerbstätigkeit fördern. Analog zum freiwilligen sozialen Jahr nach der Schulzeit wollen wir Konzepte für eine **Freiwillige Soziale Zeit** von Bürgerinnen und Bürgern im Ruhestand entwickeln. Das Projekt könnte dem Ehrenamtsbüro angegliedert werden, um es planerisch und juristisch zu betreuen und den Einsatz koordinierend zu begleiten.

- 1240 Wir setzen uns für ein **selbstbestimmtes Älterwerden** in der gewohnten Umgebung ein und folgen dem Grundsatz „ambulante Betreuung vor stationärer“. Wir wollen den Bau seniorengerechter bzw. den Umbau bereits bestehender Wohnungen in allen Stadtteilen fördern – bezahlbar auch für alte Menschen mit geringem Einkommen. Flankiert werden muss dies von einem Ausbau der entsprechenden sozialen Infrastruktur und einem Nahversorgungsangebot.
- 1245

Zusätzlich soll ein Angebot von **alternativen Wohnformen**, wie Wohn- und Hausgemeinschaften, geschaffen werden. Damit wird die gegenseitige Hilfe der Älteren gefordert und der Vereinsamung begegnet.

1250 Wir nehmen den **Senioren-sport** in den Fokus: Bestehende und neue Sportstätten müssen gerade auch für ältere Menschen gut zu erreichen sein. Bei Sportgeräten, die im öffentlichen Raum aufgestellt werden, ist besonders darauf zu achten, dass sie auch von älteren Menschen gut genutzt werden können.

1255 Mit dem erfreulichen Anstieg des Lebensalters steigt auch das Risiko von Menschen, an Alzheimer oder einer anderen Form der Demenz zu erkranken. Bis 2050 wird sich Schätzungen zufolge die Zahl der Demenzerkrankten verdoppeln. Wir wollen verhindern, dass Menschen mit Demenz oder ihre Familien in die Isolation geraten oder sich aus falscher Scham aus der Gesellschaft zurückziehen und wollen Kiel zu einer **demenzfreundlichen Stadt** entwickeln. Dazu wollen wir zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit beitragen und die Begegnung von Menschen mit und ohne Demenz fördern. Mit den Betroffenen wollen wir gemeinsam Handlungsfelder und Ziele definieren. Dabei werden wir Projekte wie die Hamburger Demenz WG und des Dorfes für Demenzkranke in den Niederlanden als Vorbilder heranziehen und so entwickeln, dass sie für Kiel umsetzbar werden. Wir werden einen Notdienst entwickeln, an den sich Bürgerinnen und Bürger direkt wenden können, wenn ihnen verwirrte und/oder orientierungslose Personen in der Öffentlichkeit auffallen.

1260 Zum Thema „**Homosexualität im Alter**“ wollen wir mit Interessenvertretungen und Organisationen in einen Dialog eintreten, welche besonderen Bedürfnisse in der Senioren- und Pflegepolitik der Stadt berücksichtigt werden können.

1270 Wir setzen uns für eine menschenwürdige **Pflege** ein. Wir fordern eine strenge Überprüfung auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften beim Pflegeschlüssel und den Pflegestandards durch eine qualifizierte Heimaufsicht und anderer Kontrollorgane. Wir wollen pflegebedürftigen Menschen Raum geben, sich zu treffen, zu kommunizieren und ihre Fähigkeiten einzusetzen. Uns liegt daran, gerade Hochbetagten, die zu vereinsamen drohen, den Weg in die Gemeinschaft zu erleichtern. Die ständig wachsende Zahl **älterer Menschen mit Migrationshintergrund** bildet zunehmend ein Problem, auf das Pflegeeinrichtungen und Pflegepersonal zukünftig stärker ausgerichtet sein müssen.

1280 Viele pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen kompetente Ansprechpartner sowie die **Pflegeberatungsstelle** als Anlaufstelle für Beratung und Beschwerden. Durch gute Beratung und ambulante Hilfen können ältere Menschen so lange wie sie möchten zu Hause wohnen bleiben.

Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung (↑)

1285 Die SPD will, dass Inklusion im Sinne der 2009 in Deutschland in Kraft getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Kiel gelebt wird. Inklusion heißt: Menschen mit und ohne Behinderung sind von Anfang an dabei. Die

Bedürfnisse der Menschen stehen im Vordergrund, nicht ihre persönlichen Einschränkungen. Alle Menschen müssen die gleichen Entwicklungschancen haben. Deswegen müssen alle Barrieren in Kiel, ob baulicher, virtueller, oder institutioneller Art, ob in den Köpfen oder Strukturen schrittweise abgebaut werden. Unsere Haltung ist: Es ist normal verschieden zu sein. Grundlage für unser Handeln ist das Kieler Leitbild und die Teilhabeplanung.

Bei allen Planungen werden wir den Aspekt der **Barrierefreiheit** berücksichtigen und Menschen mit Behinderung durch eine aktive Teilhabeplanung frühzeitig und umfassend integrieren. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten wollen wir in einem ständigen Austausch die unterschiedlichen Barrieren für die verschiedenen Gruppen herausarbeiten. Wir wollen die Ansprechstelle für barrierefreies Bauen bei der Landeshauptstadt Kiel stärken. Insbesondere für Architekten sollte die Möglichkeit zur vorherigen Beratung eröffnet werden.

Wir wollen das von Verbänden, Einrichtungen, Selbsthilfeorganisationen, Politik und Stadtverwaltung erarbeitete **Leitbild und die örtliche Teilhabeplanung** zügig umsetzen und in einem stetigen Prozess gemeinsam überarbeiten. Wir wollen, dass für jeden Stadtteil ein inklusiver Stadtatlas erstellt wird. Mit dem Atlas soll festgestellt werden, wie gut Menschen mit und ohne Behinderung wohnen, arbeiten, einkaufen und ihre Freizeit verbringen können.

Wir setzen uns für den Ausbau **barrierefreien, bezahlbaren Wohnraums** ein und wollen die **barrierefreie Mobilität** fördern, sodass alle Menschen in unserer Stadt ohne Probleme am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Kieler SPD will in einem Kieler Quartier oder bei der Planung eines neuen Quartiers erproben, wie es unter dem besonderen Label der Inklusion und Barrierefreiheit errichtet werden kann.

In den Bildungseinrichtungen unterstützen wir die **Inklusive Bildung** von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen und wollen mit spezifischen Angeboten ihre Bildungschancen verbessern. Wir wollen das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung im Dialog mit den Eltern und den Lehrkräften weiterentwickeln. Wir setzen uns in dem Prozess für die bedarfsorientierte personelle und sächliche Ausstattung aller Bildungseinrichtungen ein.

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und größtmögliche Eigenständigkeit. Die dafür nötige Unterstützung müssen geleistet werden, Barrieren müssen abgebaut werden. Die SPD setzt sich für Chancengleichheit auf dem ersten Arbeitsmarkt für alle Menschen ein. Die SPD fordert ein Kieler Modell „inklusive Arbeit !“, mit dem mehr Außenarbeitsplätze von Werkstätten geschaffen und Menschen durch Assistenz bei der Arbeit unterstützt werden. Wir wollen die Gründung von Integrationsunternehmen unterstützen. Alle Akteure, von der Arbeitsverwaltung, der Wirtschaft, den Werkstätten, den Fachdiensten bis zu den Schulen müssen hier an einen Tisch gebracht werden.

Die Teilhabe der Menschen mit Behinderung an **Kultur und Freizeitgestaltung** ist der Kieler SPD wichtig. Daher soll das neue Sport- und Freizeitbad so gebaut werden, dass Menschen mit Behinderung es barrierefrei nutzen können. Auch wollen wir

1330 die Barrierefreiheit des Sport- und Kulturangebots ausbauen und beispielsweise ein inklusives Sportfest anregen.

Wir wollen die **Mobilität** durch Straßengestaltung, barrierefreien Nahverkehr und einen speziellen Fahrdienst für alle betroffenen schwerbehinderten Menschen sicherstellen. Öffentliche Bauten sollen grundsätzlich barrierefrei sein, bestehende Hemmnisse sollen abgebaut werden. Wir wollen die Eigenständigkeit der Menschen mit Behinderung durch ausreichende ambulante Assistenzen stärken. Auch Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen haben Anspruch auf **größtmögliche Selbständigkeit**. Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderung sind für uns wichtige Partner für die Umsetzung der Forderungen.

1340 Um von den Erfahrungen bestehender Projekte vergleichbarer Städte und Kommunen im europäischen Bereich lernen und profitieren zu können, streben wir einen umfassenden Erfahrungsaustausch auf dieser Ebene an. Das gilt sowohl für den Bereich "Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung" als auch für "Generations- und Altersgerechtigkeit"

Gesundheitsversorgung (↑)

1345 Die Kieler SPD fördert den Ausbau des **Gesundheitsstandorts Kiel**. Das Potential der Gesundheitswirtschaft wollen wir in unserer Stadt erschließen, um einerseits Unternehmen und Arbeitsplätze anzusiedeln und andererseits die gute Gesundheitsversorgung in Kiel auszubauen.

1350 Für Kiel wird in den nächsten Jahren Leitlinien als „Gesunde Stadt Kiel“ erarbeitet. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass sie Bestandteil einer integrierten Stadtentwicklungsplanung werden, um Synergien z.B. mit der Sportplanung zu heben.

1355 In den letzten Jahren haben wir trotz knapper Kassen die Förderung von Gesundheitsinitiativen und -projekten fortgesetzt. Prävention ist wesentlicher Bestandteil unserer Gesundheitspolitik. Deshalb setzen wir uns im Rahmen kommunaler Möglichkeiten für eine **zielgerichtete Präventionsarbeit** in unserer Stadt ein. Die betriebliche Gesundheitsförderung in der Stadtverwaltung und in städtischen Betrieben wollen wir weiterentwickeln.

1360 Wir wollen Gesundheitsgefährdungen an ihrer Quelle bekämpfen (**Verhältnisprävention**). Dazu gehört zum Beispiel eine Lärmreduktion und möglichst geringe Belastungen durch Gefahrstoffe wie Abgase.

Gemeinsam mit Interessengemeinschaften und Selbsthilfeorganisationen wollen wir auf **chronische Krankheiten** aufmerksam machen und Präventionsmaßnahmen fördern – beispielsweise durch eine Messe mit den Selbsthilfevereinen.

1365 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Einkaufszentren, bei Sportvereinen und an anderen geeigneten Orten Geräte angebracht werden, mit denen auch Laien Erste Hilfe bei Herzstillstand leisten können (Automatisierte Externe Defibrillatoren).

In den Kindertageseinrichtungen und Schulen wollen wir die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen, die Gesundheits- und Ernährungserziehung sowie

- 1370 die Beratung der Eltern fördern. Wir wollen Kindertageseinrichtungen Informationen und Unterstützung anbieten, wie sie z.B. mit Diabetes bei Kindern umgehen können. Wir wollen die **niedrigschwellige und vernetzte Gesundheitsförderung** in Stadtteilen mit erhöhtem Bedarf besonders ausbauen und die sportlichen Aktivitäten fördern. Die Stadtteilorientierte Gesundheitskonferenz in Gaarden war dafür ein gutes Beispiel.
- 1375 Wir fördern die **Ernährungsberatung** und sehen einen Schwerpunkt bei der Elternberatung und der Gesundheitserziehung in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Entsprechende Initiativen von Eltern oder Schülerinnen und Schülern, wie zum Beispiel Kochkurse oder die Einführung eines Veggie-Days in der Schulmensa, werden wir unterstützen.
- 1380 Das **städtische Krankenhaus** wollen wir in kommunaler Trägerschaft weiterentwickeln. Durch bauliche Maßnahmen und das Ausbildungszentrum haben wir das städtische Krankenhaus gestärkt.
- 1385 In Deutschland gibt es trotz Versicherungspflicht viele **Menschen ohne Krankenversicherung**. Dies ist besonders problematisch für Menschen, die spezieller medizinische Aufmerksamkeit bedürfen, wie Schwangere und Kinder. Wir werden daher prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, diesen Frauen in Kiel medizinische Betreuung in der Schwangerschaft und die Geburt in einem Krankenhaus, den Kindern außerdem die öffentlich empfohlenen Impfungen zu ermöglichen. Unser langfristiges Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Menschen ohne Krankenversicherung den notwendigen Zugang zum Gesundheitssystem bekommen.
- 1390

Drittens: Handeln [\(↑\)](#)

Wir wollen unsere Stadt **aktiv gestalten** und nicht abwarten, bis andere oder die allgemeinen Verhältnisse unser Leben und unseren Alltag bestimmen. Die Kieler SPD setzt auf das Engagement der Kielerinnen und Kieler, nicht nur am Wahltag. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den unzähligen aktiven Frauen und Männern in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, sozialen und karitativen Organisationen, den kulturellen Initiativen und in den Umweltschutzbünden, in den Freiwilligen Feuerwehren und in den ehrenamtlichen Rettungsdiensten, in den vielen Sportvereinen und in den Kleingartenvereinen und mit vielen, vielen anderen – mit ihnen machen wir unser Kiel zu der liebens- und lebenswerten Stadt, die sie ist. Wir „handeln“!

Städtebau und Stadtentwicklung [\(↑\)](#)

Kiel ist Landeshauptstadt und das Oberzentrum der Region. Unsere Stadt versorgt die Kieler Bevölkerung und die Region mit Gütern des täglichen und des spezifischen, höheren Bedarfs. Deshalb will die Kieler SPD die Funktion unserer Stadt **als Oberzentrum stärken**, das nicht nur seine Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch die gesamte Region versorgt. Dabei sollen die verschiedenen Stadtteile ihre typische Identität und Vielfalt behalten. Eine eindeutige Strukturierung ist für ganz Schleswig-Holstein wichtig, damit das Land nicht zersiedelt wird und die Stadt vital bleibt

Die Kieler SPD will im Innenbereich der Stadt ungenutzte oder zu wenig genutzte Flächen für eine Bebauung bereitstellen, bevor Flächen im Außenbereich genutzt werden müssen (**Innen- vor Außenentwicklung** durch Flächenrecycling). Dabei sollen Gärten, Spielplätze und Parkplätze (Freiflächen) einerseits und für die Erholung bedeutsame Naturflächen zu einer mit der Förde als Mittelpunkt verbundenen Stadlandschaft verbundenen werden, wobei wir mit den Gemeinden des Umlandes zusammenarbeiten wollen. In den Stadtteilen sollen Wohnen, Arbeiten, die Nahversorgung und Dienstleistungen sowie Grünanlagen und Infrastruktur verträglich gemischt sein. Wir wollen die „**Stadt der kurzen Wege**“, in denen Wohnen, Arbeiten und Leben in den Stadtteilen möglich ist.

Wir haben ein **Integriertes Stadtentwicklungskonzept** (INSEKK) als Perspektive des städtischen Handelns beschlossen, das auf der Grundlage der strategischen Ziele der Landeshauptstadt Kiel – soziale Stadt, kinderfreundliche Stadt, Klimaschutzstadt, kreative Stadt, innovative Stadt – nun soziale, wirtschaftliche, kulturelle Aspekte der Stadtentwicklung zusammenführt und bündelt. Auf Grundlage dieses Stadtentwicklungskonzepts erhält Kiel wieder Städtebauförderungsmittel. Sie sind die Voraussetzung für eine gelingende Stadtentwicklung, die mit der Entwicklung der einzelnen Stadtteile weitergeht. Die Kieler SPD hat bereits für Holtenau und Friedrichsort **Stadtteilentwicklungskonzepte** auf den Weg gebracht, die gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern erarbeitet werden.

Nachdem andere politische Mehrheiten allen alles versprochen hatten und deshalb kein Investor eine Ansiedlung wagte, hat die Kieler SPD eine klare ordnungspolitische Vorgabe für die **Innenstadtentwicklung** getroffen: Kein neues Einkaufszentrum am Kieler Schloss, ein Aussetzen der Pläne in der mittleren Holstenstraße, und die
1435 Konzentration auf das frühere Karstadt/LEIK-Gelände am Alten Markt. Erst als Folge dieser Politik wächst heute aus dem Grund der Altstadt das **Geschäftshaus „Nordlicht“** empor, wird es am Alten Markt wieder den für den Handel der nördlichen Innenstadt dringend benötigten Lebensmittelmarkt geben. Wir setzen auf neue Impulse für die Weiterentwicklung des leer stehenden benachbarten LEIK-Gebäudes, genau-
1440 so wie das Einkaufszentrum „Sophienhof“ in der südlichen Innenstadt mit einem zweistelligen Millionenbetrag modernisiert wird. Unser leitendes Prinzip "Ordnung statt Wildwuchs" ist erfolgreicher als das Laissez-faire vergangener Jahre. Die zusätzlichen Parkplätze im neuen Geschäftshaus-Parkhaus „Nordlicht“ und im neugebauten Parkhaus in der Flämischen Straße/Eggerstedtstraße machen den Alten
1445 Markt gut erreichbar.

Die Kieler SPD will die Innenstadtrahmenplanung auf dem **Sanierungsgebiet Altstadtinsel** umsetzen. Hier soll ein lebendiges Quartier mit Wohnungen, Geschäften, Gastronomie und kulturellem Angebot mit öffentlicher Unterstützung entstehen. Die dafür erforderlichen Untersuchungen sind bereits eingeleitet worden: Wir wollen **in**
1450 **der Altstadt mehr Wohnen ermöglichen** und die Altstadt – wie es die Dänische Straße heute schon ist – zur „guten Stube“ der Innenstadt machen. Die Eggerstedtstraße zwischen Schloss und St. Nikolai-Kirche soll als Baugrund für Wohnbebauung ausgewiesen werden, der restliche Teil östlich der Kirche zwischen Flämischer Straße und Schuhmacherstraße ein öffentlicher Platz werden, und die Eggerstedtstraße
1455 die Zufahrt zum Geschäftshaus „Nordlicht“ und seinem Parkhaus herstellen. Die Schlosstraße soll wieder ihren ursprünglichen Zweck – den Aufgang zum Kieler Schloss – erfüllen, mit der neuen Wohnbebauung wird sie attraktiver. Der öffentliche Personennahverkehr und der Kraftfahrzeugverkehr sollen umgelenkt werden.

Das Karree zwischen Bootshafen im Norden, Kaistraße im Osten, Hafenstraße im Süden und Andreas-Gayk-Straße im Westen (**ehemals C&A und „Markthalle“**) bietet sich an für eine Entwicklung für Einzelhandel und Hotellerie.

Wir wollen die **mittlere Holstenstraße** wieder mehr beleben und dazu das **Mühlenbach-Areal** mit dem heutigen Gebäude der „Kieler Nachrichten“ vor allem im Bereich Wohnen **weiterentwickeln**.

Wir wollen grundsätzlich **mehr Wohnen in der Innenstadt ermöglichen**, denn das bringt Leben in die Stadt – vor und nach Ladenschluss. Wir wollen **ein Viertel Wohnanteil bei neuen Projekten**, zusätzliche Wohnungen auf dem Grundstück der Alten Feuerwache und den Bau von Wohnungen zwischen Schlosstraße und auf einem großen Teil der heutigen Eggerstedtstraße sowie auf dem ehemaligen Gelände
1470 der Muthesius-Kunsthochschule am Lorentzendamm.

Die innerstädtischen Plätze – insbesondere der **Holstenplatz**, aber auch der Rathausplatz, der Asmus-Bremer-Platz und Europaplatz – sollen schöner werden und

1475 mehr als bisher zum Verweilen einladen. Dazu gehört, dass nicht alle Pavillons auf dem Alten Markt für immer dort stehen bleiben sollen. Außerdem streben wir eine Öffnung des Holstenplatzes zum Kulturforum im Neuen Rathaus an, z.B. durch einen gemeinsam genutzten Verkehrsraum in der Andreas-Gayk-Straße („Shared Space“).

1480 Wir wollen mehr Wasser - und Meerwasser: Um Kiel unverwechselbar zu machen, müssen wir seine einmalige Lage als Stadt am Wasser auch zeigen. Dazu wollen wir die historische **Wasserverbindung zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel** wiederherstellen, den gut gelungenen Bootshafen in Richtung der ohnehin grundsaniierungsbedürftigen Holstenbrücke ausbauen und dafür Fördermittel des Landes nutzen. Dadurch verbessern wir die Lage für Gastronomie und Vermieter und setzen auf eine Aufwertung der Geschäfte in der Innenstadt und die Beseitigung vorhandener Leerstände. Das wird die Altstadt aufwerten, auf diese Weise höherwertige Geschäfte und Betriebe mit den entsprechenden Arbeitsplätzen und Löhnen bzw. Einkommen
1485 in die Innenstadt ziehen und so Kiel sowohl für die hier wohnenden Menschen als für Auswärtige attraktiver machen. Wir wollen einen **Kieler Stadtstrand** an der Stelle zwischen Bellevue und der Seebadeanstalt errichten, wo das Hindenburgufer früher auch „Strandweg“ hieß, an dem die Kielerinnen und Kieler und ihre Gäste ohne lange
1490 Anfahrtswege Erholung und Freizeit am Wasser genießen können. Wir wollen einen **Traditionshafen an der Hörn**: Die Traditionssegler am Germaniahafen sollen an die Hörn verlegt werden, um so mehr Platz zu gewinnen und das Stadtbild noch mehr zu verschönern. Wir wollen die Wasserkante zugänglich und sichtbar machen, soweit dies mit der Nutzung der Hafenanlagen vereinbar ist, besonders hinter dem Sellspeicher, dem „Sartori & Berger“-Speicher und dem Schifffahrtsmuseum.
1495

Die Entwicklung des **Hörngebietes** mit einer lebendigen Vielfalt von Nutzungen im Dienstleistungs- und Wohnbereich muss vorangetrieben werden. Dringendstes Projekt dabei ist der Brückenschluss zwischen Germaniahafen und Gaarden. Die Fußgängerbrücke muss Gaarden endlich anbinden, statt gleichsam im Nichts zu enden.

1500 Wir wollen unsere Stadt **durch kleinere Maßnahmen** so lebens- und liebenswert erhalten, wie sie ist, und dabei den **maritimen Charakter unserer Stadt hervorheben**. Um die Kieler Gastronomie zu unterstützen, wollen wir auch in Zukunft keine Sondernutzungsgebühren für **Straßencafés** erheben. Tische und Stühle dürfen auf den Gehwegen jedoch keine Barrieren für Kinderwagen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sein. Wir wollen unsere Stadt am Wasser für Familien und
1505 Gäste besonders attraktiv gestalten: Zum Beispiel durch **Tretbootfahrten** auf den Gewässern der Innenstadt. Eine Stadt am Wasser muss ihren Einwohnerinnen und Einwohnern und ihren Gästen **mehr „maritime Gastronomie“** ermöglichen. Wir wollen die Voraussetzungen für ein Fischrestaurant an der Schwentinemündung – auch vom Westufer gut über die Fördeschiffahrt zu erreichen – schaffen, und wir wollen
1510 die „Kieler Sprotten-Bude“: ein wiedererkennbare Design für Fischbrötchen-Verkaufsstände in der Innenstadt und entlang der Kieler Förde. Zwischen dem Werksgelände der „Howaldtswerke Deutsche Werft AG“ (HDW) und der Gemeinde Mönkeberg wollen wir entlang des Fördewanderweges einen „**Industriepfad**“ mit einem besonderen
1515 Edutainment-Angebot schaffen.

Wir wollen gute Ideen, die von Bürgerinnen und Bürgern aus Kiel und den Umlandgemeinden für den **Förde-Rahmenplan** entwickelt worden sind, verwirklichen. Dazu gehört z.B. der Stadtstrand am Hindenburgufer, das bereits begonnene Wegeleitsystem mit den Informations-Stelen über die maritime Geschichte Kiels und der Bootsteg für die Rettungsboote der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) in Hasselfelde auf dem Ostufer.

Für **frei werdende Liegenschaften der Bundeswehr**, die im Eigentum der Immobilienverwaltung des Bundes stehen, müssen Nutzungen gefunden werden, die Kiel als Wirtschaftsstandort voranbringen und Arbeitsplätze schaffen. Wir richten unseren Fokus dabei auf den **Stadtteil Holtenau** und setzen beim Holtenauer Unterland auf dem Gelände des derzeitigen **Marinefliegergeschwaders 5** den **Schwerpunkt** auf eine **gewerblich-industrielle Nutzung am Wasser**, z.B. im Offshore-Bereich. Auch Wohnen soll an dieser Stelle ermöglicht werden, aber nur, soweit es die wirtschaftliche Nutzung nicht behindert, weder im Unterland noch in dem von uns angestrebten spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn (Airpark) im Holtenauer Oberland. Unabdingbar ist für die Kieler SPD eine Wegeverbindung über das Gelände zwischen den Stadtteilen Holtenau und Friedrichsort.

Industrie, Gewerbe und Wirtschaft (↑)

Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik in Kiel ist die Schaffung bester Voraussetzungen für unternehmerisches Handeln, denn damit werden Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen. Seit dem Jahr 2008 steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unserer Stadt, gibt es mehr Betriebe in unserer Stadt mit mehr Beschäftigten als vor der Kommunalwahl. Unsere kommunale Wirtschaftspolitik dient der Zukunftssicherung. Für die politische Gestaltung braucht Kiel ausreichende und verlässliche Einnahmen. Deshalb gibt die Stadt wirtschaftspolitische Impulse. Wir wollen, dass sie sich in Partnerschaft mit Wirtschaft und Wissenschaft auf strategische Felder konzentriert. Unsere **strategische Politik** setzt auf den Ausbau des Wirtschaftsstandortes Kiel. Dabei gilt es, die Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern und der Europäischen Union auszubauen. Die Kieler SPD steht für eine innovative Wirtschaftspolitik. Wir möchten, dass Kiel mit Spitzentechnologie, Forschung, Wissen und Qualität auf den Märkten präsent ist: in der Industrie, in der maritimen Wirtschaft, im Tourismus, in der Gesundheits- sowie in der Kreativwirtschaft.

Werften und deren Zulieferer, Marine und Hafen sind wichtige Wirtschaftszweige in unserer Stadt. Kiel ist eine Stadt, in der die industrielle Produktion ein Garant für Arbeitsplätze und für Innovation ist. Den Anspruch, eine **Industriestadt** zu sein, geben wir nicht auf. Mehr Industrie bedeutet mehr Wertschöpfung. Der Wegfall von Industriearbeitsplätzen kann nicht zeitnah und umfassend durch Dienstleistungen ersetzt werden. Mehr noch: An vielen Industriearbeitsplätzen hängen auch Dienstleistungsarbeitsplätze, die es zu sichern gilt. Unser Ziel ist es deshalb, durch eine intelligente Industriepolitik, Menschen in Arbeit zu halten und zu bringen, gute Arbeit zu guten Löhnen zu schaffen. Wir unterstützen die **Ansiedlung neuer Unternehmen und Betriebe**. Das sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt die Kaufkraft unserer Stadt.

1560 Gerade die Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben des verarbeitenden Gewerbes stärkt die Kaufkraft unserer Stadt. Außerdem sichert und schafft sie weitere Arbeitsplätze bei Zuliefererbetrieben in Kiel und in der Region. Wir wollen die Zahlen der Unternehmensansiedlungen und der neu geschaffenen Arbeitsplätze erhöhen.

1565 Neben der kontinuierlichen Modernisierung ist die Entwicklung neuer Technologien für den Standort Kiel zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit unabdingbar. Einfache Arbeitsplätze gehen verloren, neue und wissensintensive Arbeitsplätze entstehen. Aktive Industriepolitik für Kiel bedeutet auch die **Förderung von Zukunftsarbeitsplätzen** und die Unterstützung bei der Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen, damit dem sich noch verschärfenden Fachkräftemangel begegnet werden kann. Darum wollen wir besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der maritimen Branchen stärken und sie bei der Entwicklung von Innovationen und der Markterschließung für neue Produkte unterstützen, vorrangig orientiert an innovativen, nachhaltigen und ökologischen Kriterien (z.B. Eisenbahnbau, Windenergie u.a.). Zu diesem Zweck wollen wir eine vertiefende Zusammenarbeit mit den Institutionen der Technologieregion „Ostufer“ (Fachhochschule Kiel, Technische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Regionales Berufsbildungszentrum Technik in Kiel-Gaarden, interessierte Schulen und sonstige Organisationen) vermitteln.

1580 Die Kieler **Werften** werden im internationalen Wettbewerb nur durch beste Qualität und durch garantierte reibungslose Abläufe bestehen können – nicht durch niedrigste Preise. Den Aufbau einer Genossenschaft insbesondere zwischen den maritimen Betrieben Gebr. Friedrich Werft, der Yacht- und Bootswerft Rathje und der Lindenau Werft unterstützen wir ausdrücklich. Darüber hinaus gilt es, die zahlreichen kleinen und hochinnovativen maritimen Betriebe (etwa im Yachtbau oder in der Aquakultur) zu fördern.

1585 Darüber hinaus ist unsere Stadt der **größte Dienstleistungsstandort Schleswig-Holsteins**, Standort von insgesamt drei Hochschulen (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Fachhochschule Kiel, Muthesius-Kunsthochschule) und Sitz der Landesregierung. Der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor steigt. Viele moderne und technologieorientierte Dienstleistungsbetriebe – z.B. Kommunikations-, Informations-, Bio-, Meeres- und Umwelttechnologie, Gesundheitswesen, Forschung und Entwicklung – benötigen nicht unbedingt Produktionsflächen, sondern zeitgemäße und bedarfsgerechte Büroflächen. Die hauptsächlichen Bürolagen sind in der Innenstadt: In der Altstadt, in der südlichen City, rund um den Kleinen Kiel, entlang der Kieler Förde, zwischen Dreiecksplatz, Exerzierplatz und Lessingplatz, an der Christian-Albrechts-Universität und am Westring sowie am Schwedendamm.

1595 Wir wollen die **zentralen Instrumente der Wirtschafts- und Technologieförderung** in unserer Stadt – die Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi), die Kieler Innovations- und Technologiezentrum GmbH (KITZ), die Wissenschaftszentrum Kiel GmbH und die Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt (ZTS) Grundstücksverwaltung GmbH – noch **wirksamer einsetzen**.

1600 Dabei ist die Entwicklung der Gewerbeflächen in Kiel eines der wichtigsten wirt-

schafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn benötigte Gewerbeflächen in unserer Stadt rascher verfügbar sind als anderswo, ist dies ein entscheidender Standortfaktor. Die Entwicklung von Büro- und Gewerbeflächen in Kiel ist eines der wichtigsten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine schnelle Verfügbarkeit solcher Flächen ist ein entscheidender Standortfaktor. Darum will die Kieler SPD ein **Gewerbeflächenkataster**, denn welche Flächen für die Ansiedlung welcher Industrie-, Gewerbe- oder Dienstleistungsbetriebe zur Verfügung stehen, muss auf einen Blick erkennbar sein. Für die Betriebe, aber auch für die Politik und für die Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Stadt hat Potential für Gewerbeflächen, z.B. im Kieler Süden, in der Wik oder in unmittelbarer Nähe der Hochschulen. Weil das Flächenangebot in Kiel die Nachfrage nach weiteren Gewerbeflächen auch nach Mobilisierung aller Restflächen auf mittlere Sicht nicht befriedigen können, wollen wir neue Flächen für Gewerbeansiedlung, Existenzgründungen und Betriebserweiterungen ausweisen. Dabei wollen wir zuerst Baulücken schließen und brachliegende Flächen im innerstädtischen Bereich mit meist attraktiverer Verkehrsanbindung entwickeln. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter soll die Stadt ansiedelnden Unternehmen Arbeitskräfte – vor allem Arbeitssuchende – aus dem Gebiet der Landeshauptstadt Kiel gezielt vermitteln können.

Wir wollen den Kieler **Flughafen Holtenau** zu einem **spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn** (Airpark) entwickeln. So schaffen wir zusätzliche Gewerbeflächen und ermöglichen qualifizierte Arbeit für unsere Stadt. Zu diesem Zweck hat die Stadt die bisherigen Anteile des Landes am Kieler Flughafen übernommen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Flughafengesellschaft als Tochtergesellschaft in die leistungsstarke Seehafen Kiel GmbH & Co. KG integriert wurde, damit die Entwicklung zu einem Gewerbepark mit Landebahn gelingen kann. Auf diese Weise sinkt auch der jährliche Zuschussbedarf der Stadt für den Flugplatzbetrieb.

Im Stadtteil **Wik** wollen wir ein **gemischtgenutztes Marinequartier mit Gewerbeflächen** (maritimes Cluster) in Fördelage am Scheerhafen errichten. Die bereits begonnene **Aufwertung der Schwentinemündung** wollen wir fortsetzen.

Wir wollen Kleinbetriebe und Existenzgründer weiterhin **unterstützen**. Unsere Stadt und die Wirtschafts- und Strukturförderungsgesellschaft vergeben schon heute **Mikrokredite** aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus dem Bundeshaushalt.

Wir wollen die Vergabe von Mikrokrediten nicht nur im Stadtteil Gaarden, sondern **in allen Soziale-Stadt-Gebieten** umsetzen. Anschließend streben wir eine Erweiterung dieser besonderen Kreditvergabe im gesamten Stadtgebiet an.

Die Kieler SPD bevorzugt den Zusammenschluss mit den Umlandkommunen in einer **regionalen Entwicklungsgesellschaft**, um gemeinsam strategische Ziele und zukunftsorientierte Strukturen für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Soziales und Ökologie zu entwickeln. Im Bereich der Wirtschaftsförderung haben der Kreis Rends-

1645 burg-Eckernförde, der Kreis Plön und die Landeshauptstadt Kiel deshalb bereits eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft – die „Kiel Region GmbH“ – gegründet. So können beide, unsere Stadt und die Kommunen des Umlandes, im Wettbewerb der Regionen besser bestehen. Wir wollen insbesondere die Gewerbeansiedlung untereinander abstimmen, um die Vorteile eines **starken gemeinsamen Auftritts als „Gewerberegion“** gegenüber anderen Standorten zu nutzen.

1650 Darüber hinaus beteiligt sich unsere Stadt über die „Kiel Region GmbH“ am Aufbau einer **europäischen Wachstumsregion** „nördliches Schleswig-Holstein/Region Syd-
1655 danmark“, in der gemeinsam Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft, Logistik und Wissens- und Technologietransfer entwickelt werden (Projekt „Wachstumszentrum“). Dieses Projekt wird mit Fördermittel (INTERREG-IVa) der Europäischen Uni-
1660 on gefördert. Wir wollen die kommunale Zusammenarbeit mit den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön verstärken und andere interessierte Kreise, Städte und Gemeinden einbeziehen. Darüber hinaus wollen wir die künftigen europäischen Fördermöglichkeiten (INTERREG -Va) für einzelne Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nutzen und den Standort „Kiel Region“ als Wachstumszentrum im
1665 Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten positionieren. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Kommunen des Umlandes und der Region im Rahmen von Kooperationsprojekten zusammenarbeiten. Wir streben auch Kooperationsprojekte mit der Metropolregion Hamburg an.

1665 Der Einsatz von **EU-Fördermitteln** ist für die Stadtentwicklung unverzichtbar. Es ist sicherzustellen, dass Interessen und Projekte der Landeshauptstadt frühzeitig identifiziert werden.

1670 Das **Stadtmarketing** für Kiel soll sich nicht allein auf eine Werbung für die Segel- und Kieler-Woche-Stadt beschränken. Kiel ist als Hochschulstandort eine Innovationsstadt mit Geschichte und auch touristischer Ausgangspunkt. Deshalb wollen wir die „**Marke Kiel**“ in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern in und außerhalb Kiels weiterentwickeln. Den dafür erforderlichen Markenbildungsprozess haben wir bereits begonnen.

Einzelhandel und Nahversorgung in den Stadtteilen [\(↑\)](#)

1675 Das Gesicht des Einzelhandels verändert sich – die Zahl der großen Lebensmittelmärkte am Stadtrand nimmt zu und die der kleineren Geschäfte in den Stadtteilen immer mehr ab. Gleichzeitig kaufen mehr und mehr Menschen Waren über das Internet ein. Auch im Umland und in der Region verändert sich der Einzelhandel: Die benachbarte Stadt Schwentinental will die Verkaufsflächen im ohnehin überdimensionierten „Ostseepark Raisdorf“ vergrößern, und in Neumünster planen verschiedene
1680 Investoren zusätzliche Shopping-Center; in Autobahnnähe entstand bereits ein Factory-Outlet-Center.

Für die Kieler SPD hat eine **gute Versorgung der Menschen in unserer Stadt** zentrale Bedeutung. Nahversorgung hat als Treffpunkt, Kommunikationsgelegenheit und

1685 Orientierungspunkt entscheidende quartiersbildende Funktion. Bei der Erschließung
neuer Wohngebiete in Kiel werden wir den Bestand von Gewerbeflächen zur Nahver-
sorgung in der Bauleitplanung verbindlich festschreiben. Wo es heute funktionieren-
de Geschäfte in den Stadtteilen und in der Innenstadt gibt, dürfen diese Strukturen
1690 nicht durch ungesteuerte Ansiedlung weiterer Supermärkte oder Discounter zerstört
werden, wenn anschließend gar keine Nahversorgung mehr im Stadtteil möglich
wäre. Darum haben wir in einem „**Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept**“ fest-
gelegt, nach welchen objektiven Kriterien an welchen Standorten überhaupt noch zu-
sätzliche Einzelhandelsbetriebe angesiedelt werden sollen, und für welche Stadtteile
mit noch unzureichender Nahversorgung (z.B. Elmschenhagen und Kroog, Wellsee,
1695 aber auch Hasseldieksdamm, Meimersdorf, Moorsee und Rönne) aktiv um die An-
siedlung neuer Einzelhandelsbetriebe geworben werden soll. Wir wollen den sich an-
siedelnden Einzelhändlern verbindliche Vorgaben geben, welche Sortimentsarten
und –rahmengrößen in welchen Betrieben verkauft werden („Kieler Sortimentsliste“),
damit es nicht zu einer zerstörerischen Konkurrenz zwischen den Verkäufern dersel-
ben Sortimente im Stadtgebiet kommt.

1700 Kiel ist Oberzentrum: Mehr Menschen kommen von außerhalb in unsere Stadt, um
hier einzukaufen, als dass Kielerinnen und Kieler anderswo einkaufen. Das sichert
Arbeitsplätze im Einzelhandel – fast drei Viertel der Beschäftigten im Einzelhandel
sind Frauen. Wir sind entschieden **gegen eine Erweiterung der Verkaufsflächen
im „Ostseepark Raisdorf“** in der benachbarten Kleinstadt Schwentinental, die nur
1705 weitere Kaufkraft aus Kiel abschöpfen und zur Schwächung des Einzelhandels im
Oberzentrum Kiel führen würde.

Die **Innenstadt** mit ihrer unmittelbaren Nähe zur Förde, dem Alten Markt im Norden
und dem Einkaufszentrum „Sophienhof“ mit dem Kaufhaus „Karstadt“ im Süden, soll
wichtigster Einzelhandelsstandort in unserer Stadt bleiben. Wir streben an, dass
1710 sich der Umsatz des innenstädtischen Einzelhandels an dem der gesamten Stadt
von jetzt 25% auf 33% erhöht. Wir unterstützen die Entwicklung des attraktiven Ein-
zelhandelns entlang der **Holtenauer Straße**.

Mit dem IKEA-Markt am westlichen Stadtrand, dem dortigen PLAZA-Markt und dem
CITTI-Park hat unsere Stadt einen weiteren Einzelhandelsschwerpunkt, an dem fast
1715 20% des Umsatzes erzielt werden. Dies geht allerdings auch zu Lasten der Innen-
stadt. Wir wollen deshalb, dass **neue Ansiedlungen** mit Sortimenten, die typischer-
weise und hauptsächlich in der Innenstadt verkauft werden (zentrenrelevante Sorti-
mente), sich nicht mehr in Stadtrandlagen zugelassen werden sollen.

In den **Stadtteilen** wollen wir die Versorgung der Menschen mit den Artikeln des täg-
lichen Bedarfs auch in Zukunft durch die Nahversorgungs- und die Stadtteilzentren
sichern. Die bestehenden Geschäfte in den Stadtteilen haben oft seit Jahren Schwie-
rigkeiten, sich im Wettbewerb zu behaupten, und können sich wegen der besonderen
räumlichen Verhältnisse vor Ort meist nicht verändern. Zur Unterstützung dieser Ge-
schäfte wollen wir die Konkurrenz außerhalb der jeweiligen Stadtteile möglichst be-
1725 grenzen.

Wir wollen die **Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebotes vor Ort erhalten und ausbauen.**

1730 In Stadtteilen, deren Einwohnerzahl ein wirtschaftliches Betreiben von Nahversorgungsbetrieben nicht möglich macht, wollen wir den Einsatz mobiler Lebensmittelbetriebe fördern. Die Qualität des Lebensmittelangebotes in den Stadtteilen ist auch durch regelmäßige Prüfungen der Gewerbeaufsicht zu sichern.

Dazu trägt auch die Neugründung kleiner Betriebe vor Ort bei. Existenzgründungen wollen wir durch die Vergabe von Mikrokrediten unterstützen.

1735 Nach dem Vorbild anderer erfolgreicher Initiativen (Blücherplatz, Holtenauer Straße) setzen wir uns dafür ein, auch andernorts Gesprächsrunden mit den Handel- und Gewerbetreibenden zu initiieren. Zur Stärkung ihrer Position sollen abgestimmte Konzepte entwickelt werden, Durch gemeinsame Kommunikations- und Marketingstrategien z.B. im Internet und durch Printmedien soll das bestehende Angebot vor der Haustür bekanntgemacht, vor allem auch die bestehenden Besonderheiten
1740 hervorgehoben werden.

Wir wollen prüfen, inwieweit die Stadt zum Erhalt und zur **Verbesserung des Umfeldes** beitragen kann (z.B. durch dezentrale Dienstleistungsangebote der Stadtverwaltung. Wir werden uns auch für den Erhalt bzw. die Neuansiedlung von Dienstleistungen (z.B. Banken, Post) einsetzen.

1745 Wir wollen dem zunehmend längerfristigem **Leerstand von Ladenlokalen** begegnen. In Gesprächen mit den Eigentümern die Möglichkeit soll deshalb geprüft werden, ob diese durch Zwischennutzungen z.B. durch soziale (Kita, Tagesmütter, Stadtteiltreffs) oder kulturelle (Ateliers, Ausstellungen, Veranstaltungsräume) Aktivitäten sinnvoll wiederbelebt werden können.

1750 Für Seniorinnen und Senioren und für Menschen mit Behinderungen wollen wir **zusätzliche Serviceangebote**, z.B. barrierefreie Geschäfte und Bringdienste, unterstützen. Bei der angestrebten Ansiedlung neuer Einzelhandelsunternehmen und der Stabilisierung vorhandener Nahversorgungszentren soll die **zusätzliche Beschäftigung von älteren Arbeitssuchenden und von Menschen mit Behinderungen** angestrebt werden.

1755 Dazu sollen Integrationsunternehmen nach dem Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) aus dem Einzelhandel angeworben werden, die auch Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen beschäftigen, und die Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Einzelhandelsbetrieben dadurch erzielen können, dass sie einen Nachteilsausgleich aus der Ausgleichsgabe nach dem Schwerbehindertenrecht für den höheren Aufwand der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen erhalten; diese Ausgleichsabgabe ist seit vielen Jahren von allen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen gezahlt, die nicht die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von anerkannt Schwerbehinderten beschäftigen.
1760

1765 Im Bereich der **Fachmärkte** sind in der Vergangenheit im Bereich Elektronik (Mediamarkt), Baumarkt (Hornbach) und Möbel (IKEA) gute Ansiedlungen gelungen, die verhindern, dass Kaufkraft aus Kiel in das Umland abwandert. Die Kieler SPD **unterstützt** deshalb die **Ansiedlung des neuen Möbelhauses der „Möbel Kraft AG“ am**

1770 **Westring** nördlich der Autobahnzufahrt A 215. Nach wie vor besteht eine größere Nachfrage nach der Ware „Möbel“ in Kiel, als dass es – trotz des Möbelhauses IKEA und vieler anderer kleinerer Möbelhäuser – ein ausreichendes Angebot in unserer Stadt gäbe. Mit der Ansiedlung können mehrere hundert, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und Gewerbesteuererinnahmen zugunsten der Stadtkasse erzielt werden. Wir wollen, dass bei der Schaffung der künftigen Arbeitsplätze besonders auf Arbeitssuchende in unsere Stadt geachtet und so früh wie möglich Spielräume für Qualifizierungen genutzt werden. Deshalb haben wir Qualifizierungs- und Förderungsaufträge an die Stadtverwaltung und die Arbeitsagentur gegeben, denn in einem großen Möbelhaus arbeiten nicht nur Möbelfachverkäufer, sondern auch Buchhalterinnen, Lageristen, Kassiererinnen oder andere Berufe des Einzelhandels, für deren Ausübung Kieler Arbeitslose zur Verringerung der Arbeitslosigkeit fortgebildet werden können. Die detaillierte Untersuchung der Stadtverwaltung über mögliche Standortalternativen macht deutlich, dass bei allen anderen denkbaren Standorten im Stadtgebiet die Nachteile deutlich überwiegen. Deshalb unterstützen wir ein geordnetes Verfahren zur Ansiedlung von Möbel Kraft. Wir werden zugleich sicherstellen, dass ökologisch mindestens gleichwertige Ausgleichsflächen im gleichen Umfang als Grünflächen neu entstehen. Und wir haben sichergestellt, dass allen Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern, die durch die Ansiedlung von Möbel Kraft ihren Garten verlieren, eine neue Fläche bereitgestellt werden kann, oder sie angemessen entschädigt werden. Über den Fortgang des Ansiedlungsvorhabens sollen die Bürgerinnen und Bürger und die Organe der kommunalen Selbstverwaltung regelmäßig unterrichtet werden. Wir haben außerdem einen Sonderbeirat eingerichtet, in dem die betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die Fachämter und Ratsfraktionen sowie die betroffenen Ortsbeiräte das weitere Verfahren eng begleiten, etwa bei der Konzeption von neuen Kleingärten.

Hafen und Tourismus [\(↑\)](#)

1795 Der Kieler **Seehafen** ist das Tor zur Ostsee, mit verschiedenen Fähr- und Frachtlinien. Sein Wachstum wird besonders getragen von den Fährlinien nach Skandinavien, Russland und ins Baltikum, die mehr als drei Viertel des Gesamtumschlages im Hafen ausmachen. Bereits im Herbst 2010 ist der **neue Schwedenkai** mit dem neuen STENA-Terminal fertiggestellt worden – pünktlich zum Einsatzbeginn der neuen Super-Fähre „Stena Germanica“ –, in das die städtische Seehafen Kiel GmbH & Co. KG rund 30 Mio. Euro investiert hat. Hier wurden etwa 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und mehr als doppelt soviel Güter umgeschlagen wie vor der Umgestaltung. Mit diesem erstklassigen Terminal bietet Kiel in der Innenstadt eine attraktive Infrastruktur als Fährhafen. Auch der Norwegenkai (Colorline) und der Ostuferhafen wurden ausgebaut.

Wir wollen **Landstrom** für Schiffe, um die Umweltbelastungen, die durch die Abgase im Hafen liegender Fähren und Schiffe entstehen, zu verringern.

Eine wachsende Bedeutung hat der Kieler Hafen für die stetig steigende Zahl der **Kreuzfahrtschiffe** – zwischen 120 und 140 Anläufe sind es pro Jahr – erlangt, wel-

1810 che die Vorteile der Kreuzfahrtterminals inmitten der Stadt schätzen. Deshalb wollen wir einen **weiteren Ausbau der Hafensflächen für Kreuzfahrer**. Zu diesem Zweck haben wir die Herrichtung eines weiteren Liegeplatzes zur Abfertigung großer Kreuzfahrtschiffe im Ostuferhafen auf den Weg gebracht. Bis zur Saison 2013 soll der Ostuferhafen so ausgebaut werden, dass Kreuzfahrtschiffe mit einer Länge von 300
1815 m und mehr dort an- und ablegen können.

Kiel hat einen hohen Freizeit- und Erholungswert: Die Förde, der Nord-Ostsee-Kanal, die Eider und die Schwentine sowie die unsere Stadt umgebende Landschaft. Zugleich ist der **Tourismus** ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt und bietet vielen Menschen Arbeit und Einkommen: 12% der Arbeitsplätze in Kiel sind vom Erfolg des Tourismus abhängig.
1820

Wir wollen deshalb den **Städtetourismus stärken**, das Hotel- und Beherbergungsgewerbe – auch für Geschäftsreisende – und den Messe-, Kongress- und Erlebnisreisesektor (MICE – Messen, Incentives, Kongresse, Events). Darüber hinaus wollen wir Kiel nicht nur als Start- und Zielhafen von Kreuzfahrten, sondern **auch als Anlaufhafen für Tagesausflüge** attraktiv machen. **Bustourismus** spielt für Kiel schon immer eine Rolle, sowohl als Zielpunkt für auswärtige Touristinnen und Touristen als auch als Ausgangspunkt für Fahrten ins Umland. Die bislang sehr unbefriedigende Situation für die Abstellung der Reisebusse lösen wir durch den Bau eines Reisebus-ZOB an der Bahnhofsstraße zwischen Hauptbahnhof und Gablenzbrücke. Derzeit
1825 geben z.B. Kreuzfahrerinnen und Kreuzfahrer in ganz Schleswig-Holstein für Gastronomie, Shopping, Verkehrsmittel u.ä. einschließlich Hotelübernachtungen rund 6,6 Mio. Euro pro Jahr aus. Wer in Kiel übernachtet, besucht vielleicht das Plöner Schloss, Nordfriesland oder Laboe im Tagesausflug. Deshalb haben wir das Projekt „Cruise Kiel – touristisches Destinationsmanagement“ auf den Weg gebracht, um den
1830 Mix „Die Stadt Kiel und Ausflüge ins Land Schleswig-Holstein hinein“ gezielt für Touristinnen und Touristen anzubieten. Für die vielen Fähr- und Kreuzfahrttouristen ist eine **attraktive Kieler Innenstadt**, die sie bequem und ohne Hektik besuchen können, besonders wichtig. Deshalb unterstützen wir eine geordnete Innenstadtentwicklung mit dem Ziel der Attraktivierung unseres Stadtzentrums und setzen dabei sowohl auf private Impulse (z.B. Neubau des Geschäftshauses „Nordlicht“ am Alten
1840 Markt, Sanierung des Einkaufszentrums „Sophienhof“) als auch auf öffentliche Investitionen (z.B. die Schaffung einer Wasserverbindung zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel). So fügen wir Handel, Gastronomie, Museen und Galerien zu einer attraktiven Mischung zusammen, die Besucherinnen und Besucher von nah und fern anzieht und die für jung und alt gut zu Fuß zu erreichen ist. Wir wollen eine **deutlichere Beschilderung und elektronische Anzeigen in der Innenstadt**, wann welches Fähr- bzw. Kreuzfahrtschiff wieder ablegt. Diese elektronischen Anzeigen wollen wir zuerst in den Informations-Stelen des Wegeleitsystems einbauen.
1845

Wir erhöhen die Attraktivität der **Strände**. Der Falckensteiner Strand hat bereits
1850 einen neuen, barrierefreien Anleger für die Fähren der Fördeschiffahrt erhalten. Der Anleger Reventloubrücke als Hauptanlegestelle der Fördeschiffahrt auf dem Westufer wird neu und barrierefrei gebaut. Wir wollen die **Errichtung eines zusätzlichen,**

neuen Stadtstrandes am Hindenburgufer zwischen Bellevue und Seebadeanstalt Düsterbrook.

- 1855 Für Familien mit kleinen Kindern, die in Kiel Urlaub machen, ist es besonders wichtig, auch einmal etwas bei (in Kiel auch im Sommer nicht selten vorkommendem) Regenwetter unternehmen zu können (Indoor-Angebote). Auch zu diesem Zweck werden wir an der Hörn ein **neues, großes Hallenbad** mit attraktivem Außenbadebereich, Spiellandschaft und Rutschen bauen.
- 1860 Wir stärken den **Kulturtourismus**. Dazu arbeiten das Stadtmuseum „Warleberger Hof“, das Schifffahrtsmuseum und die Stadtgalerie im Neuen Rathaus mit der Christian-Albrechts-Universität und dem GEOMAR/Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel in der Initiative „Museen am Meer“ zusammen, um die Museumslandschaft Kiels sichtbarer zu machen. Das Schifffahrtsmuseum wird bereits umgebaut.
- 1865 Für die zunehmende Zahl an Besucherinnen und Besuchern mit **Wohnmobilen** wollen wir auf dem Parkplatz des neuen Sport- und Freizeitbades an der Hörn spezielle Übernachtungsparkflächen ausweisen. Die „Wohnmobilisten“ sollen dort gegen Entgelt die Dusch- und Sanitäreinrichtungen des neuen Bades sowie dafür besonders anzulegende Ver- und Entsorgungseinrichtungen (Strom, Wasser, Abwasser) benutzen können. Die Herrichtung dieser besonderen Stellplätze soll im Wege einer partnerschaftlichen Finanzierung, z.B. mit einem Hersteller von Wohnmobilen, gesichert werden.
- 1870

Straßen-, Rad- und Fußverkehr (↑)

- Wir wollen die **Verkehrsinfrastruktur** für die Kielerinnen und Kieler **stetig verbessern**. Seit einigen Jahren ist deutlich zu sehen, dass immer mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen oder zu Fuß gehen. Gleichzeitig geht der Anteil der Benutzerinnen und Benutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zurück, ebenso werden nachweislich weniger Kraftfahrzeuge und Motorräder genutzt (motorisierter Individualverkehr).
- 1875
- 1880 Den gesunden und klimaneutralen **Fuß- und Radverkehr** wollen wir auch in Zukunft stärken. Dazu wollen wir das Gehwegenetz verbessern und es barrierefrei gestalten. Außerdem wollen wir die Verkehrssicherheit erhöhen und das Unfallrisiko senken durch Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrzeuge und Motorräder an geeigneten Stellen. Bestehende Angsträume an Fußwegen wollen wir abbauen und bei
- 1885 der Planung und beim Bau neuer Wege darauf achten, dass keine neuen Angsträume entstehen. Um Fußwege bedarfsgerecht zu planen, werden zurzeit **Fuß- und Kinderwege** stadtteilbezogen untersucht. In dem Zusammenhang stellt für uns die Verbesserung der Schulwegsicherung ein wichtiges Dauerthema dar. Der Anteil der Wege, die von Kielerinnen und Kielern mit dem Fahrrad zurück gelegt werden, ist
- 1890 von 8% im Jahr 1988 auf 21% im Jahr 2008 gestiegen und soll weiter erhöht werden. Dazu soll das bestehende **Veloroutennetz** kontinuierlich ausgebaut werden und um eine Hauptroute am Stadtrand (Stadtrandtangential) ergänzt werden. Bestehende Routen ins Umland sollen zusammen mit den benachbarten Gemeinden fortgeführt

1895 werden. Wir haben dafür gesorgt, dass am Hauptbahnhof eine **Radstation mit Verleih, Werkstatt, Fahrradparkhaus und Servicezentrale („Umsteiger“)** im Jahr 2010 eingerichtet worden ist. Außerdem wollen wir mehr öffentliche Abstellplätze für Fahrräder („Kieler Bügel“) in Stadtteilen mit hohem Fahrradaufkommen aufstellen. Erst mit der Stadt-Regional-Bahn wird – abgesehen von den Fähren und Regionalbahnen – die häufig gewünschte Fahrrad-Mitnahme im Öffentlichen Personennahverkehr möglich.

1900 Das **Kraftfahrzeug** bleibt nach wie vor das am meisten genutzte Verkehrsmittel. Wir wollen einen **möglichst störungsfreien Verkehrsfluss auf dem Verkehrsstraßennetz und eine gute Anbindung aller Stadtteile** an dieses Netz. Wir wollen prüfen, ob dazu die Ampelschaltungen verkehrsgerechter erfolgen können. Außerdem wollen wir, wo möglich, Kreisverkehre bauen, um den dynamischen Verkehrsfluss zu erhalten und trotzdem die notwendige Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen. Aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur in unserer Stadt und in der Region, der Zunahme der Verfügbarkeit von Personenkraftfahrzeugen (Pkw) in den künftigen Jahren und verstärkter Verflechtungen zwischen Stadt und Umland wird die Verkehrsleistung von Personenkraftwagen tendenziell zunehmen. Wir wollen deshalb zunächst Maßnahmen ergreifen, die diesem Trend entgegenwirken, z.B. stadt- und verkehrsnaher Wohn- und Arbeitsplatzstandorte ausweisen, weil das Wohnen in der Stadt das Verkehrsaufkommen in der Region begrenzt und den Fuß- und Radverkehr sowie die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs fördert. In Wohngebieten, in denen besonders Familien wohnen, wollen wir verträgliche Mittel der Verkehrsberuhigung einsetzen („**Spielstraßen**“). In dem von uns auf den Weg gebrachten „Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept“ ist eine gute Nahversorgung der Stadtteile mit Geschäften in fußläufiger Entfernung angelegt, sodass für viele Einkäufe auf das Auto verzichtet und in manchen Haushalten die Anschaffung eines Zweitwagens erspart werden kann. Besonders in zentralen Lagen bietet sich zusätzlich das Car-Sharing als Maßnahme gegen Parkplatzprobleme und zu viel Kfz-Verkehr auf den Straßen an. Gerade in der Stadt benötigt man, nur selten ein Fahrzeug. Pro Fahrzeug, das sich mehrere Nutzer teilen, werden durchschnittlich sieben private Pkw eingespart. Wir unterstützen daher Car-Sharing durch Ausweisung von möglichst vielen Ausleihpunkten flächendeckend im Stadtgebiet. Darin unterscheidet sich unsere Stadt von kleineren Umlandgemeinden, in denen der Einzelhandel fehlt, was zu einer häufigeren Autonutzung auch auf Kieler Straßen führt.

1920 Wer von oder nach Kiel über größere Entfernungen per Pkw oder Lkw fahren muss, braucht eine sechsspurig ausgebaute **Autobahn A 7** zwischen Bordesholm und Hamburg und eine zur **Autobahn A 21** ausgebaute Bundesstraße B 404, die nicht anschließend auf dem Kieler Stadtgebiet im Stau vor Barkauer Kreuz endet. Wir fordern, die **Südspange Gaarden** als Abschluss der Autobahn A 21 auf Kieler Stadtgebiet zu bauen und damit die Verkehre nach Osten bereits vor dem Barkauer Kreuz zu teilen und die Leistungsfähigkeit der städtischen Straßen zu erhalten. Im zweiten Schritt ist die Südspange Gaarden zur Entlastung der Menschen am Ostring so zu verlängern, dass insbesondere die Lkw-Verkehre zum Ostuferhafen und die Pendlerströme aus der Probstei verlagert werden, damit die dichtbewohnten Bereiche in

1940 Gaarden und Ellerbek entlang des Ostrings deutlich entlastet werden. Unser Vorbild dafür ist der Olof-Palme-Damm, der den Westring deutlich entlastet hat. Wir wollen eine **Ostuferentlastungsstraße**, um den Verkehr anwohnerfreundlicher lenken zu können. Voraussetzung für die Realisierung der Ostuferentlastungsstraße ist die Aufnahme der Maßnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans, um den Bau finanzieren zu können.

1945 Nach einem umfassenden Bürgerbeteiligungsverfahren hat die Kieler SPD dafür gesorgt, dass die **vorhandene Anschlussstelle zum CITTI-Park um eine Auffahrt zur Autobahn A 215 in Richtung Mettenhof, eine Auffahrt zur Bundesstraße B 76 in Richtung Holteinstadion sowie eine Abfahrt von der Bundesstraße B 76 aus Richtung Holteinstadion ergänzt wird**. Dabei soll die Anschlussstelle nicht mit dem Hasseldieksdammer Weg verknüpft werden, um den Stadtteil Hasseldieksdammer vor zusätzlichem Verkehr zu bewahren. Wir wollen, dass der Schutz der Wohnbevölkerung im Bereich der Siedlung Hasselrade vor den Auswirkungen des Verkehrs in besonderem Maße (z.B. Lärmschutzmaßnahmen) berücksichtigt wird.

1950 Wir wollen dem **Umweltverbund** fördern: Busse&Bahnen, Car-Sharing, Pendler-Portal, Park&Ride und Bike&Ride.

1955 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)** (↑)

Wir wollen den **Öffentlichen Personennahverkehr** in Kiel und in der Region weiter entwickeln und verbessern, zu Lande und zu Wasser. Wenn der Preis für Kraftstoffe immer mehr steigt, werden immer mehr Menschen – insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen – auf einen funktionierenden Öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sein, mit dem man gut und schnell sein Ziel erreicht. Damit die Stadt den Personennahverkehr wirtschaftlich betreiben kann, muss er bedarfs- und nachfrageorientiert sein und zu einer Steigerung der momentan rückläufigen Fahrgastzahlen führen.

1965 Zentrales Verkehrsunternehmen der Stadt ist die **Kieler Verkehrsgesellschaft** (KVG), die den Busverkehr betreibt. Wir haben dafür gesorgt, dass unsere Stadt die in der Vergangenheit an eine private Beteiligungsgesellschaft veräußerte Minderheit der Gesellschaftsanteile wieder zurückkauft. Die Rekommunalisierung der KVG gewährleistet eine gute Busverkehrsversorgung auf den vielen Haupt- und Nebenstrecken zu bezahlbaren Preisen. Außerdem werden die KVG und damit die fast 600 Arbeitsplätze des Verkehrsunternehmens für Kiel erhalten. Im Rahmen der früheren Veräußerung der Anteilsminderheit wurden von der Kartellbehörde anschließend Auflagen über die Ausschreibung der Busverkehrsleistungen in unserer Stadt gemacht. Obwohl die KVG in den letzten Jahren enorme Kostenreduzierungen erreicht hat, bestand die Gefahr, dass ein privates externes Unternehmen ein Ausschreibungsverfahren gewonnen hätte und die KVG ihre Fahrer nicht weiter hätte beschäftigen können. Aufgrund des von uns vollzogenen Rückkaufs der Anteile kann – auf Grund des erst seit jüngerer Zeit eindeutigen europäischen Rechtes – eine Ausschreibung entfallen und die Stadt an ihr eigenes Verkehrsunternehmen Streckenaufträge direkt vergeben.

- 1980 Wir wollen auch jenen Menschen Mobilität ermöglichen, deren Einkommen beschränkt ist. Wir unterstützen auch in Zukunft das **Semesterticket**: Die Selbstverwaltungskörperschaften der Studierenden in Kiel und die Kieler Verkehrsgesellschaft vereinbaren vertraglich günstige Halbjahreskarten für den Busverkehr, wobei der Kartenpreis von jeder Studierenden und jedem Studierenden gezahlt werden muss.
- 1985 Wir streben an, dass Schülerinnen und Schüler in unserer Stadt zu vergleichbaren Bedingungen wie die Studierenden mit dem Semesterticket günstig befördert werden („**Schuljahresticket**“). Dazu wollen wir mit dem Landesgesetzgeber, den Eltern- und SchülerInnenvertretungen und den Akteuren der Verkehrsunternehmen in einen Dialog treten, auf welche Weise dies trotz unterschiedlicher Voraussetzungen sozialverträglich und wirtschaftlich organisiert werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass für Menschen, die als Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger Inhaberinnen oder Inhaber eines „Kiel-Pass“ sind, die Kosten für die Benutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs übernommen werden („**Solidaritätsticket**“). Voraussetzung ist eine anteilige Übernahme der Kosten durch das Land. Die solidarische Beteiligung von Unternehmen, vermögenden Privatpersonen, Vereinen oder Stiftungen an der Finanzierung des Solidaritätstickets wollen wir prüfen.
- 1990
- 1995

Wir wollen die **Verkehrssicherheit bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel** erhöhen. Das erhöht die Kundenzufriedenheit und beugt Vandalismus vor. Zur Unterstützung von ungeübten und insbesondere älteren und gebrechlichen Fahrgästen sowie von jüngeren Kindern wollen wir prüfen, ob zum Beispiel Arbeitslose im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen in das Berufsleben oder ehrenamtlich engagierte Jugendliche als „Busbegleiter/innen“ helfen können.

- 2000
- 2005 Der **Zentrale Omnibusbahnhof** (ZOB) ist marode und muss erneuert werden. Zu diesem Zweck haben wir einen Parkraumbewirtschaftungsbetrieb gegründet, der dies finanzieren soll. Der Wettbewerb um die beste Architektur für einen attraktiven Busbahnhof, der auch in Zukunft mit einem Parkhaus kombiniert sein wird, ist bereits angelaufen.

- 2010 Täglich pendeln über 70.000 Menschen vom Umland nach Kiel oder von Kiel ins Umland, meist allein im privaten Wagen. Als Klimaschutzstadt und angesichts endender Ölreserven, die zu absehbar steigenden Kraftstoffpreisen an den Tankstellen führen werden, verfolgen wir das Ziel, möglichst vielen Pendlerinnen und Pendlern mit dem Umweltverbund eine umweltfreundliche Lösung ihrer individuellen Verkehrssituation anbieten zu können. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Land und den Kommunen des Umlandes eine **Stadt-Regional-Bahn** errichten und noch in der Kommunalwahlperiode 2013-2018 die erste Teilstrecke in Betrieb nehmen. Mit geeigneten Schienenfahrzeugen sollen Eckernförde, Neumünster, Preetz und Schönberger Strand direkt und umsteigefrei mit der Kieler Innenstadt und anderen Stadtteilen verbunden werden. Dafür sollen ca. 24 Kilometer Bahnstrecken innerhalb der Stadt U-förmig um die Förde und Ausbaustrecken von Dietrichsdorf nach Suchsdorf und Mettenhof gelegt werden. Für die Anbindung an die Region soll auf rund 105 Kilometer bereits bestehende Regionalbahnstrecke zurückgegriffen werden, die speziell für den Stadt-Regional-Bahn-Verkehr weitere 18 Haltepunkte erhalten soll. Das Liniennetz
- 2015
- 2020

soll aus fünf Linien bestehen, die im 30-Minuten-Takt in die Region und im 15-Minuten-Takt ins Stadtgebiet fahren sollen. Die erforderlichen Mittel für Investitionen sollen neben Fördermitteln des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein von der Stadt und den Kommunen der Region bereitgestellt werden, deren Einwohnerinnen und Einwohner Vorteile von der Schienenanbindung und dem besseren Bahnanschluss haben. Die Erfahrungen aus anderen Städten, in denen eine solche Stadt-Regional-Bahn eingeführt worden ist, zeigen, dass anschließend sehr viel mehr Menschen als vorher den nun bequemeren und schnelleren Personennahverkehr benutzen als vorher und das eigene Auto dafür stehen lassen. Dies entlastet die Umwelt und die Kieler Straßen. An verkehrsstrategischen Rendezvous-Haltestellen soll der städtische Busverkehr mit der Stadt-Regional-Bahn durch Zubringerbusse verbunden werden, denn mit der Stadt-Regional-Bahn werden die Busse nicht abgeschafft, sondern verändern ihre Funktion und verbessern so das Verkehrsangebot. Wir wollen in öffentlicher Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt und in der Region die Akzeptanz für die Stadt-Regional-Bahn herzustellen und diese dann möglichst schnell realisieren. Dabei wollen wir, dass die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) den Betrieb der Stadt-Regional-Bahn übernimmt, gemeinsam mit den Partnern im Verkehrsverbund Region Kiel. Aufgrund der Rekommunalisierung der Kieler Verkehrsgesellschaft kann der Betriebsauftrag direkt vergeben werden. So erhalten wir Arbeitsplätze vor Ort.

Öffentlichen Personennahverkehr wird nicht nur mit Bussen und Zügen betrieben, sondern auch auf dem Wasser. Die Linienschiffe der **Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel** (SFK) stellen eine wichtige Verbindung zwischen West- und Ostufer dar. Studierende und Lehrende pendeln bequem zwischen dem Reventlou-Anleger am Landeshaus und den Anlegern Dietrichsdorf (Fachhochschule) und Wellingdorf (Geomar) mit der Linie F2, oft unter Mitnahme des Fahrrades.

Das auch im Winterhalbjahr betriebene Norddreieck der **Linie F1** Laboe - Friedrichsort - Heikendorf ist für viele Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Friedrichsort und Beschäftigte auf dem ehemaligen MaK-Gelände aus der Probstei wichtig. Die saisonal unterschiedlich betriebene Linie F1 kann man auch als "kleine Hafenerundfahrt nach Fahrplan mit Zwischenhalten" betrachten und hat erhebliche touristische Bedeutung. Für die Touristinnen und Touristen werden die beliebten **Hafenerundfahrten und Ausflugsfahrten** nach Eckernförde, Kappeln, in den Nord-Ostseekanal oder nach Schönberger Strand angeboten, letztere teilweise in Kombination mit der Museumsbahn Kiel - Schönberger Strand für die Hin- oder Rückfahrt.

In den nächsten Jahren steht für die Bestandssicherung des heutigen Angebots die schrittweise **Erneuerung des Schiffsbestandes** an, was sowohl die Passagierschiffe als auch die Schlepper betrifft. Die Schleppsparte muss in der Lage sein, den Bedürfnissen des Kieler Hafens nachzukommen und durch weitere Aufträge außerhalb der Förde das Defizit der Fördeschiffahrt zu finanzieren. Häufig geäußerten Wünschen nach Ausweitungen des Fährangebotes wollen wir nur entsprechen, wenn sich die dadurch begünstigten Umlandgemeinden und der Kreis Plön angemessen an den Kosten beteiligen.

Daseinsvorsorge: Strom und Gas, Fernwärme und Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung (1)

Die Stadt nimmt ihre Pflicht zur **öffentlichen Daseinsvorsorge** wahr. Zur Versorgung der Kielerinnen und Kieler mit Strom und Gas, Fernwärme, Wasser und zur Entsorgung von Abwasser und Abfall setzt sie auf bewährte städtische Unternehmen. Die Stadtwerke Kiel AG, deren Anteile zu 49% der Stadt gehören, sind der größte Versorger unserer Stadt und der Region für Strom, Gas, Wärme und Wasser. Die Abwasserbeseitigung wird durch die Stadtentwässerung der Stadt Kiel geleistet. Die Müllabfuhr (Abfallsammlung) betreibt der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK), die Beseitigung der in Kiel anfallenden Abfälle erfolgt durch Verbrennung im Müllheizkraftwerk der Müllverbrennung Kiel GmbH & Co. KG, an der unsere Stadt die Mehrheit der Gesellschaftsanteile hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen **Anspruch auf kommunale Leistungen, die ihnen zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden**. Wir werden bei der Erledigung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge kommunalwirtschaftlichen Lösungen den Vorzug vor Privatisierungen geben.

Wir halten als Klimaschutzstadt durch Umsetzung des Energie- und Klimakonzeptes mit einer CO₂-Reduktion von 40 % bis 2020 und 80 % bis 2050 fest. Dabei wird neben der Kraft-Wärme-Kopplung der erneuerbaren Energien eine große Bedeutung zukommen. Die Stadt Kiel will gemeinsam mit den Stadtwerken und Bürgergruppen die kommunale Energieversorgung schrittweise in ein erneuerbares Zeitalter hineinführen.

Das mit Steinkohle betriebene **Gemeinschaftskraftwerk** (GKK) auf dem Kieler Ostufer erzeugt eine elektrische Bruttoleistung von 354 Megawatt, mit der nicht nur unsere Stadt versorgt wird, sondern die auch in das europäische Verbundsystem eingespeist wird. Das Gemeinschaftskraftwerk liefert darüber hinaus bis zur Hälfte des Wärmebedarfs für die an das Kieler Fernwärmenetz angeschlossenen Haushalte. Ein Fernwärmetunnel unter der Förde versorgt das Westufer mit der Wärme aus dem Gemeinschaftskraftwerk. Daneben liefern das Heizkraftwerk am Knooper Weg und das Müllheizkraftwerk am Theodor-Heuss-Ring Fernwärme für Betriebe, Verwaltungen und Wohngebäude. Wir wollen eine **Nachfolgelösung** für das in wenigen Jahren stillzulegende Gemeinschaftskraftwerk und **schließen den Bau eines Riesenkohlen-Meilers mit 800 Megawatt** an elektrischer Leistung **aus**. Stattdessen streben wir eine stadtverträgliche Lösung mit einer gasbetriebenen Kapazität von 200 Megawatt elektrisch an. Die Kieler SPD will die vorhandene Energieversorgung fortentwickeln und im Rahmen eines **nachhaltigen Energiekonzeptes** einzelne Schritte für eine Neustrukturierung der Energieversorgung mit einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur verstärkten Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung umsetzen. Dazu wird die Stadtwerke Kiel AG als kommunales Unternehmen in der Region eine wichtige Rolle spielen. Der Plan der Stadtwerke, ein hocheffizientes gasbetriebenes Motorenkraftwerk mit einer Kapazität von 200 Megawatt zu bauen, passt ebenso in dieses Konzept wie der gutachterliche Vorschlag, ein Biomasseheizkraftwerk mit einer Kapazität von bis zu

2110 20 MW zu errichten, welches mit so genannten biogenen Reststoffen (Restholz aus der Knickpflege u.ä.) aus der Region befeuert werden soll. Wir wollen den Ausbau der Kieler Fernwärme durch Verdichtung im bestehenden Versorgungsgebiet und durch den Ausbau und Aufbau dezentraler Versorgungsgebiete. Dieser soll schwerpunktmäßig außerhalb des bestehenden Versorgungsgebietes erfolgen. Die Frage der Fern- und Nahwärmepreise hat für uns dabei eine zentrale Bedeutung. Es gilt: Das Heizen der Wohnung mit Fern- und Nahwärme soll nicht teurer sein als das Heizen mit Gas!

2115 Die anstehenden Ausschreibungen der Konzessionsverträge sollen mit dem Ziel verbunden werden, die Umsetzung des Kieler Energiekonzeptes zu stärken und zu befördern. Wir werden in diesem Zusammenhang eine strategische Ausrichtung der **Stadtwerke als kommunales Unternehmen** weiterentwickeln. Dazu wird der Rückkauf der 51 % Stadtwerke-Anteile der MVV Energie AG und andere Lösungen für eine Rekommunalisierung geprüft. Ein Verkauf des 49 % Anteils der Stadtwerke wird abgelehnt.

2125 Auch wenn und gerade weil die Erzeugungskapazitäten im Bereich der **Windenergie** im städtischen Bereich beschränkt sind, sollen diese in Kiel möglichst ausgeschöpft werden. Dazu haben wir im Kieler Süden ein Eignungsgebiet zur Erzeugung von Windenergie ausgewiesen, das mit Hilfe der Stadtwerke und Bürgerinnen und Bürger realisiert werden soll.

2130 Wir haben dafür gesorgt, dass sich unsere Stadt der Imagekampagne „SolarLokal“ angeschlossen hat: Kiel wirbt jetzt als nördlichste Stadt für **umweltfreundliche Solarstrom**. Über eine kostendeckende Einspeisevergütung nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG) wird Solarstrom gefördert. Die Stadt stellt darüber hinaus geeignete Dachflächen für Bürgersolaranlagen zur Verfügung und hält mit einem Kieler Solarkataster kostenlose Informationen über die Eignung von Dachflächen bereit.

2135 Wir wollen das Projekt „**Energiequartier in Gaarden**“ umsetzen, in dem der Wohnungsbestand durch energetische Maßnahmen und verstärkte Nutzung der Fernwärme und erneuerbare Energien verbessert wird. Energie und Klimaschutz soll ein Schwerpunktbereich der Wirtschaftsaktivitäten der stadteigenen Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (KIWI) werden.

2140 Wir wollen das Bauen energieeffizienter und ökologischer Häuser anregen und fördern. Das gilt auch für die Sanierung von Altbauten. Öffentliche Bauten müssen energiepolitischen Vorbildcharakter haben. Unsere Stadt hat als Klimaschutzstadt die Pflicht zum Vorbild bei der **energetischen Sanierung** von städtischen Gebäuden wie Kindertagesstätten, Schulen oder Sporthallen. Mithilfe der Konjunkturförderung des Bundes zur Milderung der Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise 2008

2145 haben wir viele Sanierungsmaßnahmen in Kiel verwirklicht. Unser langfristiges Ziel ist der flächendeckende Passivhausstandard bei städtischen Gebäuden – das spart nicht nur Energie, sondern auch Betriebskosten und schont so den Haushalt. Energiesparen bleibt ein wesentliches Ziel. Hier ist weiterhin eine umfassende Aufklärung und Information notwendig.

- 2150 Im Klärwerk Bülk wird nicht nur das **Abwasser** unserer Stadt, sondern auch das von 20 weiteren Gemeinden des Umlandes behandelt. Wir wollen die Kieler Stadtentwässerung mit den Umlandgemeinden in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführen und gemeinsam betreiben.
- 2155 Wir haben dafür gesorgt, dass in unserer Stadt seit 2012 wieder alle „grauen“ Restabfalltonnen und alle „blauen“ Altpapiertonnen vom städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) und nicht mehr von einem privaten Entsorger geleert werden: Die **Müllabfuhr** ist rekommunalisiert. Schrott und Sperrgut aus privaten Haushalten werden ebenfalls wieder auf städtischen Wertstoffhöfen angenommen statt bei privaten Entsorgern. Die nun bei der Stadt beschäftigten Müllwerker bekommen ordentliche
- 2160 Löhne für ihre schwere Arbeit. Die Gebühren sind nicht gestiegen und bleiben stabil, weil ein städtischer Betrieb steuerbefreit ist und so trotz höherer Löhne günstig kalkulieren kann. Gewinne des Müllheizkraftwerks (MVK), in dem aus dem verbrannten Restabfall und aus Gewerbeabfällen Strom und Fernwärme erzeugt werden, fließen jetzt in die Gebührenberechnung ein.
- 2165 Die Einwohnerzahl unserer Stadt, ihre Altersstruktur und die Größe der einzelnen Häuser und Wohnungen bestimmen die Zukunft der Abfallentsorgung. Aufgrund des demographischen Wandels gehen wir von einer steigenden Zahl an Wohnungen aus, in denen aber pro Wohnung weniger Menschen als heute leben werden (d.h. mehr Zwei- und Ein-Personen-Haushalte). Künftig werden mehr und dafür kleinere Tonnen
- 2170 gebraucht als heute. Deshalb wollen wir die **Sammlung des Abfalls effizienter** machen, zum Beispiel in Wohnanlagen große Abfallcontainer „unter der Erde“ mit Einfüllstutzen (Unterflurbehälter) installieren, die mehr Müll als die heutigen Tonnen fassen und seltener geleert werden müssen. Gerade Ältere und Menschen mit Behinderungen (z.B. Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer) können so einfacher ihren Müll
- 2175 entsorgen. Um die Sauberkeit auf öffentlichen Plätzen zu verbessern, sollen da, wo es möglich ist (z.B. rund um die Hörn), **viele kleine Abfallkörbe gegen große Abfallcontainer „unter der Erde“** mit Einfüllstutzen **getauscht** werden. Für die Müllabfuhr werden so Wege bei der Leerung kürzer und effizienter. Dies trägt zur Sauberkeit unserer Stadt und damit auch zur öffentlichen Sicherheit bei.
- 2180 Das kraft-wärme-gekoppelte **Müllheizkraftwerk** am Theodor-Heuss-Ring mit seinen weltweit herausragenden Filteranlagen wollen wir auch in Zukunft für die Beseitigung von kommunalem Siedlungsabfall und Gewerbeabfällen nutzen, aus der Verbrennung des Abfalls umweltfreundlich Strom und Fernwärme gewinnen und diese an die Endkundinnen und -kunden veräußern.
- 2185 Die Steuerung der städtischen Beteiligung erfolgt durch das **Beteiligungsmanagement** der Stadtverwaltung, das im Eigenbetrieb Beteiligungen Kiel (EBK) konzentriert ist. Wir wollen, dass das Beteiligungsmanagement ein neues Gesamtkonzept zur Steuerung der städtischen Beteiligungen gemäß den strategischen Zielen unserer Stadt entwickelt und gemeinsam mit der Ratsversammlung, ihren zuständigen Ausschüssen und den städtischen Unternehmen umsetzt.
- 2190

Solide Finanzen (↑)

Die finanzwirtschaftliche Lage unserer Stadt ist angespannt, hat sich aber im Vergleich zu den Vorjahren verbessert. In den nächsten Jahren wird mit deutlich sinkenden Defiziten geplant, die sich bis zum Jahr 2015 fast der Nulllinie nähern. Wir stehen zu einer **vernünftigen kommunalen Konsolidierungspolitik**. Dies macht Reformen notwendig. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir erkennen auch die großen finanziellen Herausforderungen, die auf unsere Stadt weiter zukommen werden. Deshalb sind unsere Vorschläge immer mit dem Vorbehalt versehen, dass die jeweilige finanzielle Lage bestimmt, was in welcher Reihenfolge umgesetzt werden kann (**Finanzvorbehalt**). Aber Einsparen ist nicht Selbstzweck. Deshalb gehört zu einer verantwortungsbewussten Politik immer auch der „**Sozialvorbehalt**“, der uns von anderen Parteien unterscheidet und den wir bei jeder Entscheidung prüfen werden. Um für sinnvolle Konsolidierungsmaßnahmen breite Zustimmung erlangen zu können, wollen wir in einer „**Ständigen Haushaltsstrukturkommission**“ mit allen in der Ratsversammlung vertretenen Fraktionen zusammenarbeiten und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, welchen vernünftigen Maßnahmen auch breite Mehrheiten in der Ratsversammlung zuzustimmen bereit sind.

Gleichzeitig betonen wir, dass eine **nachhaltige Konsolidierung der Haushalte aller Städte** – auch unserer Stadt – **nur durch veränderte Rahmenbedingungen von Bund und Land** auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite **möglich** sein wird. Wir fordern – über die schrittweise Übernahme der Kosten für Grundsicherung im Alter und für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung hinaus – die Entlastung des Kieler Stadthaushalts von Sozialausgaben, deren Entstehung nicht vor Ort, sondern gesamtgesellschaftlich begründet ist, die bisher aber vor allem den Stadthaushalt belasten.

Wir wollen die Vermeidung bzw. die Begrenzung von Haushaltsdefiziten und den Abbau der Verschuldung durch vorsorgliches und nachhaltiges Verwaltungsmanagement (**vorausschauende Haushaltspolitik**). Dabei wollen wir das **jährliche Haushaltsdefizit Schritt für Schritt abbauen**, uns damit dem Hauptproblem in der Haushaltspolitik widmen und die Ausgaben senken. Solidität geht hier vor Zügigkeit. Defizite der Vergangenheit, die über viele Jahre aufgelaufen sind, können nicht in kurzer Zeit verschwinden. Wir haben in dieser Kommunalwahlperiode durch eigene Anstrengung das Haushaltsdefizit gesenkt und streben an, das Defizit weiter zu kürzen, trotz der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Spielraum für die Konsolidierung des städtischen Haushalts ist jedoch abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturlage. Nicht nur die Qualität der Sanierungsmaßnahmen ist von Bedeutung, sondern auch der Zeitpunkt, zu welchem sie angewandt werden. Einnahmesteigerungen und Ausgabenkürzungen, die den Haushalt nur im Promille-Bereich entlasten, aber bei den Betroffenen harte Einschnitte zur Folge haben, lehnen wir ab. Haushalts- und Finanzpolitik muss als der Politik dienendes Instrument auch soziale Kosten berücksichtigen.

Wir haben die Haushaltskonsolidierung auf Basis der doppelten Haushaltsführung (Doppik) mittels eines **ganzheitlichen Reformprozesses** weiterentwickelt. Mit der

2235 kompletten Umstellung auf den nun doppischen Haushalt seit dem Jahr 2009 haben wir die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts beauftragt („**Kieler Konsolidierungspfad**“). Die konkrete Ausgestaltung der Haushaltskonsolidierung orientiert sich an den strategischen Zielen unserer Stadt. Zur Absicherung der Haushaltskonsolidierung soll ein Anreizsystem der pauschalen Übertragung eingeführt werden: Nicht verausgabte Mittel werden als Reste in den Budgets der sparsamen Verwaltungseinheiten belassen, sodass sie im Folgejahr noch zur Verfügung stehen. Die Dezernate sollen zudem die Möglichkeit umzuschichten, im Vollzug Mittel umzuschichten, bisherige Standards zu prüfen oder – soweit rechtlich zulässig – bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrzunehmen, um flexibel auf neue Situationen reagieren zu können. Das Controlling soll im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung in die Fachdezernate verlagert und entsprechendes Personal bereitgestellt werden.

2250 In den Jahren von 1998 bis 2002, als die SPD die Mehrheit in der Ratsversammlung stellte, sank die städtische Verschuldung um über 153 Mio. Euro! Dagegen stieg sie unter anderen Mehrheiten in den folgenden Jahren bis 2008 wieder um 52 Mio. Euro an. Wir wollen verlässlich Erträge und Aufwendungen im Stadthaushalt ausgleichen und so **langfristig die Verschuldung wieder senken**.

2255 Die **Verwaltungsreform** wird fortgesetzt. Die stetige Überprüfung, welche von der Stadtverwaltung wahrgenommenen Aufgaben auf welche Weise besser und gleichzeitig sparsamer erledigt werden können (Aufgabenkritik), und die Haushaltskonsolidierung werden in einem Reformkataster zusammengeführt. Die stetige Überprüfung der verwaltungsinternen und –externen Abläufe ist dabei eine Daueraufgabe, die wir rational betreiben. Dabei sind wir uns der Grenzen bewusst, die der Stadt durch gesetzliche Pflichten und Standards bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gesetzt werden. Zur Fortsetzung der Aufgabenkritik wollen wir, dass die Stadtverwaltung eine Übersicht erstellt, welche Aufgaben seit dem Jahr 2004 weggefallen bzw. in ihrem Umfang reduziert oder erweitert worden sind, welche Aufgaben sind seit 2004 an Dritte delegiert worden und welche Aufgaben die Stadt seit 2004 effizienter als zuvor erledigt. Dazu sollen die Aufgaben in Bindungsgrade eingeteilt werden, z.B. ob die Erledigung einer Aufgabe nach Art und Umfang gesetzlich bestimmt ist, ob wenigstens der Umfang der Aufgabenerfüllung von der Stadt frei festgelegt werden kann oder ob die Stadt selbst darüber entscheidet, ob sie eine bestimmte Aufgabe überhaupt – und wenn ja, wie – erfüllen will. Damit wollen wir **transparent** machen, welche Aufgaben die Stadt wahrnimmt und was sie für die Bürgerinnen und Bürger leistet, bevor über die Veränderung oder Abschaffung öffentlicher Leistungen entschieden wird. Wir wollen **vorrangig Geschäftsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung** auf Einsparpotentiale untersuchen und optimieren.

2275 Wir wollen die **natürliche Fluktuation der Beschäftigten** für einen verträglichen Abbau von Personalstellen **nutzen**. Dazu soll bei jeder durch Altersabgang konkret freierwerdenden Stelle geprüft werden, ob auf ihr wieder eine Nachwuchskraft einzustellen ist oder ob die dort wahrgenommenen Aufgaben anders und sparsamer erledigt werden können (**stellenscharfe Personalwirtschaft**). Bis zum Jahr 2020 soll nur die

Hälfte der bis dahin durch altersbedingte Abgänge frei werdenden Stellen wiederbe-
setzt werden. Wir wollen eine **Personalplanung** innerhalb der Stadtverwaltung, die
den notwendigen Einsatzbedarf rechtzeitig erkennt, das vorhandene Personal
2280 dementsprechend im Rahmen des Möglichen qualifiziert und anschließend beim Ein-
tritt des bisherigen Stelleninhabers in den Ruhestand eine geeignete, dann qualifi-
zierte Fachkraft innerhalb der Stadtverwaltung umsetzt.

Wir wollen **unnötige Doppelstrukturen** in der Verwaltung **abbauen**. Bei vergleich-
baren Aufgabenzuschnitten sollen bislang getrennte Verwaltungseinheiten kombiniert
2285 werden, um so Synergieeffekte zu erreichen. Wir wollen die Zusammenführung von
bisherigem Abfallwirtschaftsbetrieb (zuständig für Müllabfuhr, Straßenreinigung und
Werkstatt für die meisten städtischen Fahrzeuge) und Grünflächenamt, Teilen des
Tiefbauamtes und der Immobilienwirtschaft zu einem gesamtstädtischen „Stadtple-
gebetrieb“. Auf diese Weise können die städtischen Reinigungs- und Grünpflegear-
2290 beiten zentral erledigt, der Stadtpflegebetrieb wie der bisherige Abfallwirtschaftsbe-
trieb Kiel (ABK) in seiner bisherigen öffentlich-rechtlichen Organisationsform mit Be-
schäftigten des öffentlichen Dienstes weitergeführt werden.

Durch **regionale Kooperation** unserer Stadt mit anderen öffentlichen Verwaltungen
soll der städtische Haushalt entlastet werden. Bereits heute arbeitet die Kieler Stadt-
2295 verwaltung mit anderen Kommunen auf dem Gebiet der Ausbildung von Verwaltungswach-
stumsnachwuchs, der Kraftfahrzeugzulassung, der Tierseuchenbekämpfung, der Bauauf-
sicht, der Gesundheitsverwaltung, im Verkehrsverbund, in der Abfallentsorgung und
in der Straßenreinigung und in der Wirtschaftsförderung zusammen. Wir haben dafür
gesorgt, dass unsere Stadt mit den benachbarten Gemeinden Altenholz und Krons-
2300 hagen eine gemeinsame Volkshochschule betreibt, und wir haben die Stiftungsauf-
sicht für unsere Stadt auf die Plöner Kreisverwaltung übertragen. Wir wollen weitere
oder intensivere Formen der Zusammenarbeit mit anderen kreisfreien Städten oder
benachbarten Kreisverwaltungen prüfen, z.B. Gemeinsame Veterinärämter, Gemein-
same Rechtsämter, Gemeinsame Rechnungsprüfungsämter.

Die Verringerung der Verschuldung der Stadt und die gleichzeitige Investitionen in
Bildung, Arbeit und Infrastruktur sind kein Widerspruch, sondern die eigentliche Her-
ausforderung an eine intelligente Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine nachhaltige
Wachstumsentwicklung braucht **kontinuierliche öffentliche Investitionen** auf ver-
lässlichem und angemessenem Niveau. Die Kieler SPD fordert darum, dass unserer
2310 Stadt **wieder ein auskömmliches Kreditvolumen** für Investitionen und Investitions-
förderungsmaßnahmen erlaubt wird, nachdem die Kommunalaufsicht des Landes mit
einer Halbierung der zulässigen Kreditaufnahme dringende Investitionen in Schulen,
Kindertagesstätten, Straßen und Entwässerungsanlagen ausgebremst hat. Wir wol-
len eine Investitionsplanung für unsere Stadt, mit der unnötige Ausgaben vermieden
2315 werden (z.B. durch das Verschieben von dringenden Investitionen in Folgejahre und
die dadurch bedingte Erhöhung der Kosten). Eckpunkte einer solchen **intelligenten
Investitionsplanung** sind: Ausgaben für Investitionen werden vorrangig getätigt,
wenn es nachweislich teurer wäre, sie zu unterlassen, oder wenn die Stadt ohnehin
gesetzlich oder durch Verträge verpflichtet ist, eine bestimmte öffentliche Aufgabe zu

2320 erfüllen, und die Ausgabe deshalb gar nicht unterlassen kann. Rentierliche Investitio-
nen, bei denen die Ausgaben entweder durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden
(z.B. bei der Sanierung von Entwässerungskanälen durch Abwassergebühren), oder
bei denen durch die Kosten der Investition innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes
Ausgaben im Stadthaushalt an anderer Stelle eingespart werden können, wollen
2325 wir dabei verstärkt in den Fokus nehmen. Investitionen in Schulen, Kindertagesstät-
ten, Krankenhäuser, Verkehr und Sportstätten kommen allen Menschen zugute. Wir
sind für einen zwischen dem Bund, dem Land und den schleswig-holsteinischen
Kommunen abgestimmten **Investitionspakt zur Stärkung der kommunalen Da-
seinsvorsorge**, damit auf diese Weise die kommunalen Investitionen gekräftigt wer-
2330 den

Grundsätzlich geben wir der **kommunalen Eigenfinanzierung** von Investitionen
den Vorzug. Dabei setzen wir sowohl auf direkte Investitionen unserer Stadt als auch
auf die Investitionen der städtischen Unternehmen, die das Stadtbild prägen (z.B. am
Seehafen oder in der Ver- und Entsorgung). Andere Modelle wie Öffentlich-Private
2335 Partnerschaften (ÖPP) wollen wir nur nutzen, wenn im jeweiligen Einzelfall nach-
weisbar ist, dass diese die finanziell günstigste Form der Realisierung notwendiger
Investitionen darstellen.

Wir fordern eine **Modernisierung des Gemeindehaushaltsrechts** und seine **An-
passung an eine betriebswirtschaftliche Haushaltsführung**. Investitionsprogram-
2340 me vor allem in Schulen und Kindertagesstätten, welche die Ursachen für langfristig
hohe Aufwendungen für soziale Transferleistungen beseitigen sollen, sollen in Zu-
kunft in Sonderhaushalten geführt, die nicht jährlich – sondern langfristig – auszuglei-
chen sind; deshalb ist es erforderlich, die Voraussetzungen für eine betriebswirt-
schaftliche, in den städtischen Unternehmen seit Jahrzehnten bewährte Wirtschafts-
2345 und Erfolgsplanung auch für umfassende soziale Investitionsprogramme der Stadt
selbst einzuführen. Das Land soll das schleswig-holsteinische Gemeindehaushalts-
recht entsprechend anpassen.

Bei **öffentlichen Aufträgen**, insbesondere im Rahmen der freihändigen Vergabe,
sollen **so oft wie möglich klein- und mittelständische Unternehmen** aus unserer
2350 Stadt und aus der Region zum Zuge kommen. Wir haben dafür gesorgt, dass im
Rahmen der Konjunkturförderung des Bundes zur Bekämpfung der Auswirkungen
der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise weit über die Hälfte der städtischen
Aufträge für die Herrichtung von Schulgebäuden, für energetische Sanierungen, für
Fassadenarbeiten und für Straßenbaumaßnahmen an Unternehmen aus Kiel und der
2355 Region vergeben wurden. Das stärkt die regionale Wirtschaft und erhält Arbeitsplät-
ze. Bei öffentlichen Ausschreibungen können weitere Einsparungen erreicht werden.
Die Benutzung moderner Einkaufstechniken soll die Verwaltung bei der Ersparnis
von finanziellen Aufwendungen unterstützen.

Wir wollen, dass **bei allen öffentlichen Ausschreibungen** der Stadt **soziale Kriteri-
en an die Auftragsvergabe** angelegt werden. Bei geeigneten öffentlichen Aufträgen
2360 und einem ausreichenden Auftragsvolumen soll die teilweise Beschäftigung von Ar-
beitssuchenden (insbesondere Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer) oder von schwerbehinderten Menschen zur zusätzlichen Bedingung gemacht werden. Die Stadt soll auch verlangen können, dass Auszubildende bei der Auftragsausführung eingesetzt werden müssen, oder dass mit der Durchführung des öffentlichen Auftrages zugleich Ausbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen oder Jugendlichen oder andere ausbildungsfördernde Maßnahmen verbunden werden.

Wir wollen, dass bei allen öffentlichen Ausschreibungen der Stadt nur Unternehmen zum Zuge kommen, die **Tariflöhne** zahlen. Wir erwarten vom Staat ein neues Tariftreuegesetz, das unserer Stadt eine solche Auftragsvergabe im Rahmen des Wettbewerbs- und Vergaberechts ermöglicht. Durch die Anwendung des Tariftreuegesetzes entstehende zusätzliche finanzielle Belastungen der Städte und Gemeinden müssen spätestens bei der angekündigten Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt werden.

Die **Gewerbsteuer** ist die wichtigste Steuer für die Städte, und sie muss Bestand haben. In Kiel ist sie die Quelle der höchsten Einnahmen im Stadthaushalt und unverzichtbar. Dabei zahlen von über 23.000 Gewerbebetrieben in Kiel nur etwas mehr als 3.000 überhaupt Gewerbesteuern, von denen wiederum gut ein Zehntel rund 90% des gesamten Gewerbesteueraufkommens in unserer Stadt erbringt. Die Zahl der Gewerbesteuerzahler muss breiter und stabiler werden. Wir fordern die **Weiterentwicklung** der Gewerbsteuer zu einer kommunalen **Wirtschaftssteuer**, die neben den Gewerbetreibenden auch die freien Berufe einbezieht und wie bisher auf die Einkommensteuer anrechenbar bleibt, und die Aufhebung der Steuerfreiheit für Veräußerungen aus Kapitalgewinnen würde die Finanzausstattung der Städte stärken. Auch ist eine Reduzierung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Land zugunsten der Städte erforderlich.

Wir wollen die **Hundesteuer** mit einer sozialen Ermäßigung ausgestalten: Menschen, die schon einen Hund besitzen und anschließend auf Transferleistungen angewiesen oder berechnete Inhaber des „Kiel Passes“ (Ermäßigungsausweis) sind, sollen für den ersten Hund nur noch die Hälfte des Hundesteuersatzes bezahlen müssen. Diese soziale Ermäßigung wird kostenneutral gegenfinanziert durch die geringfügige Anhebung des Hundesteuersatzes für den ersten Hund, die die anderen Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer zahlen. Darüber hinaus soll die bestehende Freistellung von der Hundesteuer für Hunde, die aus dem Tierheim Uhlenkrog geholt werden, von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert werden; dies entlastet die Stadt von Zahlungen an das Tierheim.

Der Kreis der Steuerpflichtigen bei der **Zweitwohnungssteuer** ist erweitert worden. Wir haben dafür gesorgt, dass aus sozialen Erwägungen heraus Soldatenunterkünfte in Kasernen, Wohnungen in Studentenwohnheimen und Wohnungen, die zu therapeutischen Zwecken oder zur Pflege bewohnt werden, sowie die im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe zu Erziehungszwecken bereitgestellten Wohnungen nicht besteuert werden. Auf Initiative der SPD erhalten Studierende, die nach Kiel ziehen (aber nicht in ein Studentenwohnheim) und hier mit ihrer Wohnung oder – wie es das Gesetz vorschreibt – ihren Hauptwohnsitz anmelden, seit dem Jahr 2006 auf Antrag

ein einmaliges Begrüßungsgeld der Stadt in Höhe von 150 Euro und vermeiden so die Zweitwohnungssteuer.

2410 Während das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bürgerinnen und Bürger im
Jahr 2004 in Kiel nur rund 26.000 Euro pro Jahr betrug und Kiel zu den steuerschwa-
chen, von Zuweisungen des Kommunalen Finanzausgleichs abhängigen Städten
zählt, wurden im Umland der Oberzentren durchschnittlich zwischen 33.000 Euro
und 37.000 Euro jährlich verdient, waren die dortigen Gemeinden finanziell wesent-
lich besser gestellt. Der **Kommunale Finanzausgleich** soll insbesondere die steuer-
schwachen Städte unterstützen, in denen viele Menschen mit geringeren Einkom-
2415 men wohnen als anderswo. Seit einigen Jahren ist die Finanzausgleichsmasse um
jährlich 120 Mio. Euro landesweit gekürzt worden, das bedeutet für unsere Stadt al-
lein Mindereinnahmen in Höhe von 12 Mio. Euro pro Jahr. Das Land Schleswig-Hol-
stein muss die **Finanzausgleichsmasse wieder erhöhen** und den 120 Mio. Euro-
Eingriff zurücknehmen. Die stärkere Beteiligung des Landes am Ausbau der Be-
2420 treuungsangebote für Unterdreijährige ist dafür ein erster, aber noch nicht ausrei-
chender Schritt. Außerdem müssen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs bei
der Berechnung des Finanzbedarfes der Stadt pro Einwohner die **überproportional
höheren Infrastrukturkosten der Städte** und ihre Leistungen auch für das Umland
stärker als bisher gewichtet werden. Die Unwucht im Kommunalen Finanzaus-
2425 gleich, über dessen Ausgestaltung der Landesgesetzgeber bestimmt, muss beseitigt
werden. Bei der Bemessung des Finanzbedarfes der Städte und Gemeinden im Rah-
men des Kommunalen Finanzausgleichs werden bislang nur die Einwohnerzahlen
der betreffenden Kommunen berücksichtigt; kleinere Orte erhalten weniger, größere
Orte erhalten mehr Zuweisungen. Zusätzliche Aufgaben größerer Städte wie Kiel für
2430 ihr Umland und ihre Region sind bislang unzureichend berücksichtigt und sollen in
Zukunft – nach dem Vorbild der Finanzausgleichsgesetze anderer Bundesländer –
durch eine Hinzurechnung auf die Einwohnerzahl (**Nebenansatz**) ausgeglichen wer-
den, wenn eine Stadt wie Kiel bestimmte Aufgaben übernimmt z.B. als Ober- oder
Mittelzentrum das Umland und die Region versorgt, selbst überdurchschnittlich viele
2435 Kinder und Jugendliche aufweist und damit viele Kindertagesstätten und Schulen zur
Verfügung stellen muss, in ihr viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben, die
Stadt oder Gemeinde über ein langes Straßennetz oder einen für die Region bedeut-
samen Öffentlichen Personennahverkehr verfügt oder sie Standort bedeutsamer kul-
tureller Einrichtungen (z.B. von Museen) ist.

2440 Das in der Landesverfassung verankerte **Konnexitätsprinzip** (= überträgt das Land
den Städten neue Aufgaben oder erweitert bereits übertragene Aufgaben, dann muss
es den Städten auch den daraus entstehenden Mehraufwand bezahlen) darf nicht
umgangen werden, indem das Land in den kommunalen Finanzausgleich eingreift,
z.B. durch Kürzungen des Verbundsatzes und Minderungen der Finanzausgleichs-
2445 masse.

Wir wollen eine **kommunale Altschuldenthilfe** von Bund und Land, die nicht bei der Beseitigung von Defiziten (d.h. bei der Differenz von Erträgen und Aufwendungen)

stehen bleibt, sondern tatsächlich den aufgelaufenen Schuldenberg abzutragen beginnen hilft, ist vonnöten.

- 2450 Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in der Finanzpolitik stärker als bisher beteiligen. Deshalb wollen wir einen **Kieler Bürgerhaushalt** zunächst in einem Amt der Stadtverwaltung **modellhaft einführen** und die dabei gemachten Erfahrungen in die weitere Diskussion über diese Beteiligungsform einfließen lassen.

Umwelt, Grünanlagen und Kleingärten (↑)

- 2455 Die Erhaltung von Natur und Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Sie ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Im Standortwettbewerb der Städte spielt das **Umweltklima** eine entscheidende Rolle für die **Lebensqualität**. Bereits im Jahr 1993 beschloss unsere Stadt auf Initiative der Kieler SPD die Einführung eines Umweltqualitätszielkatalogs für das Stadtgebiet.

- 2460 Zum Schutz des **Grundwassers** und der **Böden** in unserer Stadt wollen wir das bereits bestehende Boden- und Altlastenkataster fortschreiben und die vorhandenen Grundwassermessdaten digital verfügbar machen. Wir unterstützen ein nachhaltiges Flächenmanagement. **Oberflächengewässer** wollen wir mithilfe von Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplänen in einen guten ökologischen Zustand bringen oder, wo nötig, zurückversetzen.

- 2470 Weil **Lärm** zu weitreichenden gesundheitlichen, aber auch wirtschaftlichen Schäden führen kann, wollen wir aus Gründen des **Immissionsschutzes** die Lärmaktionsplanung fortsetzen, mit der „Ruhige Gebiete“ festgelegt werden, die vor einer weiteren Zunahme des Lärms geschützt werden sollen. Das dient dem Gesundheitsschutz und der Gesundheitsvorsorge, verbessert die Wohnqualität und erhöht das Wohlbefinden. Außerdem werden so die Qualität der Luft und die Verkehrssicherheit verbessert. Um mögliche nachteilige Wirkungen von **Mobilfunksendeanlagen** so weit wie möglich auszuschließen, soll die Stadt im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten als Bau-, Naturschutz- oder Denkmalschutzbehörde oder als Eigentümerin öffentlicher Gebäude Einfluss nehmen. Sie soll überhaupt keine Sendeanlagen in der Umgebung von Kindertagesstätten, Schulen, Alteneinrichtungen oder Kliniken zulassen und möglichst keine Anlagen in Wohngebieten, sondern bevorzugt in Gewerbegebieten.

- 2480 Zur **Reinerhaltung der Luft** sollen Parkanlagen, Waldflächen und Wasserflächen sowie landwirtschaftlich genutzte Flächen erhalten bleiben und Luftleitbahnen in die und aus der Stadt nicht verbaut werden. Bei künftigen Planungen von Vorhaben wollen wir, dass die Innenhöfe entsiegelt, Bäume gepflanzt sowie Fassaden und Flachdächer z.B. von Werkshallen großflächig begrünt werden. Die größeren Parkflächen und der Grüngürtel im Übergangsbereich unserer Stadt zur freien Stadt sollen erhalten bleiben – werden neue Siedlungsbereiche angelegt, soll die Versiegelung so sparsam wie möglich und der Bereich ausreichend mit Grünflächen versehen sein. Wir wollen, dass die Luftqualität in unserer Stadt kontinuierlich weiter geprüft wird, wie dies in der Messstelle in Gaarden (Bahnhofsstraße) geschieht. Wir wollen Land-

2490 strom für Schiffe, um die Umweltbelastungen, die durch die Abgase im Hafen liegender Fähren und Schiffe entstehen, zu verringern.

2495 Wir wollen **Natur und Landschaft** pflegen. Neben den sechs bereits ausgewiesenen Landschaftsschutzgebieten, die bereits drei Viertel der zu schützenden Fläche in unserer Stadt sichern, unterstützen wir die Ausweisung zusätzlicher, kleinerer Gebiete. Außerdem wollen wir die geschützten Landschaftsbestandteile „Alte Stadtgärtnerei Kollhorst“ und Umgebung, die Biotopflächen zwischen Segeberger Landstraße, der Bahnlinie Kiel-Lübeck und der Kleinbahnlinie Kiel-Schönberg und die Biotopflächen zwischen Kuckucksberg und Segeberger Landstraße in ihrer für den Naturschutz wichtigen Funktion erhalten.

2500 Wir wollen den **Kieler Wald** weiterentwickeln: die vorhandenen Waldflächen erhalten, an geeigneten Standorten abrunden und an geeigneten Flächen neue Wälder anlegen. Denn der Wald dient der Erholung der Kielerinnen und Kieler, ist Lebens- und Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere, schützt Boden, Wasser, Klima und wirkt als Sicht-, Lärm- und Immissionsschutz. Nicht zuletzt ist er wichtiger Lieferant für Sauerstoff und nachwachsende Rohstoffe, während er gleichzeitig Kohlendioxid speichert.

2505 Zur Pflege des Stadt- und Landschaftsbildes und zur stetigen Verbesserung des Stadtklimas in den Siedlungsbereichen wollen wir die **Baumschutzregelungen** der Stadt an veränderte Bilanzierungsmethoden bei Eingriffen in die Natur anpassen.

2510 **Natur erleben** muss allen Menschen in Kiel möglich sein. Daher setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau von Naturerlebnissräumen, Wald- und Stadtkindergärten, Lernen auf dem Bauernhof, grüne Schulhofentwicklung und Schulwälder ein. Wir wollen die **Tiergehege** unserer Stadt erhalten. In öffentlicher Trägerschaft bleibt der Bestand der Gehege überhaupt und der kostenfreie Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. In einer Großstadt ohne Zoo leisten die Tiergehege einen wesentlichen Beitrag zur Naherholung, zur Umweltbildung und zum direkten Naturerlebnis insbesondere für Familien mit Kindern, Schulklassen und Kindertagesstätten.

2515

Wir unterstützen den **Tierschutz** und das Tierheim Uhlenkrog und setzen uns für die Einführung der Kastrations, Kennzeichnung und Registrierungspflicht für alle Katzen mit Freigang ein. Die Kastration aller freilaufenden Katzen und Kater, der sogenannten "Freigänger", ist der einzig geeignete und tierartgerechte Weg die Population einzudämmen.

2520

Die Kieler SPD setzt sich für eine Verbesserung des **Hundestrands in Falckenstein** ein.

2525 Wir wollen eine mit den Gemeinden des Umlandes abgestimmte Planung über die **Gestaltung der Landschaft** in unserer Stadt und der Region (Freiräumliches Leitbild). Alle Gärten, Parkanlagen, Friedhöfe, Gewässer, Wälder und Felder (unbebaute Freiräume) sind in einem „Grün-Ring-System“ angelegt: Der erste Ring ist der „Förderung“, der zweite Ring ist der „Innenstadtring“, der dritte Ring ist der „Landschaftsring“ an den Stadtgrenzen. Wichtige Erholungsflächen sind die Strände, das Schwentinetal und die verschiedenen innerstädtischen Parkanlagen und Gehölze wie

2530 der Schrevenpark, der Schützenpark, der Kleine Kiel, der Schlossgarten, die Moor-

teichwiese, der Volkspark und die Grünflächen am Hindenburgufer – diese Flächen wollen wir weiter pflegen. Darüber hinaus wollen wir in Wohnbereichen, die nicht ausreichend mit erholungsgeeigneten Grünflächen ausgestattet sind, mehr Freiflächen entwickeln. Dies sind die Stadtteile Gaarden-Ost und Teile von Wellingdorf und Neumühlen-Dietrichsdorf sowie die Stadtteile Ravensberg, Blücherplatz, Brunswik, im Bereich der Vorstadt und rund um den Südfriedhof, zum Teil auch in Friedrichsort, Holtenau, Steenbek/Projensdorf, Suchsdorf, Hassee, Gaarden-Süd und Kronsburg. Wir wollen darum den **Grünzug Ida-Hinz-Park/Brook/Schwarzlandwiese** ausbauen.

2540 Unsere Stadt kann auf eine lange Tradition des **Kleingartenwesens** verweisen. Die Kieler Kleingärten übernehmen darüber hinaus wichtige soziale Aufgaben und dienen der Naherholung. Wir werden gemeinsam mit den Kieler Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern das Angebot der Kleingartenanlagen in unserer Stadt weiterentwickeln.

Öffentliche Sicherheit und Feuerwehren (↑)

2545 Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in unserer Stadt **sicher** fühlen. In Kiel wollen wir alles unternehmen, um die Menschen vor Gewalt, Schaden und Straftaten zu schützen. Ein Schwerpunkt muss dabei die Bekämpfung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, der zunehmenden Gewalt gegen ältere Menschen und Kinder sein. Wir unterstützen die Arbeit der Kieler **Polizei**.

2550 Die **Kriminalprävention** muss weiter verstärkt werden. Wir wollen die Kriminalpräventiven Räte unterstützen.

Durch die intensive Zusammenarbeit von Polizei, kriminalpräventiven Räten, Streetworkern, Schulen und dem Gesundheits- sowie Sozialmanagement der Stadt kämpfen wir gegen **Drogen und Drogenkriminalität**. Eine Jugend ohne Gewalt in Kiel wird durch vorbeugende Projekte in Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen, sowie durch frühzeitige Erziehungshilfe für Familien angestrebt. Gewaltausübung soll schnell und konsequent geahndet werden.

2560 Die **Straßenbeleuchtung** ist so auszubauen, dass Angsträume abgebaut werden. Die bereits begonnene Modernisierung der Straßenbeleuchtung darf nicht zu wachsenden Angsträumen führen.

Eine **saubere Stadt** ist eine **sichere Stadt**. Müll und Schmierereien sollen deshalb zügig beseitigt werden. Mit vorausschauender Abfallpolitik wollen wir „wilde Abfälle“ im öffentlichen Raum mindern. Die städtische Unterstützung der Gemeinschaftsaktion „Klar Schiff“ zur **Bekämpfung illegaler Graffiti** werden wir fortsetzen.

2565 Wir wollen „**City-Scouts**“ in mehr Stadtteilen als bisher einsetzen, d.h. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsverwaltung im Außendienst, die bei Streifengängen Missstände aufnehmen und durch schnelle Information der fachlich Zuständigen beheben helfen. Sie sollen Ansprechpartnerinnen und -partner für die Kielerinnen und Kieler sein. Bei offensichtlichen Gesetzes- oder Satzungsverstößen sollen sie die Betroffenen ansprechen und zur Korrektur auffordern. Die Befugnisse sollen schrittwei-

2570

se erweitert werden. Dazu sollen die kommenden Überwachungskräfte entsprechend qualifiziert werden.

2575 Die sog. **Straßenszenen** wollen wir weiter durch Hilfsangebote und präventive Maßnahmen entspannen, wie dies in Gaarden durch die aufsuchende Sozialarbeit geschieht.

2580 **Gewalt gegen Frauen** steht für die ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern. Sie muss konsequent bekämpft und durch Prävention verringert werden. Dafür ist es notwendig, Frauen und Mädchen zu stärken. Zufluchtsmöglichkeiten für Gewaltopfer und Unterstützung auf dem Weg aus einer Gewaltbeziehung müssen gesichert werden. Migrantinnen brauchen kompetente Beraterinnen. Die Einführung eines Frauen-Taxis wollen wir prüfen, um Mädchen und Frauen einen angstfreien Heimweg zu ermöglichen. Von Missbrauch betroffene Mädchen und Jungen benötigen darüber hinaus unsere Unterstützung durch niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen. Auch gegen **Gewalt gegen Homosexuelle und Transgender** sowie 2585 gegen **Gewalt gegenüber alten Menschen und Menschen mit Behinderung**, ob im öffentlichen Raum, in der Pflege oder im häuslichen Umfeld, müssen wir geeignete Maßnahmen entwickeln.

2590 Wir unterstützen die Polizei bei der **Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen**, wo dies zu einer wirksamen Gefahrenabwehr polizeilich geboten ist. Auf diesen wenigen überwachten Flächen muss die Begehung von Gewalt und Straftaten zum Schutze der Opfer entweder durch die Überwachung vermieden oder wenigstens durch Polizeikräfte so schnell wie möglich abgewehrt werden. Eine bloße Videoüberwachung ohne zeitnahe Reaktion auf Straftaten – etwa zur schlichten Beweissicherung – lehnen wir ab. In diesem Sinne unterstützen wir die von der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) eingeführte und vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein geprüfte **Videotechnik in den Bussen**, bei denen die aufgezeichneten Bilder nur wenige Tage in verschlossenen Systemen gespeichert und nur nach einer konkreten Alarmierung von besonders berechtigten Personen einsehbar sind, um die Sicherheit für Fahrgäste und Fahrpersonal zu erhöhen. 2595

2600 Wir werden die Verkehrsüberwachung ausweiten und dafür mehr Personal zur Verfügung stellen, so dass sich dies über Buß- und Verwarngelder selbst finanziert. Dadurch soll neben der Überwachung der Einhaltung von Parkzeiten – verstärkt auch in den Stadtteilen – Falschparken auf Geh- und Radwegen ebenso überwacht werden, wie Radfahrer und Fußgänger, die sich nicht an die Straßenverkehrsordnung halten.

2605 Wir werden den **Brandschutz verbessern**, indem wir die Kieler Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen unterstützen. Feuerwehren brauchen gut ausgebildetes Personal und modernes technisches Gerät. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass wieder mehr Feuerwehrbeamte bei der **Berufsfeuerwehr** eingestellt werden. Das ist klüger und kostengünstiger als die Entscheidung anderer Mehrheiten in der vergangenen 2610 Kommunalwahlperiode, zu wenig Nachwuchskräfte bei der Berufsfeuerwehr einzustellen: Nachdem aufgrund von zu wenig Personal überlastete Beschäftigte der Berufsfeuerwehr erfolgreich vor Gericht geklagt haben, muss unsere Stadt nun einen

2615 mehrstelligen Millionenbetrag als Ausgleich für geleistete Überstunden zahlen! Wir wollen in Zukunft ausreichend Feuerwehrpersonal einstellen und dieses umfassend im Brandschutz, in der Brandbekämpfung und im Rettungswesen ausbilden.

2620 Auch die Mitglieder der **Freiwilligen Feuerwehren** leisten einen wichtigen Dienst für die Menschen in Kiel – die Freiwilligen Feuerwehren sind gemeindliche Einrichtungen unserer Stadt. Seit dem Jahr 2010 können sich die **aktiven Mitglieder** Freiwilliger Feuerwehren – auch wenn sie im Hauptberuf nicht Angehörige der öffentlichen Verwaltung sind – **auf nur intern ausgeschriebene Stellen der Stadtverwaltung** und ihrer Betriebe **bewerben**; sie werden eingestellt, wenn sie für die ausgeschriebene Stelle geeignet und befähigt sind und die erforderliche fachliche Leistung erbringen können. Damit erhöhen wir gezielt berufliche Chancen für Menschen, die im Ehrenamt Leben und Gesundheit für das Gemeinwohl riskieren.

2625 Die Mängel in den **Gerätehäusern** der Freiwilligen Wehren wollen wir so schnell wie möglich abstellen.

Viertens: Wir für unsere Kieler Stadtteile [\(↑\)](#)

2630 Mit über 238.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Kiel eine Großstadt. Zuhause sind die Menschen in den Kieler Stadtteilen. Wir als Kieler SPD sind nah bei den Menschen und fördern das gemeinschaftliche, solidarische Leben vor Ort.

Wir für Schilksee [\(↑\)](#)

2635 Das Olympiazentrum mit seinem Hafen, der Kurpark, die Strandpromenade, das „Hohe Ufer“ und der Badestrand prägen Schilksee genauso wie das Landschaftsschutzgebiet „Heischer Tal“, der Dorfkern „Alt-Schilksee“ und Gut Seekamp mit der Hans-Kock-Stiftung. Gerade Schilksee macht Kiel zur Welthauptstadt des Segelns und zu einem besonderen Ort der Naherholung für Kielerinnen und Kieler und ihre Gäste.

2640 Wir wollen den Generationenwechsel in Schilksee unterstützen. Dazu gehört passender Wohnraum für die älteren Bewohner, die nach der Familienphase hier wohnen bleiben wollen und nun kleinere Einheiten brauchen. Eine Alternative könnte das gemeinsame Leben in Wohngemeinschaften („Senioren-WGs“) sein, die wir unterstützen wollen. Um bis ins hohe Alter in den eigenen vier Wänden leben zu können, braucht man irgendwann Pflege- und Serviceleistungen, die wir ermöglichen möchten. Wir wollen prüfen, auf welche Weise Gebäude in Schilksee für „betreutes Wohnen“ umgenutzt werden können. Und wir streben eine gute Beleuchtung der Wege und Plätze und ausreichend Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum an – dies ist nicht nur für ältere Menschen, sondern auch für Familien mit Kindern besonders wichtig. Stolperfallen müssen beseitigt und Bürgersteige an Straßenübergängen abgesenkt werden.

2650 Öffentliche Grünflächen und Wege sollen regelmäßiger gepflegt werden (Stubbeckredder, Wiese hinter der Kirche, Promenade). Die andere Seite des Generationenwechsels sind die jungen Familien, die in Schilksee ihr zu Hause finden und nicht ins Umland ziehen sollen. Dazu soll geprüft werden, ob es in Schilksee weitere Bauflächen geben kann. . Dabei wollen wir auch die Vergabe von Erbpachten besonders an junge Familien ermöglichen. Wichtig ist für die Familien, dass die Grundschule und das Schülerhaus sowie der Jugendtreff mit Hort erhalten bleiben. Jugendliche sollen in Schilksee mehr Freizeitmöglichkeiten bekommen.

2660 Um als Stadtteil für alle Schilkseerinnen und Schilkseer interessant zu sein, müssen wir die vorhandene Infrastruktur erhalten und sogar ausbauen. Daher kümmern wir uns darum, dass der Ankerplatz wiederbelebt wird, eine erste Initiative in Richtung „Gesundheitszentrum“ wurde bereits gestartet. Mit der Sanierung des Hafenvorfelds haben wir bereits einen großen Schritt getan, um das Olympiazentrum attraktiver zu gestalten. Nun müssen noch die Fassaden Schritt für Schritt sanieren.

Wir für Pries und Friedrichsort (↑)

2665 Pries und Friedrichsort sind attraktive Stadtteile – und prägen den Industriestandort Kiel. Hier sind bedeutende Arbeitgeber wie die Maschinenwerke Caterpillar, der Eisenbahnbauer Vossloh AG, der Kompressorenhersteller J.P. Sauer & Sohn Maschinenbau GmbH ebenso zuhause wie die drei Werften Lindenau, Gebr. Friedrich und die Yacht- und Bootswerft Rathje. Der Leuchtturmplatz und das Einkaufszentrum, die

2670 Bethlehemkirche und das Viertel „Alt Friedrichsort“ machen die Stadtteile ebenso aus wie der Friedrichsorter Leuchtturm und der Falckensteiner Strand. Die Mischung aus Industrie, Handel, Freizeit und Erholung machen Pries und Friedrichsort unverwechselbar.

Wir wollen unsere Stadtteile gezielt für ältere Menschen attraktiver gestalten. Dazu

2675 wollen wir ein Netzwerk für Seniorinnen und Senioren fördern, das z.B. ambulante Pflegedienste, Fahrdienste, Essensservice, Friseur und andere Dienstleistungen ermöglicht, die telefonisch von den Seniorinnen und Senioren angefordert werden können. Wir wollen unsere öffentlichen Wege und Plätze altengerecht gestalten und z.B. glatte und rutschige Stellen ausbessern.

2680 Wir wollen Pries und Friedrichsort noch kinder- und familienfreundlicher gestalten. Dazu haben wir schon viel erreicht: Die Gemeinschaftsschule Friedrichsort wurde modernisiert und bekam einen neuen Technikraum. Die Fritz-Reuter-Grundschule haben wir als „Offene Ganztagschule“ erfolgreich weiterentwickelt. Im Kieler Norden werden heute mehr Schulsozialarbeiter als früher eingesetzt. Den Sportverein SV

2685 Friedrichsort haben wir mit Mitteln der Breitensportförderung gezielt unterstützt. Die Kinderbetreuung wollen wir weiter ausbauen.

Für die Zukunft wollen wir, dass der Bestand der Wohnungen in Pries und Friedrichsort an die Bedürfnisse von Familien mit Kindern angepasst wird. Wir streben bezahlbare Wohnungen an und lehnen Luxussanierungen des Wohnungsbestandes ab. Wir

2690 wollen prüfen, wie gerade einkommensschwachen Kleinfamilien die Bildung von Wohneigentum in Pries und Friedrichsort ermöglicht werden kann.

Wir wollen unser Stadtteilzentrum erhalten und stärken. Der dort ansässige Kulturladen „Leuchtturm“ im Ortszentrum hat erhöhte Zuschüsse benötigt, und wir haben sie ermöglicht. Wir haben das Engagement der Bürgerinitiative zur Umsetzung des

2695 Leuchtturms unterstützt.

Wir haben den Falckensteiner Strand weiterentwickelt und setzen uns für seine stetige Verbesserung ein.

Wir fördern ein breites Engagement in unseren Stadtteilen gegen Rechtsextremismus mit dem „Runden Tisch gegen rechte Ecken“.

2700 Wir für Holtenau (↑)

Holtenau ist bekannt für die Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals. Wahrzeichen der Stadtteils sind der Holtenauer Leuchtturm, der Tiessenkai am Nord-Ostsee-Kanal und das Kanalpackhaus. Der Bund ist großer öffentlicher Arbeitgeber im Stadtteil:

Wir wollen besonders Familien mit Kindern ermöglichen, in Holtenau zu wohnen. Dazu wollen wir prüfen, ob größere Teile des vorhandenen Baulandpotentials für den Bau von Häusern für Familien (z.B. Stadthäusern) geeignet sind. Auf dem Gelände des Marinefliegergeschwaders wollen wir auch Wohnen ermöglichen, aber nur, soweit es die wirtschaftliche Nutzung nicht behindert, weder im Holtenauer Unterland, wo wir den Schwerpunkt auf eine gewerblich-industrielle Nutzung am Wasser legen wollen, noch in dem von uns angestrebten spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn (Airpark) im Holtenauer Oberland. Das „Wohnen am Wasser“ darf nicht nur für Vermögende möglich sein: Wir streben neuen, bezahlbaren Wohnraum in attraktiver Lage an, den sich auch Familien mit Kindern und junge Menschen leisten können.

Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder wollen wir Schritt für Schritt ausbauen.

Wir wollen Holtenau gezielt für ältere Menschen attraktiver gestalten. Dazu wollen Seniorinnen und Senioren die Inanspruchnahme eines guten und ausreichenden Angebots von Serviceleistungen ermöglichen, z.B. ambulante Pflegedienste, Fahrdienste, Essensservice, Friseur und andere Dienstleistungen ermöglicht, die telefonisch von den Seniorinnen und Senioren angefordert werden können. So sollen Seniorinnen und Senioren bis ins hohe Alter in ihrem vertrauten Umfeld in Holtenau wohnen können.

Wir für die Wik [\(↑\)](#)

In der Wik sind die maritime Wirtschaft, Kultur und Geschichte Kiels an jeder Ecke spürbar – hier wohnen die Kielerinnen und Kieler nahe der Innenstadt und zugleich im Grünen. Die Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals, die Technische Marineschule und die Bundeswehrfachschule, der Marinestützpunkt am Tirpitzhafen geben der Wik ebenso ihr Gesicht wie das Olympiahochhaus, Belvedere, die Wasser- und Schifffahrtsgeschichte, das Sanitätskommando und das Wehrbereichskommando der Bundeswehr. Nicht nur die Bundeswehr, auch Industriebetriebe wie die Raytheon Anschutz GmbH sind wichtige Arbeitgeber im Stadtteil.

Wir wollen die Wik für alle Generationen attraktiver machen. Dazu streben wir an, dass Teile der vorhandenen Mietwohnungen so modernisiert werden, dass sowohl Studierende, junge Familien als auch Seniorinnen und Senioren ein adäquates Angebot vorfinden. Das vorhandene – und sich noch im Bundesbesitz befindliche – Baulandpotential wollen wir für ganz unterschiedliche Wohnbauprojekte ausweisen.

Die Gebäude im Anscharpark und im Marinequartier müssen erhalten bleiben. Dazu ist es notwendig, die alten Gebäude vor dem Verfall zu bewahren.

Die Belvedere muss wieder als Eintrittstor in die Wik kenntlich gemacht und umgebaut werden.

Wir wollen die durch den Strukturwandel der Bundeswehr freiwerdenden Flächen, die nicht als Bauland genutzt werden können, vorrangig als Gewerbeflächen nutzen. Ein Arbeitsplatz in der Nähe des Wohnortes und in der Nähe von Kinderbetreuungseinrichtungen dient besonders berufstätigen Eltern, senkt den innerstädtischen Ver-

2745 kehr und ist gut für unser Klima. Damit gewinnt die Wik an Attraktivität für Familien und wird Motor der wachsenden Stadt im Kieler Norden.

In der Wik finden immer mehr Künstlerinnen und Künstler ein neues Zuhause. Dies werden wir weiter unterstützen und fördern.

Wir setzen uns für die Entlastung der Schleusenstraße vom Schwerlastverkehr ein.

Wir für Steenbek/Projensdorf und Klausbrook [\(↑\)](#)

2750 Steenbek/Projensdorf und Klausbrook sind unverwechselbar durch ihre Nähe zu den Naherholungsgebieten des Projensdorfer Gehölzes und des Tiergeheges Tannen-
berg. Hier haben wichtige Arbeitgeber in unserer Stadt ihren Firmensitz, z.B. das
pharmazeutische Unternehmen KVP, das Telekommunikationsunternehmen TNG
2755 Stadtnetz GmbH und der Waffelbackmaschinenhersteller WALTERWERK KIEL
GmbH & Co. KG.

Wir entwickeln unseren Stadtteil weiter. In die neuen Wohngebiete in Suchsdorf „An
der Au“ und in Projensdorf „Alte Gärtnerei“ sind neue Familien mit Kindern gezogen,
für die das Ernst-Barlach-Gymnasium eine wichtige weiterführende Schule ist. Dies
ist bei der Kapazitätsplanung zu berücksichtigen. Darüber hinaus wollen wir die Be-
2760 treuungssituation für Kinder im Stadtteil weiter verbessern.

Außerdem wollen wir das Gewerbegebiet Tannenberg nach den bestehenden Pla-
nungen an das Verkehrsnetz anbinden. Nicht nur die Versorgung weiter Teile Schles-
wig-Holsteins mit Heizöl aus der Bunkerstation am Stadtparkweg erhöht den Verkehr
auf der Projensdorfer Straße, auch die Erweiterung des Gewerbegebiets Tannenberg
2765 und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wir wollen prüfen, inwieweit sich unbebaute Liegenschaften der Stadt, z.B. das Ge-
lände des ehemaligen „Haus Tannenberg“, zur Schaffung von preiswerten Wohnun-
gen eignen.

Wir für Suchsdorf [\(↑\)](#)

2770 Suchsdorf ist ein attraktiver Stadtteil für viele Menschen. Hier kann man mit der Natur
leben und sich in ihrer Nähe erholen. Aber auch die Infrastruktur der Innenstadt ist
gut erreichbar. Viele Menschen ziehen gerade deshalb nach Suchsdorf.

Viele ältere Menschen leben im Stadtteil. Langsam kommt es aber in den älteren
Wohnquartieren zu einem Generationswechsel.

2775 Das bedeutet: die Bedürfnisse von älteren Menschen und Jüngeren müssen in
Suchsdorf gleichermaßen erfüllt werden.

Mit Kindertagesstätten und anderer Kinderbetreuung ist

Suchsdorf insgesamt gut ausgestattet. Alle drei bis sechsjährigen Kinder können be-
reits jetzt eine Kita besuchen.

2780 Der Ausbau der Versorgung für die unter Dreijährigen muss weiter vorangebracht
werden.

2785 Das Ernst-Barlach-Gymnasium bleibt für Suchsdorfer Schülerinnen und Schüler eine wichtige weiterführende Schule. Dies ist bei der Kapazitätsplanung zu berücksichtigen. Der Bau einer neuen Mensa am Ernst-Barlach-Gymnasium ist möglichst bald vorzunehmen.

Die Stadtteilbücherei Suchsdorf ist auf Initiative der SPD erhalten und wieder mit hauptamtlichen Personal ausgestattet worden. Damit wurde eine wichtige Wahlausage der SPD eingelöst.

2790 Die kleineren Zentren am Rungholtplatz und Amrumring sind für die Nahversorgung in Suchsdorf wichtig, weil sie für die in der Nähe wohnenden Menschen, insbesondere für Ältere und mit Behinderung, fußläufig erreichbar ist.

Der Rungholtplatz wie auch die Ladenzeile am Amrumring bedürfen der Steigerung ihrer Attraktivität, auch durch bessere Grünpflege und Möglichkeiten zum Verweilen.

2795 Die Entwicklung beider Zentren hat mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erfolgen.

Der „Tante Emma“-Laden in Suchsdorf an der Au ist solange unbedingt zu erhalten, wie keine Verbesserung der Nahversorgung eintritt.

2800 In Suchsdorf gibt es derzeit nicht genügend Treffpunkte für Veranstaltungen. Die SPD will dafür das Grundstück des ehemaligen städtischen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes nutzen.

Der Stadtteil ist systematisch und unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf das Vorhandensein von Barrieren zu überprüfen. Diese sind dann schrittweise zu beseitigen.

2805 In dem neuen Wohnquartier an der Au gibt es nicht mehr viele Baulücken. Mit etwa 11.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Ortsbeiratsbezirk sollten weitere Wohngebiete vorerst nicht ausgewiesen werden. Punktuell ist Nachverdichtung denkbar. Nachverdichtung hat grundsätzlich unter umfassender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erfolgen.

2810 Insgesamt ist die verkehrliche Anbindung des Stadtteils in die Innenstadt sehr gut. Das gilt für den Bus und die Bahn. Punktuell sind hier noch Verbesserungen zu erreichen.

Immer mehr – insbesondere jüngere – Menschen verzichten auf ein Auto. Dies wird weitere Verbesserungen, zum Beispiel in der Vertaktung des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegebaus, erforderlich machen.

2815 **Wir für die nördliche Innenstadt** (↑)

2820 Die nördliche Innenstadt mit den Stadtteilen Ravensberg, Brunswik und Düsternbrook ist als zweites Hauptzentrum der Stadt ein Aushängeschild Kiels und der am dichtesten bewohnte Teil der Stadt. Sie ist geprägt von Einrichtungen der Universität und forschungsnahen Unternehmen, einem reichhaltigen Kulturangebot sowie einem attraktiven Einzelhandelsangebot.

Hier wohnen nicht nur viele, sondern auch sehr unterschiedliche Menschen. Junge Familien, Studierende, Singles und ältere Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse, auf die wir ganz speziell eingehen wollen. So wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Mieten im Quartier erschwinglich bleiben und Wohnraum für alle Einkommen angeboten wird. Auch das Angebot an Spiel- und Bolzplätzen wollen wir weiterentwickeln sowie möglichst viel Barrierefreiheit schaffen – angefangen beim Wohnraum bis hin zur barrierefreien und seniorenfreundlichen Nahversorgung.

Eine übergreifende Herausforderung ist die Unterstützung des nachbarschaftlichen Miteinanders. Wir wollen Nachbarschaftsprojekte, Straßenfeste und ähnliche Ideen anstoßen und unterstützen.

Die nördliche Innenstadt ist auch geprägt von einem hohen Verkehrsaufkommen, vielen Radfahrerinnen und -fahrern sowie vielen Haushalten mit mehr als einem Auto. Wir werden nach Lösungen suchen, um das Miteinander aller Verkehrsteilnehmer unter Einhaltung der Regeln zu ermöglichen. Da aus vielerlei Gründen wie der wachsenden Attraktivität der Einkaufsmeile Holtenauer Straße, der notwendigen Wohnraumverdichtung und zusätzlichen Arbeitsplätzen der Parkdruck in den Stadtteilen gestiegen ist, wollen wir alternative Angebote wie CarSharing unterstützen und den vorhandenen Parkraum auf Straßen, Plätzen und in Parkhäusern optimal nutzen.

Wir für Düsternbrook [\(↑\)](#)

Die Forstbaumschule, das Düsternbrooker Gehölz, der Blücherplatz, das Villenviertel, der Alte Botanische Garten mit dem Literaturhaus, das Universitätsklinikum, die Kiellinie und das Hindenburgufer prägen Düsternbrook. Das Polnische Theater, die Kunsthalle der Universität, das „metro-Kino“ und andere kulturelle Einrichtungen machen den Stadtteil unverwechselbar.

In Düsternbrook wollen wir „Wohnen mit Tradition“ verwirklichen. Wir wollen innovative Wohnprojekte für ältere Menschen unterstützen, z.B. den barrierefreien Umbau von Stadtvillen für „Senioren-WGs“. Wir wollen ein Netzwerk für Seniorinnen und Senioren fördern, das z.B. ambulante Pflegedienste, Fahrdienste, Essensservice, Friseur und andere Dienstleistungen ermöglicht, die telefonisch von den Seniorinnen und Senioren angefordert werden können.

Wir wollen Düsternbrook zu einem Stadtteil machen, der attraktiver wird für Familien mit Kindern. Wir wollen Pilotprojekte für familiengerechtes Wohnen fördern, das können zum Beispiel „Haus-WGs“ mit gemeinsam genutzten Wohnzimmern, Wohnküchen oder Balkonen sein. Das kann Kosten sparen und dadurch auch jungen Familien mit mittleren Einkommen das Wohnen in Düsternbrook ermöglichen. Zudem kann ein großer Vorteil in der Möglichkeit liegen, die Beaufsichtigung der Kinder, die Erledigung von Einkäufen, anfallende Gartenarbeiten und weitere Aufgaben gemeinschaftlich zu organisieren und dadurch einen höheren Handlungsspielraum der einzelnen Familien zu erzielen. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten der Kinderbetreuung verbessern und Angebote für Jugendliche schaffen.

Wir wollen nicht nur die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr, sondern auch die Parksituation verbessern, indem das Universitätsklinikum auf dem Klinikgelände mehr Stellplätze ausweist.

Wir wollen die Grünflächen und Spielplätze im Stadtteil pflegen und erhalten.

2865 **Wir für Ravensberg** (↑)

Ravensberg ist ein Stadtteil der Vielfalt. Vom beschaulichen „Stinkviertel“ geht er über in den Campus der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, das Kieler Innovations- und Technologiezentrum (KITZ), den Wissenschaftspark und das neue Regionale Berufsbildungszentrum Ravensberg. Sie bilden gemeinsam mit den Kindertagesstätten, den Goetheschulen und dem Gymnasium Ricarda-Huch-Schule ein außergewöhnliches „Bildungsquartier am Westring“, dessen räumliche Nähe wir für eine bessere Kooperation der Bildungseinrichtungen untereinander nutzen wollen.

2870

Im Stadtteil gibt es Gewerbegebiete am Nordfriedhof (z.B. L 3 ELAC Nautik) und rund um den Grasweg. Viele kleine Betriebe und Geschäfte im ganzen Stadtteil bieten eine große Variation an Arbeitsplätzen.

2875

Zu den markanten Wohngebieten gehören neben dem Stinkviertel und „Groß Kielstein“ auch das „Marineviertel“ und der Bereich rund um den Wasserturm am Ravensberg. Den Umbau des Wasserturms zu einem Wohngebäude wollen wir konstruktiv und im Sinne des Erhalts des Stadtteilwahrzeichens begleiten. Kulturelle Einrichtungen wie das Theater „Sechseckbau“ an der Universität und das Kulturzentrum „Hansa48“ machen den Ravensberg unverwechselbar.

2880

Wir haben das Baugebiet „Groß-Kielstein“ ausgewiesen, das überwiegend von jungen Familien bewohnt wird. Wir wollen qualitativ ansprechende Mietwohnungen besonders für Singles und junge Paare ermöglichen. Das Baulandangebot wollen wir nutzen für den Bau zusätzlicher familiengerechter Eigenheime, damit gerade junge Familien mit Kindern im Stadtteil angemessenen Wohnraum finden. Bei Modernisierungen des Altbaubestandes soll die Zusammenlegung von Wohnungen gefördert werden.

2885

Wir wollen die Anbindung des Stadtteils an den öffentlichen Personennahverkehrsangebots verbessern, indem wir die Taktfrequenzen der Busse erhöhen.

2890

Die alte Gleistrasse West führt vom Bahnhof Hassee zur Universität. Auf ihr werden wir einen Radschnellweg (Veloroute) bauen, die die Stadtteile Hassee, Hasseldieksdamm, Schreventeich und Ravensberg miteinander verbindet.

Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer können so umweltfreundlich und gesund „durch's Grüne“, schnell und weitgehend ohne Kreuzungen von den Universitätsstadtteilen in den Kieler Süden fahren.

2895

Wir für Brunswik (↑)

2900 Die Brunswik wird bestimmt durch den Knooper Weg und das Einkaufszentrum der Holtenauer Straße. Das Schauspielhaus ist eine wichtige städtische Kultureinrichtung im Stadtteil. Eine lebendige Gastronomie- und Kneipenszene prägt den Stadtteil.

2905 Wir wollen Brunswik als familienfreundlichen, innenstadtnahen Wohnstandort entwickeln. Dazu wollen wir das vorhandene Baulandpotenzial zur Schaffung zusätzlichen familiengerechten Wohnraums nutzen. Es soll geprüft werden, welche Flächen im Stadtteil sich für den Bau innovativer und flächensparender Wohnformen für Familien eignet, z.B. Stadthäuser. Bei der Modernisierung von Altbauwohnungen streben wir die Schaffung von altengerechten und barrierearmen Wohnungen an. Wir wollen ein Netzwerk für Seniorinnen und Senioren fördern, das z.B. ambulante Pflegedienste, Fahrdienste, Essensservice, Friseur und andere Dienstleistungen ermöglicht, die telefonisch von den Seniorinnen und Senioren angefordert werden können.

2910 Wir für Schreventeich (↑)

2915 Der Stadtteil Schreventeich ist bunt gemischt: Vom Schrevenpark über den Wilhelmplatz mit dem „Franzosenviertel“ rund um die Metzstraße, dem Städtischen Krankenhaus und dem Exerzierplatz. Hier steht das Heizkraftwerk „Humboldtstraße“ der Stadtwerke. Die Humboldtschule ist als Gymnasium zentrale Schule im Stadtteil. Die Diskotheken- und Veranstaltungszentren sind Treffpunkt für Jung und Alt, ebenso wie die Niederdeutsche Bühne am Wilhelmplatz.

2920 Wir wollen rund um den Wilhelmplatz, am Knooper Weg und am Exerzierplatz ein preisgünstiges und innenstadtnahes Wohnungsangebot für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen, besonders für Studierende, ermöglichen. Dazu wollen wir gastronomische und sonstige infrastrukturelle Einrichtungen ermöglichen, die besonders junge Paare und Singles ansprechen.

2925 Älteren Menschen wollen wir möglichst lange ein selbständiges Wohnen in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Dazu wollen wir innovative Projekte zum Service-Wohnen fördern.

Rund um den Schrevenpark wollen wir innenstadtnahes Wohnen sowohl für junge Familien als auch für ältere Menschen ermöglichen. Das wenige Baulandpotenzial wollen wir für den Bau von Wohnungen nutzen.

2930 Wir treten ein für den dauerhaften Erhalt der Lessinghalle als öffentlich genutztes Gebäude. Deshalb wollen wir die Lessinghalle umbauen, sodass darin eine Sporthalle, eine Kindertagesstätte mit mehreren Gruppen und Klassenräume für die nahe gelegene Humboldt-Schule Platz finden. Die Humboldt-Schule selbst soll eine eigene Mensa auf ihrem Schulgelände bekommen.

2935 Die alte Gleistrasse West führt vom Bahnhof Hassee zur Universität. Auf ihr werden wir einen Radschnellweg (Veloroute) bauen, die die Stadtteile Hassee, Hasseldieksdamm, Schreventeich und Ravensberg miteinander verbindet.

Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer können so umweltfreundlich und gesund „durch's Grüne“, schnell und weitgehend ohne Kreuzungen von den Universitätsstadtteilen in den Kieler Süden fahren.

Wir für Hasseldieksdamm (↑)

2940 Hasseldieksdamm hat sein klassisches Gesicht über viele Jahre bewahrt: Die Hofholzallee mit ihren einfachen Villen, der alte Dorfkern und eine klassische Siedlungsbauweise. Wir wollen Hasseldieksdamm bewahren und das Wohnen in guter Nachbarschaft fördern.

2945 Wir wollen den Generationenwechsel im Stadtteil fördern und attraktive Seniorenwohnungen schaffen. Dazu sollten vorhandene Mietwohnungsbestände zu Seniorenwohnungen mit angeschlossenen, an die individuellen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner anpassbaren Serviceleistungen umgebaut werden. Die optionalen Serviceangebote sollten Dienstleistungen wie z. B. Einkaufsservice, Friseure, die ins Haus der Kunden kommen, Gesundheitsdienstleistungen (Krankengymnastik, Massage, häusliche Pflege) umfassen. Zur Verbesserung der Nahversorgung setzen wir uns auch für mobile Angebote der Nahversorgung und bei Dienstleistungen ein („fliegende Händler“).

Wir wollen nur eine sanfte Ergänzung des Wohnungsbestandes – keine neuen großen Baugebiete, sondern den Schluss von Baulücken.

2955 Wir wollen das Stadtteilzentrum am Russeer Weg/Hofholzallee durch eine umfassende Sanierung aufwerten. Der Durchgangsverkehr durch den Stadtteil wird durch den Bau der neuen Zufahrt zum CITTI-Park über die Autobahn und die Bundesstraße B 76 reduziert werden. Damit wird auch Lärmschutz für den Stadtteil Hasseldieksdamm, speziell auch die Siedlung Hasselrade, verwirklicht.

2960 Das Freizeitangebot für Jugendliche wollen wir verbessern.

Die alte Gleistrasse West führt vom Bahnhof Hassee zur Universität. Auf ihr werden wir einen Radschnellweg (Veloroute) bauen, die die Stadtteile Hassee, Hasseldieksdamm, Schreventeich und Ravensberg miteinander verbindet.

2965 Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer können so umweltfreundlich und gesund „durch's Grüne“, schnell und weitgehend ohne Kreuzungen von den Universitätsstadtteilen in den Kieler Süden fahren.

Wir für die Altstadt (↑)

2970 Die Altstadt ist die „gute Stube“ Kiels: Hier sind das Alte und das Neue Rathaus, die Holstenstraße – die älteste Fußgängerzone Deutschlands –, das Opernhaus und das Stadtmuseum „Warleberger Hof“, das Schifffahrtsmuseum und die Stadtgalerie, das Kieler Kloster, der Schlossgarten, der Prinzensgarten, der Ratsdienergarten und der Hiroshimapark. Das Kieler Schloss und der Konzertsaal, das Kulturzentrum „Pumpe“ mit dem Kommunalen Kino, die Ostseehalle/Sparkassenarena und die Muthesius-Kunsthochschule sind weitere wichtige kulturelle Einrichtungen der Altstadt.

- 2975 Nachdem die Karstadtfiliale am Alten Markt geschlossen wurde, haben wir durch eine geordnete Stadtentwicklung dafür gesorgt, dass so schnell wie möglich ein neues Einzelhandelshaus an die Stelle der abgerissenen Karstadtfiliale gebaut worden ist. Heute öffnet dort als Folge dieser Politik ein modernes Geschäftshaus seine Türen – mit neuen Arbeitsplätzen im Einzelhandel.
- 2980 Wir haben das Gelände der „Alten Feuerwache“ als Baugebiet für neue Wohnungen ausgewiesen; dabei sind auch Wohnungen für Studierende vorgesehen.
Nach dem Umzug der Muthesius-Kunsthochschule in die Legienstraße soll die Stadt auf dem frei gewordenen Gelände am Lorentzendam für den Bau bezahlbarer Wohnungen sorgen.
- 2985 Bei der Modernisierung von Altbauwohnungen wollen wir, dass größere Wohneinheiten für Familien mit Kindern geschaffen werden, z.B. indem Wohnungen zusammengelegt werden. Damit Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil bleiben können, streben wir an, dass bisherigen Mietwohnungen an die Mieter als Eigentumswohnungen verkauft werden können.
- 2990 Die Freizeitinfrastruktur für jüngere Menschen – z.B. gastronomische Einrichtungen, Kneipen oder ähnliches – soll erhalten und ausgebaut werden.

Wir für die südliche Innenstadt und rund um den Südfriedhof [\(↑\)](#)

- Die südliche Innenstadt/Südfriedhof ist ein geschichtsträchtiger Stadtteil, in dem man „mittendrin“ in Kiel lebt. Hier sind der Bahnhof, der Schützenpark, die Moorteichwiese, der jüdische Friedhof, die Gerichte und das Regionale Bildungszentrum am Königsweg und an der Gellertstraße.
- 2995 Wir wollen mehr Wohnraum und das erforderliche Wohnumfeld für Familien entwickeln. Altbauwohnungen sollen zu familienfreundlichen Wohnungsgrößen zusammengelegt werden. Wir wollen Angebote für Jugendliche schaffen und die Kinderspielplätze im Stadtteil erhalten.
- 3000 Auch ältere Menschen, die vom Land wieder in die Stadt ziehen, sollen hier attraktive Wohnungen finden. Wir wollen zusätzliche Wohnungsangebote für ältere Menschen, die möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden wohnen wollen. Dazu wollen wir innovative Projekte des Service-Wohnens fördern und neue Formen generationsübergreifenden Wohnens entwickeln.
- 3005 Die altengerechte Wohnungsausstattung wollen wir vorantreiben, z. B. indem wir die Nachrüstung von Altbauwohnungen mit Aufzügen ermöglichen. Aufzüge sind eine wesentliche Voraussetzung für die Barrierefreiheit. Aufzüge sollen deshalb baurechtlich zugelassen und Anreize für den Einbau dieser Aufzüge gesetzt werden
- 3010 Wir wollen das historisch gewachsene Stadtbild am Südfriedhof erhalten und setzen uns für eine Erhaltungssatzung rund um die Kirchhofallee ein.
Zu einem attraktiven Wohnumfeld gehören auch Hinterhöfe, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner gerne aufhalten. Das stärkt Nachbarschaften und das

3015 Gefühl, gemeinsam in einem Quartier zusammenzuleben. Kinder können so gefahrloser spielen. Wir wollen deshalb, dass Hofflächen entsiegelt und mehr begrünt werden. Voraussetzung ist die Bereitschaft der Eigentümerinnen und Eigentümer, die wir durch Beratungen und Hilfe bei der Gestaltung unterstützen wollen.

3020 Die Moorteichwiese und der Schützenpark bieten Kielerinnen und Kielern Raum für Erholung und Freizeitgestaltung. Wir setzen uns für eine attraktive Gestaltung dieser Grünflächen mit einem vorgeschalteten Werkstattverfahren ein

Um mehr Parkplätze im Stadtteil zu schaffen, wollen wir den Bau von Mietgaragen im Quartier unterstützen. Die Beleuchtung der Straßen und Wege rund um den Südriedhof muss so verbessert werden, dass es keine „Angsträume“ gibt.

3025 Die Neugestaltung der Schullandschaft hat dazu geführt, dass sich Schülerinnen und Schüler länger am Tag in der Schule aufhalten. Deshalb müssen an den Schulen auch geeignete Räumlichkeiten für ein warmes Mittagessen angeboten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Pläne zum Bau von Schulmensen an der Max-Planck-Schule und an der Käthe-Kollwitz-Schule in den kommenden Jahren verwirklicht werden.

3030 **Wir für Mettenhof** (↑)

In Mettenhof gibt es die Vielfalt der Kulturen und des Wohnens, vom Einfamilienhaus bis zur Hochhaussiedlung. Hier gibt es gute Einkaufsmöglichkeiten im Einkaufszentrum Mettenhof und zum Einkaufszentrum Jütlandring, hier sind soziale Einrichtungen wie das Servicehaus der Arbeiterwohlfahrt in der Vaasastraße und der Jugendbauerhof sowie gute kulturelle Angebote wie „Hof Akkerboom“.

3040 Wir kümmern uns um unser Mettenhof. So haben wir dafür gesorgt, dass nach langem Warten die Schule am Heidenberger Teich eine Turnhalle und eine Mensa erhalten hat und gebundene Ganztagschule geworden ist. Wir haben über das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ einen Naherholungspark am Heidenberger Teich geschaffen. Die Schulhöfe am Bildungszentrum Mettenhof und an der Max-Tau-Schule werden neu gestaltet. Durch unsere Initiative ist das Stadtteilbüro mit seinen Mitarbeiterinnen von der Stadt übernommen worden und damit für die Zukunft gesichert. Für über 4 Mio. Euro haben wir Schulen und Kindertagesstätten in Mettenhof saniert, z.B. die Schule am Göteborgring. Neue Krippen-, Hort- und Kindergartenplätze sind geschaffen worden, und die Schulsozialarbeit wurde verstärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass in Mettenhof ein breites und attraktives Schulangebot gesichert ist.

3050 Wir haben den Verkauf der Mettenhofer Erbbaugrundstücke an private Investoren („Finanzheuschrecken“) verhindert und die Erbpacht auch für die Zukunft erhalten. So können besonders Familien mit Kindern und mittlerem Einkommen ein eigenes Heim in Mettenhof bauen.

Und: Wir haben die notwendigen Beschlüsse gefasst, aufgrund derer der Skandinavienendamm zwischen Bergenring und Claus-Sinjen-Weg grundlegend erneuert worden ist.

Wir wollen in Zukunft ein Musterprojekt „Miteinander und Füreinander - Leben im Stadtteil“ entwickeln lassen und umsetzen, mit dem das Zusammenleben von Jungen und Alten, Frauen und Männern, Familien und Singles, Menschen mit und ohne Behinderungen sowie von Deutschen und Migrantinnen und Migranten verbessert werden soll. Eine vorbereitende Untersuchung zu den Bedürfnissen im Stadtteil soll als integriertes Stadtteilentwicklungskonzept gemäß dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Kiel (INSEKK) über die bisherigen Ansätze wie den Sozialraumbericht der Stadt Kiel hinausgehen, indem weitere Aspekte wie Kultur, Wirtschaft u.a. berücksichtigt und auch bisherige Gutachten integriert werden. Auf dieser Grundlage sollen dann unter professioneller Hilfe und mit gezielten Anleitungen Hilfsangebote und Aktivitäten, wie Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfen und Patenschaften in eigener Regie ehrenamtlich organisiert werden.

Wir setzen uns für die energetische Sanierung des Bildungszentrums Mettenhof (BZM) und für die Sanierung der Sportstätten ein.

Wir für Hassee [\(↑\)](#)

Hassee ist das „grüne Herz“ Kiels, geprägt durch das Vieburger Gehölz mit dem Fernsehturm, die vielen Ein- und Mehrfamilienhäuser und die Tiergehege zwischen Hassee und Russee. Hier sind die Siedlergemeinschaft stark und die Stadtwerke Kiel AG, der CITTI-Park, Plaza und IKEA wichtige Arbeitgeber.

Wir wollen das vorhandene Baulandpotenzial nutzen, damit Ein- und Zweifamilienhäuser im mittleren Preissegment gebaut werden können, die besonders für Familien mit Kindern attraktiv sind. Den Bestand von Mehrfamilienhäusern wollen wir für innovative Wohnformen nutzen, in denen besonders Seniorinnen und Senioren bei Bedarf Serviceangebote in Anspruch nehmen können.

Wir wollen die Eigentumsbildung im Altbauwohnungsbestand zugunsten von Menschen mit geringeren Einkommen fördern.

Die Stadteilkultur und das nachbarschaftliche Zusammenleben wollen wir unterstützen. Wir wollen eine bessere Anbindung von Hassee an den öffentlichen Personennahverkehr, z.B. durch höhere Taktfrequenzen der Busse.

Die alte Gleistrasse West führt vom Bahnhof Hassee zur Universität. Auf ihr werden wir einen Radschnellweg (Veloroute) bauen, die die Stadtteile Hassee, Hasseldiekdamm, Schreventeich und Ravensberg miteinander verbindet.

Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer können so umweltfreundlich und gesund „durch's Grüne“, schnell und weitgehend ohne Kreuzungen von den Universitätsstadtteilen in den Kieler Süden fahren.

Wir für Russee, Hammer und Demühlen [\(↑\)](#)

Die Stadtteile Russee, Hammer und Demühlen sind sehr unterschiedlich, nicht nur was die Zahl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner angeht. Eines ist ihnen gemeinsam: Die Menschen leben gern hier im Kieler Südwesten.

3095 Gewachsene Siedlungsbereiche und Neubaugebiete, Ein- und Mehrfamilienhäuser prägen das Bild der Bebauung. Mit dem Vorderen Russee, dem Mühlenteich, der Russeer Au, der Kuhfurtsau, dem Eiderwanderweg und dem Tiergehege Hammer ist der Erholungswert groß.

3100 Die Entscheidung der SPD und ihrer Kooperationspartner in dieser Wahlperiode, auf den Drittverkauf der Kieler Erbpachtgrundstücke an private Investoren zu verzichten, hat vielen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem in Hammer, ihre verdiente Sicherheit zurückgegeben.

Die Neuansiedlung des EDEKA-Lebensmittelmarktes hat die Nahversorgung im „Berliner Viertel“ als größtem zusammenhängenden Wohngebiet in den Stadtteilen wiederhergestellt.

3105 Mit dem Neubau der städtischen Kindertagesstätte für drei Mio. Euro, der Erneuerung von Straßen (z.B. Ihlkatenweg, Köpenicker Straße), Verkehrssicherheitsmaßnahmen (u.a. Spreeallee, Rendsburger Landstraße), Erneuerungen auf Spielplätzen (Zehlendorfer Straße) und Umbauten für mehr Barrierefreiheit (Haltestelle Gatowweg) haben unsere Stadtteile von den Entscheidungen der Mehrheitskooperation im Rathaus seit 2008 kräftig profitiert.

3110 Die gute Lebensqualität in Russee, Hammer und Demühlen wollen wir erhalten und weiter ausbauen:

Wir wollen das Zusammenleben der Menschen fördern und unterstützen das Engagement der Vereine, Verbände, Institutionen und privater Initiativen.

3115 Wir wollen die noch vorhandenen Bauflächen zur Errichtung zusätzlicher Familien- und altersgerechter Wohnungen unter Einbeziehung der Interessen der bereits ansässigen Einwohnerinnen und Einwohner nutzen. Den seniorengerechten Umbau bereits bestehender Wohnungen werden wir fördern – bezahlbar auch für alte Menschen mit geringem Einkommen. Weil Energieeinsparung Umwelt und Verbraucher entlastet, setzen wir uns dafür ein, dass die Beratungsangebote über Fördermöglichkeiten energetischer Gebäudeanierung durch Stadt und Stadtwerke verstärkt werden.

3120 Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder wollen wir weiter verbessern; die gerade neu entstandene städtische Kindertagesstätte in Russee bietet hierzu moderne bauliche und pädagogische Voraussetzungen.

3125 Der seit einigen Jahren feststellbare erhöhte Wasserstand der Eider hat in Hammer zu Problemen für die Bürgerinnen und Bürger geführt: Das befürchtete Eindringen von Wasser in Keller ist in einigen Bereichen bereits eingetreten. Die Wanderwege entlang der Eider sind zeitweise überschwemmt. Der Weg zwischen Russee und Hammer längs der Russeer Au – die kürzeste fußläufige Verbindung zwischen den
3130 beiden Stadtteilen – ist für eine zunehmende Dauer unabhängig von der Jahreszeit nicht mehr benutzbar.

Wir unterstützen alle Bemühungen sowohl von privater Seite als auch von Kommunal- und Landesbehörden, zusammen mit den Wasser- und Bodenverbänden, eine

3135 tragfähige Lösung zu erarbeiten, die den berechtigten Interessen der Bewohner und der Natur Rechnung trägt.

Die Infrastruktur (z.B. die Außensportanlagen des TSV Russee und der Uwe-Jens-Lornsen-Schule) muss weiter zeitgemäß und den Bedürfnissen aller Altersgruppen entsprechend (z.B. sichere Kinderwege, seniorengeeignete Möblierung des Naherholungsraumes) saniert und ausgebaut werden.

3140 Wir wollen die Stadtteile als Wohnstandort auch für Seniorinnen und Senioren attraktiv halten. Die sozialen und kulturellen Angebote insbesondere für die wachsende Zahl älterer Menschen müssen nachfragegerecht ausgeweitet werden. Dazu werden wir auch alle bürgerschaftlichen Initiativen unterstützen.

3145 **Wir für Meimersdorf, Wellsee, Kronsburg, Moorsee, Schlüsbek und Rönne** (↑)

Die Stadtteile Meimersdorf, Wellsee, Kronsburg, Moorsee, Schlüsbek und Rönne machen den „grünen Süden“ unserer Stadt aus. Hierher ziehen besonders Familien gerne, die eigene Häuser bauen wollen. Für uns ist wichtig: Wer in Meimersdorf oder Moorsee wohnen will, soll nicht wegen zu hoher Preise für das Bauland in die Um-

3150 landgemeinden ausweichen müssen. Und im Gewerbegebiet in Wellsee an der Bundesautobahn A 21 sind viele wichtige Arbeitgeber der Stadt ansässig.

In Meimersdorf benötigt der Sportverein Rot-Schwarz Kiel aufgrund des Neubaugebiets erweiterte Sportplätze. Wir wollen den Sportverein unterstützen und gemeinsam Ideen entwickeln, wie die geringen Ausbauflächen so effektiv wie möglich genutzt werden können.

3155

Vor der Errichtung eines „Windparks“ zwischen Meimersdorf und Flintbek wollen wir die Bürgerinnen und Bürger umfassend beteiligen. Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr wollen wir verbessern.

Wir kümmern uns um eine bessere Nahversorgung in Wellsee und fassen eine Lösung in der Segeberger Landstraße/Liselotte-Hermann-Straße ins Auge. Im Rahmen unseres „Aktionsprogramms Sport“ setzen wir uns für die Errichtung einer Sporthalle in Wellsee ein .

3160

Die Betreute Grundschule in Kronsburg wird in Zukunft ausgebaut werden. In diesem Stadtteil haben wir die Schulwegsituation – und damit die Situation aller Fußgängerinnen und Fußgänger – durch befestigte Gehwege im Kuhlacker und im Poppenbrügger Weg erheblich verbessert. Trotzdem ist die Verkehrssituation in Kronsburg und Poppenbrügge noch verbesserungswürdig. Wir wollen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger im gesamten Stadtteil eine beruhigte und geregelte Verkehrssituation herbeiführen, die die Sicherheit aller Einwohnerinnen und Einwohner und besonders der Kinder, Schülerinnen und Schüler und älterer Menschen berücksichtigt. Wir unterstützen die Hinterlandbebauung im Stadtteil, wo sie gewünscht wird.

3170

Wir wollen, dass seniorengeeignete Wohnungen vor allem in Wellsee, Kronsburg und Rönne zu bezahlbaren Mietpreisen geschaffen werden. Und wir wollen zusätzliche

3175 Wohnungsangebote für ältere Menschen, die möglichst lange selbständig in den eigenen vier Wänden wohnen wollen. Dazu wollen wir innovative Projekte des Service-Wohnens fördern.

In Moorsee wollen wir die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ausbauen.

3180 Bei der Weiterführung der Autobahn A 21 und den damit verbundenen Zu- und Abfahrten setzen wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen fort und berücksichtigen dabei die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner.

Wir für Elmschenhagen und Kroog (↑)

3185 Am südöstlichen Stadtrand liegen Elmschenhagen und Kroog. Elmschenhagen-Nord ist fast ausschließlich von Reihenhäusern geprägt, die in den dreißiger und vierziger Jahren für die Angehörigen der Marine und die Werftarbeiter errichtet wurden. Die „Gartenstadt Elmschenhagen“ ist Stadtteil für Familien mit Kindern mit sehr guten Betreuungsmöglichkeiten, hier befinden sich zahlreiche Kindertagesstätten und Schulen, zwei Jugendtreffs und drei Sportvereine. In Elmschenhagen-Süd gibt es viele frühere Werkswohnungen der HDW und mehrere Seniorenwohnanlagen, z.B. das Lisa-Hansen-Haus. Kroog ist eher ländlich geprägt mit Einfamilienhäusern, dem Rönner Gehölz und dem Wellsee. Hier sind auch die Marie-Christian-Heime, eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen mit einer Werkstatt. Stadtkultur wird großgeschrieben: Dazu gehören die Stadtbücherei in Elmschenhagen, der Männergesangsverein, „Kultur vor Ort“ aus Kroog und die „Naturfreunde Kroog“.

3195 Wir haben in den letzten Jahren bereits einige Ziele erreicht. Die Nahversorgung in Kroog wurde durch die Einrichtung eines kleinen Geschäftes verbessert. Der Ortsbus Linie 8 wurde eingerichtet, der Bahnhof in Elmschenhagen wiedereröffnet und der Bahnübergang „Stechwiese“ ausgebaut. Der Wanderweg rund um den Wellsee ist beschlossen und die Lili-Martius-Gemeinschaftsschule bekommt An- und Umbauten.

3200 Wir wollen die Modernisierung der Wohnungsbestände unterstützen, indem wir die privaten Eigentümerinnen und Eigentümer beraten, z.B. über Fördermöglichkeiten für energetische Sanierungen. Anbauten an die bestehenden Wohnungen sollen zugelassen werden, damit die Wohnungen größer werden können.

3205 Wir wollen vorhandene Baulandpotenziale für den Bau zusätzlicher Wohnungen für Familien mit Kindern und für ältere Menschen nutzen. Dazu wollen wir ein Netzwerk für Seniorinnen und Senioren fördern, das z.B. Fahrdienste, Essensservice, Friseur und andere Dienstleistungen ermöglicht, die telefonisch von den Seniorinnen und Senioren angefordert werden können.

3210 Nach der Wiedereröffnung des Bahnhofes Elmschenhagen muss nun auch der Haltepunkt Kroog umgesetzt werden. Er ist unerlässlich für die Anbindung von Kroog sowie für das Schulzentrum. Mit dem Haltepunkt wird dann der Stadtteil näher an das Zentrum Kiels gebracht. Die Nahversorgung in Elmschenhagen/Kroog muss weiterhin gewährleistet bleiben. Dazu gehört der Ausbau des SKY Marktes in Elmschenhagen Süd am Bebelplatz.

3215 Wir wollen die Stadtteilkultur in Elmschenhagen und Kroog unterstützen und erhalten.

Wir für Gaarden (↑)

3220 Gaarden ist ein bunter und lebendiger Stadtteil. Zwischen Vineta-Platz, Schwarzlandwiese, Krupp'scher Siedlung am Ostring/Preetzer Chaussee, Ida-Hinz-Park, Werftpark und Germania-Hafen sind wichtige öffentliche Einrichtungen wie das Regionale Berufsbildungszentrum Technik, das Mehrgenerationenhaus, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter. Soziale Probleme wie die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und die Kinderarmut fordern die ganze Stadt heraus. In Seniorenwohnanlagen wie dem Gertrud-Völker-Haus oder dem Gustav-Schatz-Hof sind ältere Menschen zuhause.

3225 Gaarden haben die Werften HDW und „Abu Dhabi Mar Kiel“ und außerdem zwei Betriebshöfe der Kieler Verkehrsgesellschaft ihren Sitz; die Technische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität, die Schulen und die Arbeiterwohlfahrt sind wichtige Einrichtungen im Stadtteil. Kultur wird großgeschrieben in Gaarden, u.a. mit dem Kinder- und Jugendtheater im Werftpark, der Musikschule, der KünstlerInneninitiative K

3230 34 und der „Räucherei“ an der Preetzer Straße. Kulturelles und gesellschaftliches Engagement für einen sozialen Zusammenhalt leisten darüber Sportvereine, Migrantenselbstorganisationen, Förderverein Gaarden und Büchereiverein „Gaarden liest! und zahlreiche soziale Organisationen und Einrichtungen, darunter die Sozialkirche und Hempels und Einzelpersonen.

3235 In Gaarden haben wir vieles verbessert: Zum Beispiel haben wir das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ und das Stadtteilmanagement fortgesetzt. Das Vinetazentrum mit der Stadtteilbücherei Gaarden haben wir stabilisiert. Den Sport- und Begegnungspark haben wir fortentwickelt und dabei das Freibad Katzheide einbezogen. Wir haben ein „Wirtschaftsbüro Gaarden“ eingerichtet, um das Geschäftszentrum in

3240 der Elisabethstraße zu unterstützen, und wir wollen das Potential der Kreativwirtschaft für Gaarden erschließen. Wir haben die Gemeinschaftsschule am Brook mit Mensa errichtet und das Regionale Berufsbildungszentrum (RBZ) Technik in Gaarden. Erste Kooperationen mit der Fachhochschule Kiel und anderen Partnern stärken das Ostufer als Technikstandort. Wir haben weitere Kindertagesstätten gebaut, um

3245 die Betreuung unserer Kinder zu verbessern. Und wir beobachten unsere Stadt und unseren Stadtteil sorgfältig durch Fachleute, die mit einem „Sozialraumbericht“ fundierte Vorschläge unterbreiten, was man noch besser machen kann. Dazu haben wir die Suchtbekämpfung und Straßensozialarbeit so eingerichtet, dass die betroffenen Menschen sie ohne Hürden erreichen können.

3250 Wir wollen Gaarden einbetten als Teil des Kieler Stadtzentrums mit eigenem multikulturellem und kreativem Charme, mit besonderen Angeboten zum Einkaufen, Wohnen, Leben, Kultur, Arbeiten für Jung und Alt, Familien und Alleinstehende. Sowohl die Projekte der „Sozialen Stadt“ und des Stadtteilmanagements als auch die Arbeit des „Wirtschaftsbüros Gaarden“ wollen wir darum stabilisieren und ausbauen. Sucht-

3255 hilfe und Straßensozialarbeit wollen wir ebenso weiterentwickeln, wie wir neue Maßnahmen für mehr Sauberkeit und Sicherheit im Stadtteil erproben wollen, z.B. durch

verstärkte niedrigschwellige Angebote zur Selbsthilfe mit Arbeitsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten.

3260 Die Elisabethstraße wollen wir als Einkaufsstraße stärken, indem wir einen Geschäftemix fördern – mit lokalem Potential und Kreativwirtschaft.

3265 Gaarden soll Bildungsstandort von der Kindertagesstätte bis zum Gymnasium sein, einschließlich der Umsetzung der Hans-Christian-Andersen-Schule in einer attraktiven Stadtteilschule mit gezielten qualifizierten Angeboten. Darüber hinaus benötigt der Stadtteil ein durchgängig gebundenes Ganztagsschulangebot. Wir wollen das Regionale Bildungszentrum (RBZ) Technik mit der Fachhochschule Kiel und der Technischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vernetzen.

3270 Wir wollen den Sport- und Begegnungspark Gaarden unter Einbeziehung des Freibades Katzheide ausbauen und die Sportvereine und diejenigen Sportlerinnen und Sportler, die nicht Mitglied in einem Verein sind, stärken: Gaarden soll „Sportstützpunkt“ mit Beratungstätigkeiten für sportliche Aktivitäten und Vereine und für die Nutzung des Sport- und Begegnungsparks werden.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Schulen weiterentwickeln und die Sprachenausbildung stärken: Gaarden ist ein „Europa-Stadtteil“. Wir wollen die Migrantenorganisationen in die Stadtteilentwicklung einbeziehen.

3275 Wir wollen Bewohnerinitiativen stärken und Genossenschaften im Stadtteil unterstützen und Initiativen für neue Wohnformen im Rahmen einer stadtteilorientierten Wohnungspolitik etablieren. Gaarden soll auch ein Stadtteil für studentisches Wohnen werden. Wir wollen auch die Jugendbeteiligung und Jugendarbeit im Stadtteil stärken. Gaarden soll ein für alle Bevölkerungsgruppen lebenswerter Stadtteil bleiben.

3280 **Wir für Ellerbek** (↑)

3285 Ellerbek ist geprägt durch seine vielen Einzel- und Reihenhäuser und seine jüngere Geschichte als Stadtteil der Werftarbeiter und der Marineangehörigen. Direkt an der Förde ist der Arsenalbetrieb Kiel des Marinearsenals, einem der wichtigsten Ausbildungsbetriebe in ganz Schleswig-Holstein. An seine besondere Geschichte als Fischerdorf, in der die ersten Kieler Sprotten geräuchert wurden, erinnern nur noch wenige Räuchereigebäude. In Ellerbek gibt es u.a. ein Förderzentrum für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung. Für sie aber auch für die älteren Menschen und die Kinderwagen der Familien müssen Gehwege und Bordsteinkanten behindertengerecht umgebaut und die Ausleuchtung der Straßen optimiert werden.

3290 Wir wollen die Modernisierung des Wohnungsbestandes in Ellerbek unterstützen. Das Modellprojekt "Wohnen mit Kindern in der Stadt" wird fortgesetzt und soll zu baulichen Verbesserungen genutzt werden.

3295 Eine attraktive neue Platzgestaltung wie z.B. am Tilsiter Platz soll auch an anderen Plätzen zu einer Attraktivierung des umliegenden Mietbestandes und zu einer Verbesserung des Images des Stadtteils beitragen. Das Baulandpotenzial wollen wir nutzen, damit kostengünstige Eigenheime für Familien gebaut werden können. Hier-

für könnten angrenzende Bereiche an die Nachbarstadt Schwentinental sowie den Nachbarstadtteil Elmschenhagen untersucht werden.

3300 Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen, die direkt an der Wasserkante Anlagen betreiben, die Zugangsmöglichkeiten zum Fördeufer verbessern und damit die Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten im Stadtteil deutlich verbessern. Die ertüchtigten Parkanlagen Volkspark, Stadtrat-Hahn-Park und Schwanenseepark sollen als attraktive Naherholungsziele weiter gefördert werden.

3305 Die vom Bundesminister der Verteidigung angeordnete Schließung des Marinearsenalbetriebs lehnen wir ab. Nach wie vor werden militärische Einrichtungen wie die Wehrtechnische Dienststelle 71 auf dem Gelände tätig sein, Altlasten im Boden erschweren eine andere Nutzung. Die Verlagerung des Arsenalbetriebs nach Wilhelmshaven und die Privatisierung seiner Aufgaben wird die Instandhaltung der Schiffe der Marine nur verteuern und schadet so dem Gemeinwesen insgesamt. Für den in un-
3310 mittelbarer Nähe zum Arsenal und zur Förde befindlichen Bereich von Alt-Ellerbek, soll ein Masterplan erstellt werden, der dieses besondere Mischgebiet aus Wohnen und Gewerbe aus seinem "Dornröschenschlaf" erweckt und in seiner Struktur wie auch in seiner Bebauung attraktiver werden lässt.

Wir für Wellingdorf (↑)

3315 In Wellingdorf mündet der Fluss Schwentine in die Kieler Förde. Die alte und die neue Schwentinebrücke machen Wellingdorf unverwechselbar. Mietwohnungen aus den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren prägen des Stadtbild. Hier gibt es eine gute Nahversorgung und eine gute Anbindung an den Busverkehr. Verschiedene Schulen wie das Gymnasium oder die Theodor-Storm-Gemeinschaftsschule zeichnen Wellingdorf aus. Der Zugang zur Schwentinemündung und zum Fördeufer ist
3320 deutlich verbessert worden. Wichtige Arbeitgeber sind z.B das Helmholz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR) und die IBAK Helmut Hunger GmbH & Co. KG, der weltweit größte Hersteller von modernen Kanalinspektionssystemen. Am Seefischmarkt ist ein maritimes Wirtschafts- und Technologiezentrum der Stadt ansässig, hier
3325 steht auch die Probebühne der städtischen Bühnen.

Wir wollen das vorhandene Baulandpotenzial für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum nutzen, der so attraktiv und gleichzeitig bezahlbar ist, dass er auch nachgefragt wird. So wollen wir den Leerständen im Stadtteil entgegenwirken.

3330 Wir wollen seniorengerechte Wohnungsangebote ermöglichen durch den Umbau bestehender Mietwohnungen.

Wir unterstützen eine Imagekampagne für Wellingdorf, damit mehr Menschen als bisher in diesen Stadtteil ziehen.

Wir für Neumühlen-Dietrichsdorf (↑)

3335 Der Stadtteil Neumühlen-Dietrichsdorf ist der nördlichste Kieler Stadtteil am Ostufer der Förde. Ein Großteil des Wohnungsbestandes stammt aus den 1960er und

1970er Jahren und bietet preisgünstige Mietwohnungen. In Neumühlen-Dietrichsdorf ist der Campus der Fachhochschule Kiel. Hier haben wichtige Unternehmen und Einrichtungen Kiels ihren Sitz wie der Ostuferhafen, das Gemeinschaftskraftwerk und die Kompass-Reha-Klinik. In Neumühlen-Dietrichsdorf findet sich mit der "Kulturinsel Dietrichsdorf" die größte zusammenhängende Ansammlung von kulturellen Einrichtungen in Kiel, darunter den Mediendom und das Planetarium der Fachhochschule, das "Industriemuseum Howaldtsche Metallgießerei", mehrere museale Einrichtungen und eine eigene Stadtteilbücherei.

Es gibt Seniorenwohnanlagen, eine gute Nahversorgung, vor allem durch das Stadtteilzentrum „Langer Rehm“. Von den Grundschulen bis zur Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe sind alle Schulformen im Stadtteil vertreten.

Wir wollen das Baulandpotenzial für Mehrfamilienhäuser nachfragegerecht nutzen, damit mehr Menschen als bisher nach Dietrichsdorf ziehen. Deshalb wollen wir auch das preisgünstige Wohnungsangebot erhalten.

Wir wollen die vorhandenen Altbauwohnungen aus den sechziger und siebziger Jahren altengerecht anpassen. Dazu wollen wir ein Netzwerk für Seniorinnen und Senioren fördern, das z.B. ambulante Pflegedienste, Fahrdienste, Essensservice, Friseur und andere Dienstleistungen ermöglicht, die telefonisch von den Seniorinnen und Senioren angefordert werden können.

Wir wollen das studentische Wohnen in Neumühlen-Dietrichsdorf fördern. Dazu wollen wir das Umfeld der Fachhochschule aufwerten und das Entstehen eines studentischen „Flairs“ unterstützen, z.B. durch Kneipen und besondere Events.

Wir wollen die Zugangsmöglichkeiten zur Kieler Förde verbessern und besonders den Dietrichsdorfer Strand aufwerten.